

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Mittwoch, den 14. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando:
Wortzeitung 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Eingehende Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
3 Mark, für das übrige Ausland
5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
vollständige und gemeinschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
gebräuchlich) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inzerate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Amteiler, sozialdemokratischer Verein 3.—, Wachen, D. O. 10.—.
- Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 1000.— (darunter: Tischlerei Dunsky 55.—), 3. Kreis 1000.—, 4. Kreis Südost 1500.— (darunter: zur Deckung der Unkosten, Parteitag Bremen, Werkstatt N. u. A. 5.—, Tischlerei Kiehling, Waldemarstr. 60, 16.—, Kranzüberich, v. d. Arb. der Firma Auerbach, Grünauerstr. 17, 5.—, M. F., Klemper, 5.—), 4. Kreis (Ost) 2000.— (darunter: Damit es besser werde 10,20, Wilsbrauseprozent der Firma E. Trebs, in zwei Raten 16,50, gef. bei einer Geburtstagsf. durch Knebel 4,75, Möbel-fabrik Großschuß, Landsbergerstr. 25/26, in zwei Raten 64,60, für die nicht getrunzene Halbe 10.—, Möbelpolierer von Schuster u. Böhm 20.—, Tischfabrik v. Richter, Lieberschuh der Landpartei 4.—, Stadtbezirk 175 b, amerikanische Auktion 5,60, Klasse, Geburtstagsfeier 1,50), 6. Kreis 5300.— (darunter: von den Vätern der Bergkolonie Grenzlaue Allee 10,35, Bier-prozente Juni und Juli von den Kollegen der Firma Schubert u. Wirth 34,80, Möbelfabrik G. Köthling, Friedenstr. 48 50.—, Passadenpauer R. S., von Herzog 5,60, Näbipauer von Jahnborn, Reichsland 6,85, Maurer Kaiser Friedrich-Museum, Leerbildung Reblers 5,05, Laubenkolonie Norday, Schulstr., durch Riß 40.—, Kupferkolonne G. P., von Braunbergerstr. 10.—, Verlorenes Portemonnaie, Legel 4.—, Nauchklub Nordpol 0,80, A. O. Witter 1.—), Berlin, diverse Beiträge: Arbeiter der Neuen Berliner Genossenschaftsbücherei 62.—, Namion zum Kampfe für Wahrheit u. Recht, 2 Raten 9.—, Dr. L. A. Juli u. August 200.—, von den Arb. d. Maschinen- u. Werkzeugfabr. R. Weber u. Co., Gr. Frank-furterstr. 13 15,40, Kranzüberich, v. Rösche, Schultheiß-Bräuerei, Abt. IV 4,10, Nauchklub „Ohne Zwang“, Weinst., d. Gehlbar 100.—, Mages 5.—, Reim Maurer im Gewerkschaftshaus 30.—, Dr. S. 10.—, L. u. S. 10.—, Tischlerei v. P. F. Lüdke, Wilschmerstr. 106 25.—, Gubela 3.—, von den Porzellanarbeitern Berlin II 11,25, Volzert 10.—, Contobucharbeiter vom Wedding 5.—, vom zweiten Arbeiter-Sportfest durch Müller 100.—, Gesammelt von drei Tabakarbeitern Schliemannstr. 3.—, Cigaretten-fabrik R. Schulze, Friedrichselderstr. 21 9.—, Accidenzgeber Illstein 3,85, Gutenberg, Juli 44,50, August 85,75, Summa 80,25, aus dem Nachlaß H. Peters 5,25, E. D., Gubrau 2 Raten 2.—, Kleffeg 5,25, Gel. b. einer gemüll. Zusammenkunft v. d. Töpfern d. Firma Rosenfeld in Reinickendorf 3.—, vom Kinderpielplatz d. Bezirk 190 b u. o. IV, Osten (darunter Gastwirt Kuhle 5.—) 18,55, Hilfsarbeiter der Verlabteilung „Vorwärts“ 3.—, J. R. 2.—, Patienten vom Grabowsee 12,70, Dr. A. H. 101 6.—, Windub, Lindenstraße 0,45, von den Eltern der Neuen Königstraße 5.—, von den Arbeitern der Firma Levy u. Söhne, Mittelstr. 24 5.—, von Witzl, d. II, Dr. 12,60, Arbeiter der Firma Trebsbus 1,75, Tischgesellschaft civilisierter Hereros 4.—, Niehner, Frankfurter Allee 3.—, „Papagei“ 1,25, Bremen, vom Maschinenpersonal der „Bremer Bürgerzeitung“ 20,80, Bern, 2 Raten, 100.—, Breslau, sozialdemokr. Verein 150.—, Bielefeld, „Volkswacht“ 500.—, Benthien (Oberhsl.), von den Parteigenossen 10.—, Borna, 14. jährl. Reichstagswahlkreis 250.—, Colmar, E. Arbeiter-Wahlverein 40.—, Celle, Geburtstagsf. 2. Wahldiala 2,05, Charlottenburg, R-r 2.—, Chemnitz, ohne Namensangabe 5.—, Dresden, 4. jährl. Reichstags-Wahlkreis 1000.—, Donaueschingen, 2. badischer Reichstags-Wahlkreis 5.—, Durlach, vom 9. badischen Reichstags-Wahlkreis 50.—, Eßlingen, Parteibeitrag 100.—, Eßing, von den „Elenden“ 10.—, Fallenberg (Oberhsl.) 16.—, Fürth, Wahlverein 20.—, Gräfrath b. Solingen, sozialdemokratischer Volksverein 50.—, Gera (Neuh), sozialdemokr. Verein Neuh j. 2. 150.—, Gelsenkirchen, Geburtstagsfeier roter Brüder 4.—, Gold-beck, Wahlkreis Goldbeck-Osterburg-Stendal, Parteibeitrag 10.—, Hamburg, in der Expedition des „Echo“ eingegangen im Monat Juli 94,35, im Monat August 138,03, Summa 232,38.—, Hannover 1000.—, Höchst a. M., J. R. 1.—, Hanau, Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb 100.—, Hirschberg-Schönau i. Schl., sozialdemokr. Wahlverein 10.—, Kellinghusen 50.—, Königshütte (Oberhsl.) von den Parteigenossen 10.—, Kattowitz (Oberhsl.), vom Wahlverein 5.—, Lipine (Oberhsl.), von Parteigenossen 5.—, Ludenwalde, social-demokr. Wahlverein 50.—, Liegnitz, Lieberschuh v. d. Landtags-wahl 129,75, Leisnig, von einer frühlichen Gesellschaft 15.—, Ludenwalde, Rufus 5.—, Leipzig, 12. und 13. jährl. Reichstags-Wahlkreis 4000.—, München, Waldläufer 5.—, Mühlhausen i. E., Beiträge der Einzelmitglieder 20.—, Reibe, W. F. 2.—, Niederzönitz, 19. jährl. Reichstags-Wahlkreis 50.—, Nürnberg, S. 4.—, Niederbarnimer Wahlkreis 1000.—, Plauen im Vogtland 100.—, Radow-Schneidgen, sozialdemokratischer Verein 2. Quartal 100.—, Schiffeld, vom sozialdemokratischen Verein 100.—, Solingen, vom Kreisomitee 2 Raten 100.—, Striegau, Wahlr. Schwelbnig-Freiburg-Striegau, von Striegau 80.—, Pilgramsheim 25.—, Sa. 55.—, Strahburg i. E., Altwater 5.—, Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Central-Wahlverein 100.—, Würzburg, gesammelt am runden Tisch in der „Blauen Blode“ 5.—, Wandersb., vom sozialdemokratischen Verein 500.—, „Wahrer Jakob“ 5000.—, Württemberg 100.—, Zabrze (Oberhsl.), von Parteigenossen 5.—

In der Quittung in Nr. 179 des „Vorwärts“ vom 2. August d. J. muß es unter Chemnitz nicht heißen 16. jährl. Reichstags-Wahl-kreis, sondern Verbreitungsbezirk der „Volksstimme“ 3000.—, Berlin, den 10. September 1904.
Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Königsberger Urteilsgründe.

III. (Schluß.)

Die Urteilsbegründung des Königsberger Prozesses unternimmt, wie wir gesehen haben, den Versuch, dem Verfahren das Verdienst einer Aufdeckung sozialdemokratischer Geheimbündelei mit den russischen Freiheitskämpfern beizumessen, während es in Wirklichkeit nur einen Teil der Geheimbündelei mit dem Jaremow und die ersaunliche Sorglosigkeit der preussischen Justiz angeht. Das ist zwar auch ein Verdienst, und ein sehr bedeutendes, aber doch schwerlich im Sinne des Urteilsgründers.

Die im Interesse der Feststellung jener „Aufdeckung“ von Geheimnissen, die nie Geheimnisse gewesen sind, aufgestellte Behauptung, daß die Behörden nur die Einzelhandlungen, aber nicht die Verbindung und deren Zweck gekannt hätten, widerspricht — worauf wir gestern schon hingewiesen haben — den eidlichen Versicherungen des Kriminalkommissars Wymen. Aber auch schon in der Voruntersuchung ist wiederholt durch das Berliner Polizeipräsidium berichtet worden, daß alles seit Jahren bekannt sei. So wird am 20. April 1904, zu einer Zeit mithin, als die „neuen“ Entdeckungen des Vorverfahrens sämtlich geleistet waren, vom Berliner Polizeipräsidium nach Königsberg berichtet: „Es ist eine beim Polizeipräsidium bekannte Tatsache, daß der Schmuggel mit revolutionären Preßzeugnissen nach Rußland ziemlich in der nämlichen Weise wie jetzt schon seit einer langen Reihe von Jahren betrieben wird.“ Es wird dann der Fall Janus-Abramowitsch aus dem Jahre 1892 berichtet. Was in den fünf dicken Aktenbänden des Königsberger Vorverfahrens über den Schriftenschmuggel, seine Methode und seinen Zweck an Material angehäuft war, sagte also in keiner Silbe der Centralstelle der politischen Polizei Deutschlands etwas Neues. Um die „Aufdeckung von Geheimnissen“ durch den Prozeß zu retten, schreit die Urteilsbegründung selbst nicht den gewöhnlichen Verdacht, daß sie die Polizei in fast beleidigender Weise für dümmer hält, als selbst — die Polizei erlaubt.

Was nun die weiteren Hilfskonstruktionen zur „Feststellung“ der beabsichtigten Geheimhaltung anlangt, so wird beispielsweise die Absicht der Angeklagten, die Verbindung zur Verbreitung russischer Schriften vor der deutschen Staatsregierung geheim zu halten, nicht aus Tatsachen geschlossen, die zur Zeit geschehen waren, als sie die angeblich strafbaren Handlungen begingen, sondern aus ihrem späteren Verhalten im Vorverfahren des Prozesses. Als Hauptargument wird benutzt, daß die Angeklagten mit der Wahrheit zurückgehalten oder abgelehnet hätten. Selbst zugegeben, daß das eine richtige Behauptung wäre, was beweist das für die Behauptung, daß sie den Schriftenschmuggel vor den deutschen Behörden geheimhalten wollten? Es ist das gute Recht der Angeklagten, sich die Schuld nachzuweisen zu lassen und den Gerichten und Staatsanwälten nicht ihr Handwerk zu erleichtern. Außerdem wird hier durch eine Dinterfähr wieder das Verfahren wegen Hochverrats und Jaren-beleidigung eingeschmuggelt, in dem auf Freisprechung erkannt werden mußte. Die Angeklagten hatten sich auch wegen dieser schwereren Delikte zu verantworten, und wenn sie wirklich zurückhaltend in ihren Aussagen gewesen sein sollten, so wären sie doch sicher nicht durch die Bagatelle des Geheimbundes, sondern durch die andern Bedrohungen veranlaßt worden, ihre Aussagen einzuschränken.

Zudem für den weitaus größten Teil der Angeklagten und Beurteilten trifft diese Behauptung gar nicht zu. Sie haben gar nichts abgelehnet. Sie haben von Anfang an die Wahrheit gesagt und insbesondere Pögel hat nicht, wie die Urteilsbegründung behauptet, in der Voruntersuchung geleugnet, sondern, was jeder Angeklagte unter solchen Umständen thun sollte, seine Aussage derweilert. Auf jeden Fall aber beweist das Verhalten eines Angeklagten, sobald ein Strafverfahren eingeleitet ist, nichts dafür, daß er vorher Handlungen, deren Strafbarkeit er keinen Augenblick angenommen hat, geheim halten wollte.

Und nun gar die übrigen Indizien für die Absicht der Geheimhaltung! Da wird sogar mit den Vorstellungen des Herrn Abel und der „Post“ gewirtschaftet. Das Kellergeheimnis des „Vorwärts“ spukt wieder unheimlich. Obwohl an einer Stelle gesagt wird, daß dieser Keller von den Angestellten einschließlich des Herrn Abel als Garderobenraum benutzt wurde, wird an anderer Stelle wieder festgestellt, daß der Keller den Angestellten in der Regel nicht zugänglich war.

Die Geheimhaltung wird ferner daraus geschlossen, daß die Kassen stets von der Posthär in den Expeditionsraum des „Vorwärts“ gingen. Dabei war in der Prozeßverhandlung die Lokalität des „Vorwärts“ so oft und so anschaulich geschildert worden, daß so ziemlich die ganze Welt jetzt weiß, daß, wenn man in den Keller will, den Hofeingang wählen muß, weil man sonst durch Öffnung einer Ladenbarriere die Angestellten im Vorderraum stört. Wir können dem Verfasser der Urteilsbegründung verraten, daß wohl jeder Angestellte des „Vorwärts“betriebs, der mit den Expeditions-beamten zu thun hat, den Eingang durch die Posthär wählt, ohne daß wir zu befürchten glauben, daß daraus die Existenz eines neuen Geheimbundes geschlossen wird.

Endlich wird, um noch ein Argument zu erwähnen, Pögel als besaßend angerechnet, daß er die Schriftsendungen als „Schuh-waren“ deklarieren habe. Er habe selbst zugestanden, daß er einen bei Merzins gefundenen Frachtbrief ausgefüllt habe. Das Gegen-teil dieser Feststellung ist die Wahrheit. Pögel hat erklärt, daß er von der Deklaration als Schuhwaren gar nichts gewußt hat, daß er auf die Frachtbriefe lediglich seinen Namen gesetzt hat, während die Ausfüllung von anderer Seite besorgt wurde. Auch hier ist die Behauptung Pögels durch keinen Beweisantrag gestützt worden, weil sie von niemandem bezweifelt worden ist. Eine einfache Schriftvergleichung hätte ja auch das Gegenteil solcher Behauptung sofort ergeben. Pögel taucht in der Urteils-begründung die durchaus falsche Behauptung auf. Sehr bezeichnend ist es auch für die unsägliche Nähe, die auf die „Feststellung“ der Geheimhaltung verwendet wurde, daß für die Absicht der Heimlich-keit durch die Angeklagten der Umstand angeführt wird: von den, doch nicht vor dem Königsberger Gericht stehenden Kassen solle Geheimhaltung beabsichtigt gewesen sein. Seit wann gestalten es die Grundätze der deutschen Rechtspflege Personen für die Handlungen anderer verantwortlich zu machen, auf die sie gar keinen Einfluß haben?

Wir würden den Raum über Gebühr beanspruchen, wenn wir die fast auf jeder Seite dieses Teils der Urteilsbegründung vor-kommenden juristischen Unmöglichkeiten und thatsächlichen Irrtümer des Rührers erörtern wollten. Wenn auch in dem Umstand, daß die Beurteilten Sozialdemokraten sind, ein Argument der Geheimbündelei gesehen wird, so ist das wohl ein nicht getilgter Rückschlag aus der nach der ursprünglichen Anklage voraus-gedachten Urteilsbegründung, wo aus der Feststellung der social-demokratischen Bestimmung der Dolus geschlossen worden wäre: sie hätten mit Wissen und Absicht auf den Umsturz des russischen Absolutismus hingearbeitet und hätten sich bewußt getrieben sein, daß in den Schriften zum Jarenmorde aufgefördert wurde, daß sie Jarenbeleidigungen enthielten.

Das Thatbestandsmerkmal der Einwirkung auf öffent-liche Verhältnisse wird, wie schon in dem Prozeß selbst und in der Voruntersuchung, durch die Rückwirkung russischer Um-änderungen auf die deutschen Verhältnisse zu begründen versucht. Nach dieser Konstruktion der indirekten Einwirkung auf öffent-liche Verhältnisse giebt es nichts mehr, was nicht als Einwirkung auf die öffentlichen Angelegenheiten Deutschlands ausgelegt werden könnte. Alle Dinge hängen in der Welt zusammen. Alles wirkt irgendwie auf alles ein. Kommt man einmal zu solchen Hilfs-mitteln juristischer Beweisführung, so verschwindet jeder feste Begriff ins Wesenlose.

Am Schluß der Urteilsbegründung auf der vorliegenden Seite findet sich dann zur Begründung, daß trotz der langen Unter-suchungshaft und der kurzfristigen Strafen noch immer einige Wochen Gefängnis den Beurteilten zur Abkühlung übrig gelassen wurden, die Bemerkung, daß diese Angeklagten durch ihre Zeugnisse und die Versuche, den Thatbestand zu verklären, die Untersuchung auf-gehalten und so die Dauer der Untersuchungshaft durch eigene Schuld verlängert haben. Mit dieser Schlusswendung erklährt die Urteilsbegründung die ganze russische Höhe des Prozesses. Man weiß nicht, welches Wort man wählen soll, das so scharf ist, um solche Begründung gebührend zurückzuweisen. Nicht nur, daß durch die unerhört leichtfertige juristische Vorbereitung des Prozesses Personen für lange Monate in Untersuchungshaft gesperrt wurden, so wird hier zu dem Schaben, den die Opfer des Justizirrtums erlitten haben, noch der offensbare Hohn gefügt. Ohne die falsche, juristisch unmögliche Anklage des Hochverrats und der Jarenbeleidigung wäre die Verlängerung der Untersuchungshaft undenkbar gewesen. Die Maximalstrafe für Geheimbündelei beträgt sechs Monate. Wie hätte man da Augen neun Monate in Untersuchungshaft belassen dürfen! Es hieße ja geradezu den Justizmord zum Prinzip erheben, wenn es erlaubt wäre, eine Untersuchungshaft auszudehnen über das Maximal-maß des einer Anklage zu Grunde liegenden Deliktes. Den Fluchtverdacht, den der erste Staatsanwalt wegen der Nähe der russischen Grenze anfänglich hegte, hätte wohl keiner der An-geklagten, so lange er bei Verstande geblieben, gerechtfertigt. Be-gründet wurde die Untersuchungshaft anfangs allein mit der Kollisionsgefahr.

Die Regelung der Untersuchungshaft gehört zu den dunkelsten Kapiteln der geltenden Strafprozeßordnung. Der Königsberger Prozeß bietet, wie aus den in der Rubrik zur Veröffentlichung gelangenden Aktenauszügen noch klarer sich ergeben wird, für die bevorstehende Reform der Strafprozeßordnung geradezu unerhörtes Material. Insbesondere wird auch die Frage der Unter-suchungshaft an den Thatfachen des Königsberger Vorverfahrens eine reiche Förderung erfahren.

Indessen so wenig die heutige Strafprozeßordnung hinsichtlich der Untersuchungshaft den Angeklagten irgendeine rechtliche Sicherheit gewährt, sie gegen Willkür und Uebereifer der Justiz-behörden schützt, so läßt doch auch schon die heutige Strafprozeß-ordnung erkennen, daß es nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen ist, die „Kollisionsgefahr“ zum Freibrief für jede Verhängung von Untersuchungshaft zu gestalten. Die ausschlaggebende Rolle bei der Beurteilung, ob die Verhängung der Untersuchungshaft notwendig ist, ist nicht der Kollisionsgefahr, sondern dem Fluchtverdacht zugeschrieben. Vornehmlich ist es nicht dem Geiste der heutigen Strafprozeß-ordnung entsprechend, wegen angeblicher Kollisions-gefahr auch dann die Untersuchungshaft zu verhängen, wenn nur leichte Strafen nach dem in Frage kommenden Delikt zu erwarten sind. Das geht aus dem § 113 der Strafprozeß-ordnung mit ge-nügender Deutlichkeit hervor. Danach ist in den Fällen, wo die That nur mit Haft oder mit Gefängnis bedroht ist, eine Verhaftung wegen Kollisionsgefahr überhaupt ausgeschlossen und wegen Flucht-verdacht darf die Untersuchungshaft nur verhängt werden, wenn die Angeschuldigten Heimatlos, Landstreicher oder Ausländer sind. Die Ge-heimbündelei fällt ja nun zwar nicht unter die Vergehen, die dieser § 113 trifft, aber das Maximalmaß der Strafe ist doch so niedrig, daß man wenigstens das Eine schließen kann, es sei schlechterdings unzulässig, wegen Kollisionsgefahr bei so geringem Vergehen eine so lange Untersuchungshaft zu verhängen.

Ueberhaupt befindet sich die Urteilsbegründung in einer Täuschung über den Begriff der Kollisionsgefahr. Sie besteht doch nicht darin, daß die Angeklagten die That abzuleugnen oder zu verschleiern bemüht sind, sondern darin, daß sie die Freiheit dazu be-nutzen, um Spuren der That zu vernichten oder Zeugen und Mitschuldige zu falschen Aussagen zu verleiten. Wenn wirklich die Angeklagten die Untersuchung durch ihr Verhalten verzögert hätten, so würde auch das nicht zu ihrer weiteren Verhaftung berechtigt haben. Die Unter-suchungshaft hat nicht den Zweck, zur Klärung und Verschleimung des Verfahrens durch die erzwungene freiwillige Aussage der An-geklagten hinzuwirken. Selbst zugegeben also, daß die Angeklagten geleugnet oder verschleiert hätten — wie es ihr gutes Recht

— hält man in Königsberg für den Zweck der Untersuchung, das Zeugnis und Verschleien zu verhindern oder einzuschränken? Dann würde die Untersuchungsbehörde ein Mittel der Inquisition sein, würde eine Folter sein, um Angeklagte zur Wahrheit oder gar zur Selbstbezichtigung zu zwingen. Solche Anwendung widerspricht den ersten Grundätzen aller modernen Rechtsauffassung, die jedes Zwangsmittel verwirft, das Verschleierte veranlassen will, zu ihrer eigenen Verlastung Beihilfe zu leisten.

Die Wendung der Urteilsbegründung, daß die Angeklagten durch Verzögerung der Untersuchung selbst ihre Haft verschuldet hätten, ist also außerordentlich unglücklich.

Wie steht es aber mit der Kollisionsgefahr in ihrem wirklichen Sinne?

Nachdem einmal die Thatsache der Verhaftung bekannt geworden war, konnte zur Aufhebung der „Verschönerung“ durch die Verlängerung der Untersuchungshaft nichts mehr erreicht werden. Alle Teilnehmer, sofern sie vorhanden, waren ja gewarnt. Der Drang der Angeklagten auf Beiseiteschaffung von Beweismaterial usw. hätte somit, wenn er noch so stürmisch gewesen wäre, gar kein Feld der Verhätigung mehr gefunden. Thatsächlich operiert auch die Urteilsbegründung im Falle Ehrenpfort, bei dem nichts gefunden worden ist, mit dem Argument, daß sofort nach der Veröffentlichung über die Königsberger Verhaftungen der Beschuldigte naturgemäß alle Verlastungsstücke beiseite hätten. In jedem Falle reichte die Briefzensur aus. Mehr als durch sie konnte durch jahrelange Untersuchungshaft nicht erreicht werden, abgesehen davon, daß sie für solche Erleichterungszwecke nicht zulässig ist. Wirklich steht denn auch in den fünf Bänden der Untersuchungsakten keine einzige neue in der Sache Thatsache, soweit es sich um Verlastung der Angeklagten handelt, die nicht entweder schon vor dem Prozesse bekannt gewesen sei oder gleich in den ersten Tagen ermittelt worden ist.

Weiter ist es auch gar nicht wahr, daß die Angeklagten durch Zeugnis nur einen Tag die Untersuchung aufgehalten haben. Braun, Kovagoroff haben keinen Augenblick irgend etwas geleugnet, irgend etwas verschleiert. Auch Treptan hat bereits Anfang November alles Wesentliche bekundet und ob Ängel reißig oder schweigsam, offenherzig und wahrheitsliebend oder verstoßt und wahrheitsförmig war, das konnte auch nicht das mindeste zur Förderung oder zur Hemmung des Verfahrens beitragen. Kleins anfängliche Irrtümer sind sofort korrigiert werden können, wenn es dem Ersten Staatsanwalt gefallen hätte, die verlangte Konfrontation mit Braun sofort herbeizuführen. Die „märchenhafte Ungeschicklichkeit“ des Ersten Staatsanwalts, von der allzu milde einmal gesprochen wurde, hat allein die Verschleppung des Verfahrens, ja die Möglichkeit des Prozesses überhaupt verschuldet. Es ist auch zu bedenken, daß bis zum letzten Augenblick, als gar nichts mehr zu ermitteln war, der Erste Staatsanwalt hartnäckig gegen die Freilassung der Untersuchungsangehörigen protestierte, weil eben aus dem Delikt des Hochverrats und der Ehrenbeleidigung eine schwere Strafe zu erwarten war, und diese Voraussetzung, die zwar auch nicht Fluchtverdacht und Untersuchungshaft begründen konnte, die sie doch aber vom Standpunkte eines Staatsanwalts wenigstens psychologisch begreifen ließ, war die Schuld der Behörden, die Wirkung gröblicher Unterlassungsfünden der an der Voruntersuchung beteiligten und für sie verantwortlichen Personen.

Und damit kommen wir zum schwersten Vorwurf gegen die Urteilsbegründung, die den Anschein zu erwecken sucht, als ob die Untersuchungshaft zwar nebenbei auch wegen Fluchtverdachts aus dem Delikt des Hochverrats und der Ehrenbeleidigung auferlegt erhalten sei, in der Hauptsache aber durch die Kollisionsgefahr bedingt gewesen sei. Nur durch diese Fiktion wird es ermöglicht, dem Verhalten der Angeklagten die Schuld an ihrem Schicksal beizumessen.

Diese zur Verschönerung der Angeklagten verwendete Behauptung ist unwahr. Hochverrat ist ein Verbrechen, und bei Verbrechen braucht der Fluchtverdacht nach der Strafprozessordnung nicht begründet zu werden, sondern wird als ohne weiteres wahrscheinlich angenommen. Daher bildet in den späteren Begründungen der Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft der Hinweis auf den Fluchtverdacht das entscheidende Argument und wird schließlich zum einzigen Argument.

Am 21. Januar 1904 verfügt der Untersuchungsrichter auf einen erneuten Haftentlassungsantrag:

„Die Untersuchungshaft gegen Treptan, Ängel und Klein (ist) auch aus diesem Gesichtspunkte (Hochverrat, Ehrenbeleidigung) angeordnet, da Kollisionsgefahr besteht, aber auch ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet, daher Fluchtverdacht keiner weiteren Begründung bedarf.“

Als am 19. April der Verteidiger Haase wiederum die Haftentlassung gegen Kaution beantragte, erklärte der Staatsanwalt: „Was den Fluchtverdacht anbelangt, so hat sich auch hierin nichts geändert.“

Wird in diesen Verfügungen immerhin die Kollisionsgefahr, wenn auch noch so unsummiert, nebenher herangezogen, so wird die letzte und schlimmste Anordnung weiterer Untersuchungshaft nur noch mit der Höhe der zu erwartenden Strafe begründet. Nachdem Ängel bereits länger in Haft saß, als er nach dem Geheimbunds-Paragrafen überhaupt bestraft werden konnte, wurde am 23. April 1904 der Antrag auf Haftentlassung Ängels abgelehnt, weil er mit Kenntnis des Inhalts Schriften verbreitet habe, in denen „Russen zum Umsturz der russischen Staatsverfassung, zum Kaiserthum usw. aufgehetzt werden“; da „ihm für sein Treiben nach §§ 128, 102, 86, 103, 74 Straf-Gesetzbuch eine verhältnismäßig hohe Strafe bevorsteht, so erscheint er dem Gericht in dem Grade fluchtverdächtig, daß auch seine Freilassung gegen Sicherheitsleistung nicht ratsam ist.“

Diese, im Einverständnis mit dem Untersuchungsrichter und der Staatsanwaltschaft verfügte Entscheidung der Beschlußkammer ist unterschrieben worden von den Landgerichtsräten Wolff, Koshorrel und Schimmelpfennig. Einer von ihnen, Koshorrel, hat auch die Urteilsbegründung, also auch die Bemerkung unterschrieben, daß die Angeklagten selbst die Untersuchungshaft verschuldet hätten. In Wirklichkeit müßten die Angeklagten, insbesondere Ängel, büßen, daß auch die Beschlußkammer ein Verbrechen annahm, dessen Verfolgung juristisch unmöglich war.

Es geht nicht an, diese Schuld der Staatsanwälte, der Untersuchungsrichter, der Eröffnungsbehörde, des Justizministers, des Reichsanwalts nebst ihren Vertrauten, dem russischen Generalkonsul in Königsberg, dem Votschafter in Petersburg und dem russischen Justizminister auf das Schuldenkonto der Opfer dieses beispiellosen Prozesses zu wälzen; man wird doch wohl nicht gegenüber Ängel den Anspruch erheben, daß er die Behörden über die juristischen Vorbedingungen des Prozesses hätte aufklären sollen und daß in dieser Unterlassung seine „Schuld“ bestünde, durch welche die Untersuchungshaft gerechtfertigt worden ist!

Gefehle muß man allerdings, daß diese Schlussbemerkung der Urteilsbegründung der würdige Abschluß der Thätigkeit der für den Prozeß verantwortlichen Instanzen ist. Er unterschreibt alles noch einmal, was an Unerhörtem vor der ganzen Welt bloßgestellt worden ist.

Verichtigung. Im zweiten Artikel muß es heißen: Spalte I Zeile 11 von unten „Verbindung“ (statt „Verwendung“) und Spalte II Zeile 31 von oben „unter sich nicht zusammenhängende Verbindungen“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. September.

Ueber die neuen militärischen Forderungen
haben sich in der bürgerlichen Presse allerlei Auseinandersetzungen entsponnen. Es handelt sich um zweierlei: eine neue Flottenvorlage und eine neue Heeresvorlage. Man streitet nun darüber, was zuerst kommen und welchen Umfang die zunächst präferierte Vorlage haben wird.

Ein Münchener Blatt meldete, daß die neue Flottenvorlage einstweilen zurückgestellt werden würde. Die „Berl. Neueste Nachr.“, das Organ der Panzerplatten-Patrioten, giebt jedoch die tröstliche Versicherung ab, daß „bis zu dem bestimmten Entschluß, die nächste Flottenvorlage erst (i) 1905/1906 und unter keinen Umständen schon früher einzubringen, die Erwägungen der kompetenten Personen noch nicht gediehen sind“. Trotzdem entrüstet sich das Blatt der Flotteninteressenten lebhaft über die Jaghaftigkeit der Regierung.

Freisinnige Blätter ziehen aus den Meldungen über die Zurückstellung der Marineforderungen den Schluß, daß nun wohl der Landmilitarismus mit um so anpruchsvolleren Forderungen an den Reichstag herantreten werde. So schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Schon im Frühjahr hieß es im Reichstage, daß eine neue Marinevorlage für die nächste parlamentarische Campaigne mit Bestimmtheit zu erwarten sei, und Herr v. Tirpitz war anscheinend der gleichen Meinung. Die Frage der Auslandskreuzer ist auch so brennend, daß man nur schwer an ihre Verschleppung um ein weiteres Jahr glauben kann. Aber es verlaute zugleich von gewissen Gegenseiten zwischen Reichs-Marineamt und Kriegsministerium über die Dringlichkeit gewisser Mehrforderungen. Sollte jetzt wider Erwarten Herr v. Tirpitz den Sieg davongetragen haben, so kann man sich beim neuen Cinqumet auf sehr hohe Ansprüche an den Reichsadel für die Armeegefährdung machen. Aber vorläufig setzen wir hinter die Meldung des Münchener Blattes ein großes Fragezeichen.“

Es könnte ja auch sein, daß die Nachrichten über die Flottenforderungen nur deshalb in die Presse lanciert worden sind, um erst einmal die Stimmung der bürgerlichen Presse zu sondieren. Das wäre dann mit recht günstigem Erfolg geschehen, wie die Aeußerung des „Berliner Tageblatt“ beweist. Erklärt dies freisinnige Blatt doch nicht nur die Frage der Auslandskreuzer für sehr brennend, sondern rechnet es doch auch mit sehr hohen Ansprüchen des Herrn v. Tirpitz.

Der Freisinn — wenigstens weiblicher Linie — scheint also sowohl die Auslandskreuzer wie beträchtliche Forderungen des Landmilitarismus für unvermeidlich zu halten und sich infolgedessen gegen die Bewilligung dieser militärischen Forderungen auch nicht allzu sehr sträuben zu wollen! Eine solche Haltung kann natürlich die Regierung nur ermutigen, ihre von dem Panzerplatten-Organ gerügte „Jaghaftigkeit“ aufzugeben und mit ihren Armeeforderungen zum mindesten die Forderung der Auslandskreuzer zu vereinigen.

Rothhandtarife und Staatshilfe.

Bekanntlich ist aus den Kreisen der sächsischen Industriellen an die Regierung in Dresden die Forderung gestellt worden, die Frachttarife auf den Eisenbahnlängen der Elbe herabzusetzen, da sie infolge der Einstellung des Schiffahrtsverkehrs auf der Elbe gezwungen seien, jetzt für ihre Sendungen den Schienenweg in stärkerem Maße als früher zu benutzen und der Transport mit der Eisenbahn sich teurer stelle als der Transport auf der Elbe. Wir haben zu diesem merkwürdigen Ansuchen schon früher unsere Meinung geäußert. Gewiß hat, wenn sich ein Rothhand in einem Distrikt einstellt, zum Beispiel eine Hungersnot, Teuerung, Ueberschwemmung oder dergleichen, auch nach unserer Ansicht die Regierung die Verpflichtung, helfend einzuschreiten, eventuell auch durch beträchtliche Ermäßigungen der Frachttarife, unter Umständen sogar durch völlig freie Beförderung der Rohstoffe. Aber ein solcher Fall liegt nicht vor. Die Forderung der sächsischen Industriellen läuft auf nichts anderes hinaus, als daß ihnen die Regierung auf Kosten der Steuerzahler ihre bisherigen Profite garantieren soll. Die Möglichkeit, ihre Produktion fortzusetzen, wird ihnen durch die Einstellung des Elbverkehrs durchaus nicht entzogen. Für den Bezug der von ihnen benötigten Kohle und Halbkohle wie für die Beförderung ihrer Fabrikate bleibt ihnen der Bahntransport; aber dieser stellt sich teurer und somit erhöhen sich ihre Produktions- und ihre Vertriebskosten. Diese Verminderung ihres Profits selbst zu tragen, dazu verführen die Herren jedoch wenig Neigung — folglich muß der Staat die Kosten des Bahntransports zu ihren Gunsten auf die Kosten des Schiffstransports herabsetzen. Zwar haben die Industriellen, die nicht an Wasserstraßen wohnen, jahraus, jahrein die höheren Kosten des Bahntransports zu zahlen und werden trotzdem größtenteils ganz ansehnliche „Entbehrungslöhne“ in ihre Taschen; aber warum auf den Vorteil der begünstigten Lage verzichten, — der Staat muß den Ausfall tragen.

Und fast die ganze kapitalistische liberale Presse, die sonst so erhaben über die agrarische Begehrlichkeit zu spotten weiß und mit schönen Argumenten das manchesterliche „laissez faire, laissez aller“ als höchste nationalökonomische Weisheit preist, leistet willig Assistenten. — Alle möglichen und unmöglichen Gründe müssen herhalten; sogar die Not der durch die Schiffahrteinstellungen geschädigten Schiffer wird ausgespielt. Als wenn durch die Ermäßigung der Eisenbahntarife an dieser Not irgend etwas geändert würde. Im Gegenteil; sind die Bahnfrachtkosten nicht teurer als die des Transports zu Wasser, so haben die Industriellen um so weniger Veranlassung, den unsicheren Schiffstransport dem schnelleren Bahntransport vorzuziehen.

Aber die sächsische Regierung will sich auf die Profitgarantierungs-Wünsche der Herren Industriellen nicht einlassen. Sie hat das seltene Ansehen mit folgender richtigen Begründung abgelehnt:

Zunächst, so wird ausgeführt, liege unbestreitbar eine gewisse Unbilligkeit darin, wenn diejenigen, denen in regelmäßigen Zeiten die Wasserstraße zur Verfügung steht, durch Frachtermäßigung für die Dauer des Ausfalls der Wasserstraße begünstigt werden, während die fern von der Wasserstraße wohnenden Unternehmer Jahr aus, Jahr ein die vollen ordnungsmäßigen Frachten bezahlen müssen, und zwar darf nicht unbeachtet bleiben, daß die Wasserstraßen den Interessenten vollständig unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, obgleich der Staat alljährlich große Summen für deren Unterhaltung aufwendet, daß aber bei Erhebung der Eisenbahnfrachten nicht nur die Deckung des haren Aufwandes des Staates, sondern auch die Verzinsung des Kapitalvermögens erwirtschaftet werden soll. Umgekehrt kann das Ansehen, es sei ein Gebot der Billigkeit, daß der Staat den Gewinn, der ihm durch vermehrte Zufuhr von Eisenbahntransporten infolge Einstellung der Frachtschiffahrt zufließe, den betroffenen Interessenten wenigstens teilweise zurückzugeben habe, nicht als zureichend angesehen werden. Einmal handelt es sich hier um auf Grund der ordnungsmäßigen Tarife eingehende Staatseinnahmen, über welche die Regierung auch insoweit, als darin wirklich ein „Gewinn“ liegt, in Mitleidenschaft ihrer Steuerzahler keineswegs willkürlich zu greifen einzelner Kreise von Interessenten verfügen kann. Die Anerkennung auch nur eines Billigkeitsanspruches auf Herausgabe eines Anteils der Frucht an diejenigen, die infolge besonderer Konjunktur zu

vermehrter Bahnbenutzung veranlaßt sind, würde zu den bedenklichen Konsequenzen führen. Wenn nach den Vorschlägen von den Frachtschiffen des Specialtarifs III oder gar von den noch billigeren Ausnahmetarifen die volle Hälfte herausgegeben würde, so würde die Eisenbahnverwaltung in den meisten Fällen mit positivem Schaden arbeiten.

Weiter würde die nachgesuchte Tarifiermäßigung den großen Fehler haben, daß sie weite Kreise, die ebenso oder noch härter von der Dürre betroffen werden als die zu Vermehrung des Bahnweges veranlaßten Wasserinteressenten, nicht berücksichtigt. Es gilt dies vornehmlich von dem zunächst unmittelbar betroffenen Schiffahrtsgewerbe, dessen Lage durch eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachten eher noch eine Verschlechterung erfahren würde, insofern durch Ableitung der Transporte vom Wasser auf den Bahnweg die Auslastung auf guten Verdienst beim Wiederausgehen der Schiffe gefährdet wäre. Außerdem aber würden sich neben vielen anderen im besonderen auch diejenigen beschwert fühlen, die, nicht an der Wasserstraße liegend, Wasserkräfte für ihren Betrieb brauchen und infolge der Dürre zu vermehrtem Kohlenbezuge mit der Eisenbahn genötigt sind. Thatsächlich sind Gesuche um entsprechende Frachtermäßigung von solchen Interessenten bereits eingegangen. Sonach stünde man bei Eingehen auf die nachgeleitete Frachtermäßigung in der That vor der Frage einer allgemeinen Herabsetzung der Staatsbahntarife, eine Wirkung, welche im Interesse der Finanzen des Landes unbedingt vermieden werden muß.

Der liberalen Presse paßt natürlich die Ablehnung der Forderungen nicht. Das um die industriellen Profite besorgte „Berliner Tageblatt“ findet die Gründe „sachlichsehrig“. Was würde wohl das ehrsame Blatt sagen, wenn Arbeiter die Forderungen an den Staat stellten, er solle ihnen einen durch Witterungsverhältnisse entgangenen Arbeitsverdienst vergüten. Das Moskische Organ würde mit den schönsten ökonomischen Manchesters-Argumenten beweisen, die Forderung sei höchst unerschämmt.

Son der Aussperrung in Marseille.

Paris, 11. September. (Fig. Ber.) Das Unternehmertum hat seine Karten vollständig aufgedeckt. Die Vermählungen des Votschaftern der Pariser Handelskammer um eine friedliche Vermittelung sind an dem Widerstand der Unternehmer-Organisation gescheitert, während die beiden Arbeiter-Organisationen (die der Matrosen und die der Doker und verwandter Berufe) schließlich nur die Aufrechterhaltung der alten Verträge forderten. Demgemäß verzichteten die Doker auf die offensive Forderung des Achtstundentages und erklärten ihre Zustimmung zu diesen von den Unternehmern, kraft des alten Vertrages aufgestellten Forderungen: „Arbeitsfreiheit“, Freiheit der Anstellung von Arbeitern, Abschaffung des Vorkontos und schiedsgerichtliche Erledigung der Streitpunkte. Ja, die Gewerkschaft that um des Friedens willen noch ein Abtrübsel: als Bürgerpflicht für die Beobachtung des Vertrages bot sie der Unternehmerorganisation die von dieser anfänglich verlangte Summe von 100 000 Fr. an.

Durch die einschichtige Taktik der Gewerkschaftsleiter so in die Enge getrieben, mußten die Unternehmer mit cynischer Offenheit den eigentlichen Zweck der Aussperrung vor aller Welt verraten, d. i. die Vernichtung der Gewerkschaft. Sie wollten keinerlei Bürgerpflicht mehr von der Gewerkschaft annehmen, weil sie dadurch eben die Gewerkschaft anerkennen würden. Ferner aber forderten sie die „Ergänzung“ des alten Vertrages durch diese zwei Punkte: Abschaffung der Gewerkschaftsdelegierten auf den einzelnen Arbeitsplätzen und Abschaffung des Kollektivvertrages bei der Anstellung von Arbeitern. Eine „Ergänzung“, die der Vernichtung des alten Vertrages, der Vernichtung der gewerkschaftlichen Errungenschaften und der Ablösung der Gewerkschaft selbst gleich kommt.

Damit nicht genug. Während die Unterhandlungen noch schwebten, setzte das Unternehmertum eine neue Anbahnungsorganisation ins Werk. Unter dem Namen „Union maritime“ (Seevereinerung) wurde in Anlehnung an das Beispiel des Antwerpener Unternehmertums eine „gemischte“, aus Unternehmern, Werkführern und Arbeitern bestehende Organisation gegründet, in welcher natürlich das Unternehmertum schon statutenmäßig herrscht. So besteht das allmächtige Komitee der Union aus 15 Vertretern des Schiff- und Hafenkapitals, 5 Vertretern der Werkführer und 5 Vertretern der Arbeiter. Zweck der „Union“ ist die vollständige Ablösung der Gewerkschaft. Die „Union“ verschafft Arbeit vorzugsweise ihren Mitgliedern und sie allein regelt alle Arbeitsfragen. Um die Proletarier anzulocken, werden ihnen ein jährlicher Minimallohn und die üblichen wohlthätigen Einrichtungen in Aussicht gestellt.

Es ist jedoch sicher zu hoffen, daß die Pläne der Aussperrter scheitern werden. Die beiden Hafengewerkschaften sind bereits zu stark und zu einflussreich, um durch die unternehmerliche „Union“ verdrängt werden zu können. Ihre Stärke und ihr Einfluß hat sich während der Aussperrung aufs glänzendste bewährt — namentlich auch darin, daß der Konflikt einen so ruhigen Verlauf nimmt, trotz der herausfordernden Haltung der Aussperrter und trotz des üblichen militärischen Aufgebots.

Die Doker-Gewerkschaft hat bereits auch den Erfolg zu verzeichnen, daß eine Anzahl kleiner Expeditoren die Unternehmer-Solidarität gebrochen hat. Bis heute sind so unter Vermittelung der Gewerkschaft etwa 700 Doker in Arbeit getreten. Die Arbeitenden zahlen dabei zu Gunsten der Aussperrten ein Drittel ihres Tagelohnes. Dergleichen konnten die Führer mit Einwilligung der Gewerkschaft die Arbeit wieder aufnehmen.

Zur raschen und gerechten Beendigung der Aussperrung könnte die Regierung wirksam eingreifen, wenn sie vor der kapitalistischen öffentlichen Meinung weniger Angst hätte. Zu der Hand der Regierung liegt es, die Handelsmarine kraft der Verträge mit dem Staat sowie die fongestionierte Dodgegesellschaft empfindlich am Geldbeutel zu treffen. Die minifreie Mehrheit des Pariser Generalrates hat übrigens von der Regierung die Eröffnung der Docks, trotz der aussperrenden Gesellschaft, verlangt. Dergleichen verlangt der Abg. Profenäs in der „Humanität“ wiederholt etwas mehr Energie in der Ausnutzung der Regierung zur Verfügung stehenden Druckmittel gegen die kapitalistischen Aussperrter. Das Kabinett Combes hört aber auf dieses Ohr noch immer nicht. Der Handelsminister hatte lediglich in einem sanften Schreiben die Unternehmer an die aus den Verträgen mit dem Staat sich ergebenden Verpflichtungen und eventuell verwickelten Dänen erinnert.

Die neuesten Meldungen lassen auf ein Einlenken seitens der transatlantischen Gesellschaft schließen, das ist der Ursprungsstelle des zu einer Aussperrung benutzten Konflikts. Bleibt abzuwarten, ob das gesamte Unternehmertum ebenso rasch seinen von langer Hand vorbereiteten Angriffskrieg gegen die Gewerkschaften aufgeben wird.

Deutsches Reich.

Materialien zur Schulfage. Als im Jahre 1880 Gottfried Keller seinen sechzigsten Geburtstag beging, war es Wolke der als erster die in Berlin ausliegende Gildwunschkarte unterschrieb. Es ist also ein in konservativen Kreisen angehender Mann, den wir heute als Zeugen gegen den Religionsunterricht der Kinder in der Schule anrufen. Freilich eiteren wir den „Grünen Heinrich“, dessen

erste Fassung aus den dreißiger Jahren des Meisters stammt — aber diese erste Fassung ist längst verschwunden; Keller selbst hat mit drei bis vierhundert Bänden derselben seinen Stubenofen heizen lassen, als er als Sechzigjähriger die jetzige Form schuf. (Bauchhold, Gottfried Keller II, 45). Bei dieser gewaltigen Um- arbeitung wurden auch die früheren Reflexionen über Politik, Religion und Erziehung einer scharfen Censur unterzogen — über den Religionsunterricht an der Hand des Katechismus aber bringt Keller auch jetzt noch die folgenden Klagen:

Die andre peinliche Erinnerung an jene Schulzeit sind mir der Katechismus und die Stunden, während deren wir uns damit beschäftigen mußten. Ein kleines Buch voll hölzerner, blutiger Fragen und Antworten, losgerissen aus dem Leben der biblischen Schriften, nur geeignet, den dürren Verstand bejahrt und ver- stockter Menschen zu beschäftigen, mußte während der so unendlich schneidenden Jugendjahre in ewigen Wiederläufen auswendig gelernt und in verständnislosem Dialoge hergesagt werden. Harte Worte und harte Töne waren die Aufforderungen, bestemmende Angst, keines der dunklen Worte zu vergessen, die Aufmerksamkeit zu diesem religiösen Leben. Einzelne Psalmstellen und Niedertröpfchen, eben- falls aus allem Zusammenhang gezerzt und deshalb unlieblich einzuprägen, als ein ganzes organisches Gedicht, verwirrten das Gedächtnis, anstatt es zu üben. Wenn man diese, gegen die ver- wütherte Sündhaftigkeit ausgewachsener Menschen gerichteten vier- schädigen, nackten Gebote neben den überflüssigen und unfaßlichen Glaubenssätzen gerichtet sah, so fühlte man nicht den Geist wachen einer launigen menschlichen Ent- wicklung, sondern den schwallen Rauch eines rohen und starren Barbarentums, wo es einzig darauf ankommt, den jungen, garten Nachwuchs auf der Schnell- und Zwangsbahn so früh als möglich für den ganzen Umfang des bestehenden Lebens und Denkens fertig und verantwortlich zu machen.

Vermuthlich war es nicht der lutherische, sondern ein Katechismus der reformirten Kirche, an dem sich der Knabe Keller erbaut — der Unterricht im Unterricht dürfte darum kein allzu großer sein; wissen wir doch, daß z. B. in der Provinz Sachsen zum „normalen religiösen Gedächtnisstoff“ unter anderem 142 (einhundertzweiundvierzig) Sprüche „zur Erklärung von Luthers Katechismus“ gebören! (Vgl. d. Igl. Konstitutions d. Provinz Sachsen vom 17. Dez. 1900); wohlgenekt bilden diese 142 Sprüche einen Teil des „Normal- stoffes“ für die Schule. — Die Kirche hat in demselben nicht mehr als das Minimum des religiösen Gedächtnisstoffes zu sehen, auf das sie bei dem Konfirmandenunterricht hinfort rechnen darf.

Als welche klägliche Halbheit erscheinen gegenüber jenen Worten Gottfried Kellers, der doch ein Großer bürgerlicher Bildung ist, die Beschlüsse, welche am Montag in einer Berliner Versammlung die Freisinnige Vereinigung gegen den nationalliberal- konserватiven Schulkompromiß gefaßt hat:

Wir verlangen:

1. daß die gesamte Jugend des deutschen Volkes bis zu einer geleglich festgestellten Altersgrenze in der Volksschule, in der Unterricht und Lernmittel frei sind, vereinigt werde und daß neben der Volksschule öffentliche Anstalten für den ersten Unterricht nicht bestehen.
2. daß die Volksschule mit den mittleren und höheren Bildungs- anstalten in organische Verbindung gebracht werde und besonders begabte Kinder unentgeltlichen Unterricht in weiterführenden Lehr- anstalten erhalten.
3. daß sich an die Volksschule eine obligatorische Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen anschließe.
4. daß in der Volksschule, wie in jeder andern staatlichen Bildungsanstalt, eine konfessionelle Trennung der Kinder nur im Religionsunterrichte stattfinden und daß für die Teilnahme am Religionsunterrichte ein Zwang nicht besteht.
5. daß die Lehrer eine wissenschaftliche Bildung erhalten, die der Stellung der Volksschule im gesamten Bildungsorganismus des Staates entspricht.
6. daß die Volksschule zeitgemäß ausgestaltet und dotiert wird (Verkleinerung der Schulklassen, Aufbesserung der Lehrer- besoldungen).
7. daß die Aufsicht über die Volksschule in die Hände von praktisch bewährten und pädagogisch gebildeten Fachleuten gelegt wird und
8. daß die Oberleitung des Unterrichts wesens einem Unter- richts-Ministerium obliegt, das vom Kultusministerium völlig getrennt ist.
9. daß diejenigen Gemeinden, die größere Opfer für ihr Schul- wesen bringen, an der Verwaltung der Schulen entsprechend be- teiligt sind.

Wir verwerfen demgemäß:

1. die Trennung der Schule nach sozialen Schichten (Standes- schulen) und religiösen und kirchlichen Bekenntnissen (konfessionelle Schulen).
 2. die geistliche Schulaufsicht.
 3. die Abtrennung der Lehrer-Bildungsanstalten, soweit sie die allgemeine Vorbildung der künftigen Volksschullehrer zur Auf- gabe haben, von den übrigen höheren Lehranstalten und Bezeichnung
 4. die dürftige Ausstattung und unzureichende materielle Für- sorge für den Unterricht als eine der größten, in kultureller wie wirtschaftlicher Beziehung nachtheiligsten Verhältnisse des Staates!
- Das ist das Keuferste an Radikalismus, was das heutige deutsche Bürgertum aufzubringen vermag. Gewiß, es wäre ein großer Fortschritt, wenn auch nur diese Forderungen verwirklicht würden. Und dennoch kommt auch dieser „Radikalismus“ nicht zur grundsätzlichen Trennung von Staat und Kirche, der Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen und Uebergabe an die Interessenten.

Reform des Strafrechts und des Strafvollzuges. Sowohl auf dem Inbriinder Juristentag wie auf der in Danzig stattfindenden Tagung des Deutschen Medizinal-Beamten- vereins hat man sich mit kriminalistischen Fragen beschäftigt.

Die Juristen beschäftigten sich mit der strafrechtlichen Behandlung der jugendlichen Personen. Es gelangten die Leitsätze des bekannten Sachmannes für Gefängniswesen Krohne (Danzig) zur Annahme. Auch über die strafrechtliche Behandlung geistig minderwertiger Personen wurden Beschlüsse gefaßt, deren erste vier Punkte lauten:

1. Wer sich bei Begehung einer strafbaren Handlung in einem dauernden krankhaften Zustande befindet hat, welcher das Ver- ständnis für die Strafbarkeit seiner Handlung oder seine Widerstandskraft gegen strafbares Handeln vermindert, ist nach dem für minder Fälle geltenden Strafrahmen zu be- strafen.
 2. Bei jugendlichen Personen mildert unter der gleichen Voraussetzung der Richter die Strafe innerhalb des für Jugendliche geltenden Strafrahmens nach freiem Ermessen.
 3. Die Ausschließung des Strafvollzuges ist unter den allgemeinen Bedingungen zulässig.
 4. Der Vollzug erfolgt in der gewöhnlichen Strafanstalt unter individueller Berücksichtigung des geistigen Minderwertigkeit be- gründenden Zustandes.
- Der Medizinal-Beamten-Kongress erörterte die gerichtsarztlichen Wünsche bei der Revision der Strafgesetzbuchung. Professor Dr. Straßmann befragte, dem Richter größere Freiheit in der Strafmaßung zu gewähren, die aber, wie wir hinzufügen — wenn sie nicht das Gegenteil des beabsichtigten Erfolgs haben soll — mit einer viel engeren Begrenzung des Strafmaßes im Gesetz verbunden sein muß.
- Professor Schaffenburg hielt ein Referat über ver- minderte Zurechnungsfähigkeit. Er verlangte eine Heraufhebung des Alters der völligen strafrechtlichen Zu- rechnungsfähigkeit.

Das dankbare Vaterland. Als ein charakteristischer Beitrag zur Illustration der Art und Weise, wie das „Vaterland“ die Kriegs- veteranen lohnt, die die „glorreichen“ Feldzüge der verflochtenen Jahrhunderthälfte mitgekämpft haben, darf ein Wittgeßel gelten, das der Redaktion der „Bürger Zeitung“ von einem 64jährigen Veteranen, der in drei Kriegen seine Gesundheit zu Grunde richtete und 1870 Invalid wurde, zugeht. Der Mann schreibt u. a.:

„Die Jhnen von früher noch bekannt sein wird, liebe ich in der denkbar größten Not und Entbehrungen härtester Art, zur Ehre des Deutschen Reiches, das ich in drei Kriegen mit auf- wanden half. Bisher ging es noch einigermaßen, wenn auch arg knapp, da mein Kleider- und Wäschevorrat aus einstufigen besseren Zeiten bis jetzt angehalten hat. Jetzt bin ich aber mit Velleidung, Wäsche, Schuhzeug herunter bis auf den Hund, so daß ich mich unmöglich auf der Straße sehen lassen kann. Nach Abzug von Logis, zweimal Kaffee, Wäsche zc. verbleiben mir für den ganzen langen Monat wenige 11,25 M., und hieron kann ich mir unmöglich die notwendigen Ergänzungsstücke beschaffen. 33 Jahre habe ich den verächtlichen Armen spielen müssen, jetzt zwingt mich die eiserne Notwendigkeit, als einstufiger Militärbeamter durch ein Inserat mein Elend der Öffentlichkeit preiszugeben, voranzusetzt, daß Sie die Güte haben, mir diese Günt zu erweisen. . . Meinem Innern widerstrebt zwar dieser letzte traurige Schritt, ich weiß aber keinen andern Ausweg, wenn ich nicht verhungern oder mich erschießen will. Ich wollte diesen Schritt dadurch umgehen, daß ich mich um eine einmalige Unterstützung an

die Kronprinzen-Stiftung in Berlin, speziell für 1864er Veteranen,

die Kaiser Wilhelm-Stiftung in Berlin, speziell für 1866er Veteranen,

die Kaiser Wilhelm I.-Stiftung in Berlin, speziell für 1870/71er Veteranen,

die Kaiser Wilhelm II.-Stiftung in Berlin für alle Veteranen,

die Prinz Luise-Stiftung in München,

den Kriegerbund in Berlin,

das kaiserliche Schatzamt in Berlin

wandte; überall wurde ich jedoch wegen fehlender Mittel ab- gewiesen. . . Seit zehn Tagen habe ich meine 33jährige Winterr- sation wieder begonnen, d. h. ich kann wieder bis zum nächsten Frühjahr an chronischer Gicht unter schrecklichen Schmerzen im Bett liegen. . . Etwas eingehende Beträge auf mein Wittiniferat bitte ich mir daher zu überlassen.“

Die Redaktion der „Bürger-Zeitung“ hat persönlich Redereien gepflogen, dabei die familiären Angaben des Wittstellers bestätigt gefunden und ihn in einem Zustande schrecklicher Hilf- losigkeit und äußerster Elends getroffen. Seiner Bitte wurde entsprochen. Welch ein blutiger Hohn spricht aus der Thatfache, daß Kriegsveteranen, die von fetten Kurrapatrioten bei wasserländischen Festen und Siegesfeiern „als die Begründer von des Deutschen Reiches Einigkeit und Größe“ gefeiert werden, in ihrer höchsten Not keinen andern Ausweg mehr wissen, als bei den „vaterlandslosen Gejellen“ Hilfe zu suchen. —

Ans Südwest-Afrika

ist eine neue Verlustliste eingegangen.

Berlin, 13. September. Amliche Meldung. Reiter Karl Richtender, früher im Infanterie-Regiment Großherzogin (3. Großherzoglich Hessisches) Nr. 117, ist auf dem Rücktransport bei Ombuatjira am 10. August am Typhus gestorben.

Am 30. August fielen, wie bereits gemeldet, Lieutenant von Stempel und Sergeant Stolle in der Gegend von Plattbeeren gegen den Rebellen Morengo; außerdem fiel noch ein Gefreiter, verwundet zwei Gefreite und ein Reiter, vermißt drei Reiter; Namen folgen nach Fest- stellung der Personalien.

Gefreiter Karl Franz Rabitschke, geboren 22. April 1882 in Lant, Kreis Neumark, früher im Pfüllier-Regiment General- feldmarschall Graf Wolke (Schlesisches) Nr. 38, ist am 29. August auf dem Transport von Ombuatjira nach Waterberg gestorben. Reiter Bonellis, geboren am 15. November 1882 zu Boggen, Kreis Niederung (Dithmarschen, verwandt mit Martin Bonellis in Wladusen, Kreis Tilsit, ist am 9. September im Jagarett in Water- berg am Typhus gestorben.

Wiederum also ist Trostlos nicht in der Lage, die Namen von drei Vermissten und drei Verwundeten mitzuteilen! Es ist uns geradezu unverständlich, wie man nicht in der Lage sein kann, sofort die Namen von einem halben Dutzend Personen festzustellen! Schon durch einen einfachen Namensaufsatz des betreffenden Truppenteils müßten sich die Personalien der Vermissten feststellen lassen! Eine solche Feststellung erscheint nur dann schwierig, wenn die im Kampf und auf der Verfolgung begriffenen Mannschaften nicht zu einem Appell zusammengebracht werden konnten. Aber dieser Umstand kommt offenbar nicht in Frage, da man ja auch sonst nicht einmal die genaue Ziffer der Verluste hätte feststellen können. —

Ueber den Verbleib der Nichtkombattanten der Hereros, der Frauen, Kinder und des Gros des Viehes wirft Dr. Passarge die Frage auf: „Wo sind die Weiber und Kinder, wo die großen Herden der Hereros?“ Er bezweifelt, daß die Aufständigen die Hauptmasse ihres Viehes am Waterberg verarmelt hatten. Von den 60 000 Seelen, das dürfte die allergeringste Schätzung der Volksstärke der Hereros sein, können nicht mehr als 20–25 000 Köpfe am Waterberg vereinigt gewesen sein. Auch müßten während der Verfolgung schon Hunderte von entkräfteten Frauen und Kindern aufgefunden worden sein. Hieron ist jedoch nichts gemeldet worden. Man hat die Vermutung aufgeworfen, daß die Masse der Frauen, Kinder und Herden von den Rebellen zu den Dvambo oder in der Richtung auf den Olavango, kleinere Teile aber schon in den ersten Phasen des Aufstandes über Epuliro und Gobabis-Das nach Osten in Marsch gesetzt seien. Passarge weist auf das Kaufaufeld als mög- lichen Zufluchtsort hin und empfiehlt dessen Untersuchung.

Die ja durch einen Specialberichterstatter in Südwestafrika ver- tretene, also wohlinformierte Ederl-Preffe teilt die Auffassung Passarges durchaus. Trifft diese Auffassung aber zu, so ist es den jetzt im Südboten der Kolonie „eingekreiselten“ Hererotrups noch viel leichter, abermals zu entschlafen! —

Zu der Ermordung des Missionars auf Neuguinea

liegen mehrere Nachrichten über die Ursache des Maffakres vor. Nach einer Meldung des „Daily Chronicle“ bestand die Ursache der Ermordung in der Durchschneidung eines eingeborenen Dieners durch den Vater Kascher wegen Bigamie. Der Vater hatte dem Diener die Ehescheidung verweigert, worauf dieser gemäß den papuanischen Bräuchen sein Weib tötete, sich die von ihm gewünschte neue Frau nahm und mit ihr zur Missionsstation kam. Dort wurde er von dem Vater durchgepeitscht, worauf er drohte, die Missionare zu töten, welche Drohung er nun auch zur Ausführung gebracht hat.

Sollte diese Lesart zutreffen, so hätte sich wieder einmal gezeigt, wozu die schablonenhafte Missionarsarbeit führt. Unter den Papuas herrscht in der That Vielweiberei, wenigstens für diejenigen, deren Mittel ihnen erlauben, sich mehrere Weiber kaufen und ernähren zu können. Der betreffende Missionardienere war nun zwar von den Missionaren zur Einehe befehrt worden, allein die elementarsten Begriffe von der Heiligkeit des Menschenlebens hatte man ihm noch nicht zur Genüge beigebracht. Als der Vater ihm — nach katholischem Ritus — die Ehescheidung verweigerte, ermordete er seine Frau, um dem Dilemma der Doppelhehe zu entgehen. Dieser Ausweg erschien ihm insofern ganz natürlich, als der Wert eines Frauenlebens unter den auf sehr tiefer Kulturstufe stehenden Papuanen sehr gering geschätzt wird. Die Ermordung von Frauen ist allerdings durchaus nicht straflos; vielmehr haben die Angehörigen der Frau das Recht der Blutrache, allein dies Recht kann durch Zahlung einer Sühne getilgt werden. Hätte also der Vater seinem Papuanidiener die Ehescheidung nicht verweigert oder ihm die Doppelhehe nicht als Todssünde dar- gestellt, so lebte nicht nur höchstwahrscheinlich seine Frau noch, sondern auch die ganze ermordete Missionsstation. Es ist das nur

die alte Geschichte von dem verständnislosen religiösen Drill der Missionare, die sich einbilden, Sittlichkeits- und Familienformen, die einer ganz andren Kulturform entspringen sind, einfach auf eine ganz anders geardete, tiefer stehende Kulturform aufzupropfen zu können.

Uebrigens liegt auch noch eine andre Lesart über die Entstehung des Blutbades vor. Danach bestand zwischen den Missionaren und den Vaining eine Art Hörigkeitsverhältnis, so daß die Vaining ohne Gegenleistung Schweine und Fische liefern und Arbeiten verrichten mußten. Dafür entgingen die Vaining dem Los, gefressen zu werden. An der Küste wurden mehrere Vaining befreit und elf von ihnen der Mission übergeben. Diese Sklavenbefreiung soll dann den Grimm der Eingeborenen entfesselt haben. Man wird abwarten müssen, welche der beiden Les- arten richtig ist oder ob die wahre Ursache des Maffakres etwa gar in ganz andren Umständen zu suchen ist. —

Niederlande.

Eine große nationale Wahrechtsdemonstration hat am Sonntag im Haag stattgefunden. Die Beteiligung war sehr zahlreich. Bei dem leitenden Komitee hatten sich 430 Organisationen zur Teilnahme gemeldet, tatsächlich stieg aber die Zahl der bei der Demonstration vertretenen Organisationen auf 500. (Bei der nationalen Wahrechts- demonstration im vorigen Jahre zu Rotterdam waren es 330 Or- ganisationen; die Bewegung für das allgemeine Wahrecht ist also im Wachsen begriffen.) Die Zahl der Demonstranten wird auf 10 000 angegeben. Am stärksten war die Socialdemokratische Arbeiter- partei vertreten; auch die Frauenbewegung war durch eine größere Anzahl Teilnehmerinnen repräsentiert; ferner der „Arbeiterverband“ und der „Freisinnig-demokratische Verband“ sowie die zahlreichen Gewerks- schaften. Der Marinematrosen-Verband, dem die Teilnahme ver- boten worden war, wollte seine Fahne nach Haag schicken, um wenigstens dadurch im Zuge vertreten zu sein; sie wurde jedoch in Gelder mit Beschlag belegt. Nun hatte der Verband einen riesigen weißen Tuchstreifen geschickt, auf dem die jüngst vom Marineminister Gals geäußerten Worte standen: „Dem Marinepersonal wird nicht ein einziges Wort hinsichtlich seiner politischen-geistigen Entwicklung angelegt.“ Trotz des Verbots nahmen übrigens auch einige Marinematrosen an der Demonstration teil. Die zahlreichen Fahnen, Banner und Standarten, die auf dem Sammelplatz aufgezogen und später im Zuge durch die Stadt getragen wurden, waren zum großen Teil mit Aufschriften ver- sehen, die auf das allgemeine Wahrecht Bezug hatten. —

Vom Kriegsschauplatz.

Tokio, 12. September. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Ein gestern um Mitternacht hier eingetroffener Bericht des Marschalls Ohama giebt im einzelnen Auskunft über die Stellung der russischen Truppen in der Nähe von Jantai und Mulden. Danach sieht eine bedeutende russische Kavallerie-Abteilung in Pingtaise, etwa 24 eng- lische Meilen östlich des Bahnhofs von Jantai. Eine andre Abteilung hält Hingtschai nördlich von Pingtaise an der Straße von Zubao besetzt. Von Artillerie begleitete Kavallerie-Abteilungen werden in Huangtschautai an der Straße östlich Mulden gemeldet, sowie in der Nähe von Kumentufschan, das von den Japanern besetzt ist. Kleine Abteilungen Kavallerie befinden sich in Jantschialan, Aufschutui und Mensufschu längs der Eisenbahn zwischen Jantai und Mulden. Diese Abteilungen stehen offenbar in Fühlung mit- einander und sollen den Feind überwachen. — Ein weiterer Bericht von der mandchurischen Armee beklagt den Zu- stand der Nichtkombattanten in Liauang. Die Russen hätten die Entfernung der Nichtkombattanten, von denen viele getötet und verwundet wurden, gehindert. Die Lage der Nichtkombattanten sei schrecklich und spote jeder Beschreibung. Natürlich seien durch das Feuer der Japaner Civil- personen getötet und verwundet worden; die Russen seien aber da- für verantwortlich. Es sei bedauerlich, daß auch Nichtkombattanten unter den Unbilden des Krieges zu leiden hätten. Der Bericht meldet ferner, daß der englische Missionar Westwater etwa 200 ver- wundete Japaner in Sicherheit gebracht und viele gepflegt und be- handelt habe.

Ein ergänzender Bericht Ohamas besagt, daß sich unter der nach der Schlacht bei Liauang von den Japanern gemachten Beute zwei Arten Dumdum-Geschosse befanden, die der Punition für Gewehre Modell 1891 gleichen, aber nicht genau in dasselbe paßten. Die Japaner hätten nach solchen Gewehren gesucht, aber bisher keine gefunden. Bei Japanern vorgefundene Verwundungen ließen es als wahrscheinlich erscheinen, daß mit Dumdumpatronen geschossen wurde, obgleich die Japaner bisher nicht im Stande waren, das Vorhandensein derartiger Geschosse end- gültig festzustellen; auf diese Angelegenheit bezügliche Photographien und Papiere würden folgen, um sie aufzuklären.

3000 Russen gefangen?

London, 13. September. „Morning Post“ meldet aus Tschifu: Nach hier eingelaufenen Nachrichten soll General Saffulitch, der Befehlshaber der russischen Armee südlich des Sun-Flusses, mit 3000 seiner 5000 Mann zählenden Truppen in japanische Hände gefallen sein, nachdem er schwer verwundet worden war. Die Generale Zarubajew, Kondratowitsch und Widing sollen den Vormarsch Kurokis zum Stoen gebracht haben. —

„Daily Mail“ meldet vom 11. d. M. aus Tientsin, daß General Linewitsch mit 50 000 Mann in Nordostchina ein- gerückt sei und die Verbindungslinie Kurokis mit Jöngwangtschung abgeschnitten habe.

Die Meldung der „Daily Mail“ klingt äußerst unwahr- scheinlich!

Exzesse in Liauang.

London, 13. September. Dem „Reuterschen Bureau“ ist von seinem Korrespondenten, der den letzten Kämpfen auf russischer Seite bewohnte, heute aus Tientsin folgender von Liauang, den 8. September datierter Bericht zugegangen: Als die Japaner die Russen von den Schanfanpo-Bergen vertrieben, wurden die große Entbehrungen leidenden russischen Soldaten in Liauang, die einsehen, daß die Stadt fallen mußte, ängstlos und fingen an, die chinesischen und europäischen Läden zu plündern. Was sie nicht ge- brauchen oder mitnehmen konnten, vernichteten sie; sie öffneten mit dem Bajonett Ballen, Säcke und Kisten und streuten den Inhalt auf der Straße umher. Die Russen erbeuteten dabei viel Branntwein, betranken sich und begingen dann noch weitere Ausschreitungen. Als die Russen sich zurückziehen mußten, setzten Trupps von chinesischen Soldaten die von den Russen angefangene Plünderung fort. Als die Japaner nach fünfzigem Gefecht, während dessen sie nichts zu essen gehabt hatten wie trocknen Reis, eintrafen, vollendeten sie die Plünderung, und da die Läden schon ausgeraubt waren, brachen sie in Privat- häuser ein. Jetzt sind die Soldaten aus der umwallten Stadt herausgezogen; die Stadt ist verboten worden und sie dürfen sie nicht ohne besonderen Er- laubnis betreten.

Der Friedenszart!

Ueber London wird aus Petersburg gemeldet: Als Prinz Louis von Battenberg in Vertretung König Eduards der Taufe des russischen Thronfolgers beivoohnte, sprach er dem Zaren gegenüber vom Krieg und von der Möglichkeit eines baldigen, für Rußland ungünstigen Friedensschlusses. Darauf erhob sich der Zar und erwiderte mit großem Nachdruck: „Solange noch ein russischer Soldat auf den Beinen und noch ein Rubel im Staatskassenschatz ist, werde ich diesen Krieg gegen die Japaner, die mich zur Ergreifung der Waffen zwangen, fortsetzen. Keine Unfälle im Felde können diesen meinen Entschluß erschüttern.“ Man glaubt, der Zar habe diese Aeußerung mit der ausdrücklichen Absicht gethan,

Ne in England und zur Information für andre Mächte bekannt werden zu lassen.

Bücherchen wird wohl klein beigegeben müssen, lange bevor er den letzten Rubel und den letzten Soldaten geopfert hat!

Ein deutscher Kreuzer erster Klasse für Rußland?

Eine Korrespondenz meldet: Paris, 13. September. Der gewöhnlich nicht schlecht unterrichtete Petersburger Special-Korrespondent des Pariser „Petit Parisien“ will in der Lage sein, ohne Furcht, dementieren zu können, daß das Kaiserliche Ostsee-Geschwader in Libau einen von der deutschen Marine abgetretenen Kreuzer erster Klasse erwarten wird. Der Kreuzer, der von der Schiffs-Werft stammt, befindet sich im Augenblick in Kiel. Höhere russische Marine-Offiziere sind gestern von Petersburg abgegangen, um den Kreuzer abzunehmen.

Es wird interessant sein abzuwarten, ob die deutschen Offiziere nicht doch es wagen werden, den französischen Journalisten zu dementieren.

Soziales.

Wahre Wissenschaft für die Arbeiter.

Von Herrn Tischendörfer erhalten wir zu unserm gestrigen Artikel folgende Inschrift:

Ihre Besprechung meines Artikels im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ ist so persönlicher Art, daß die Gewerkschaftsfrage wohl hiervon keinen Nutzen erwarten kann. Von meiner Person ist in dem Artikel weder direkt noch indirekt die Rede. Es war daher wirklich keine Veranlassung vorhanden, sich mit mir in so liebenswürdiger Weise zu beschäftigen. Es sind vielmehr fast nur sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, deren Erlebnisse von mir verarbeitet worden sind. Die Forderung nach einer umfassenderen Fortbildung müßte bei ehelicher Behandlung der Frage mit einer kritischen Untersuchung der Gewerkschaftspraxis begründet werden. Mag man dieselbe sachlich bekämpfen, so wird man ihr doch die ernste Absicht, einzig und allein der Arbeiterfrage zu dienen, nicht absprechen können. Dann erscheint es freilich ganz unverständlich, wie ein angesehenes Blatt, das in der Kritik an der Spitze steht, so ungnädig und ausfallend werden kann, wenn man aus gedachten Gründen einmal das eigene Gewerkschaftslager kritisch beleuchtet wird. Auch hier gilt das Wort von dem Geibel der Kultur, den die Kritik bildet, auch wenn man sie zunächst unangenehm empfindet. Eine ruhige Betrachtung meiner Ausführungen wird ohne Zweifel ein anderes Ergebnis zeitigen. Ich kann hierauf um so mehr hoffen, weil derselbe sozialdemokratische Gewerkschaftler durchaus zugestimmt haben. Chr. Tischendörfer.

Herr Tischendörfer verkennt wohl den Sinn unserer gestrigen Ausführungen vollständig. Wir wenden uns nicht gegen das Bestreben, den Arbeitern Wissen zu vermitteln, aber wir bekämpfen mit vollem Ernst die Art Wissenschaft, die Tischendörfer anpreist, weil sie in Wirklichkeit eine Verjüngung der Arbeiter bedeutet. Zeilen auch, wie Tischendörfer behauptet, sozialdemokratische Gewerkschaftsführer seine Ansichten in diesem Punkte, so waren unsere Ausführungen um so nötiger.

Tischendörfer hat allerdings nicht ausdrücklich gesagt, daß er von sich spreche in der Schilderung des von den Massen umhüllten unbewußten großen Geistes, aber: weß das Herz voll ist, des läßt der Mund über. Wie er das Verhältnis des unbewußten Führers zu der unbewußten Masse darstellt, so muß man annehmen, empfand er es, und da können wir von unserm Urteil nichts zurücknehmen. Seine Darstellung der traurigen Lage des superklugen Führers unter der Masse derer, die sich in der Dummheit wohl fühlen, ist eine lächerliche Ueberhebung.

Freie Arztwahl.

Im „Rölnner Tageblatt“ vom 7. September findet sich folgendes Eingelaudt:

Als anfangs dieses Jahres die freie Arztwahl für die Mitglieder der Krankenkassen eingeführt wurde, wies man ärztlichseits auf den Vorteil hin, der den Kranken durch diese Einrichtung gewährt werden sollte.

Die freie Wahl wird aber gerade von der Seite, von der sie angeregt und besonders gewünscht wurde, sehr beschränkt, da nur solche Ärzte und Zahnärzte auf die Listen aufgenommen werden, welche Mitglieder des ärztlichen oder zahnärztlichen Vereins sind. Verschiedene Ärzte und Zahnärzte lehnen es ab, Mitglieder eines Vereins zu werden, aus mancherlei Gründen.

Der Zweck der freien Arztwahl ist aber durch diese Handhabung sehr beschränkt und von einer freien Wahl, (selbstverständlich nur unter den Herren, welche die deutsche Approbation als Arzt oder Zahnarzt besitzen) kann keine Rede sein, wenn diejenigen Herren, die sich bereit erklären, die Behandlung mit zu übernehmen, nicht auf die Listen aufgenommen werden. Schon im Interesse der Mitglieder der Kassen dürfte hier baldige Aenderung am Platze sein, denn dieselben zahlen der freien Arztwahl wegen höhere Beiträge.

Wiederholte Betrübte.
Die Einfunder sind naive Leute. „Freie Arztwahl“ bedeutet doch im Munde der Herren Ärzte daselbe, was im Munde der Agrarier etwa „Wohl der Landarbeiter“ bedeutet.

Disziplinarverfahren gegen Gewerbegerichtsbeisitzer wegen Nichterteilung in Gewerbegerichts-Angelegenheiten. Bevor man klagt, wende man sich an die unterzeichneten Beisitzer, stand auf den Plakaten, welche das Gewerkschafts-Kartell zu Neumünster in den von Arbeitern besuchten Wirtschaften und Cigarrenhandlungen seit Jahren hatte aushängen lassen. Auf den Plakaten standen die Namen der Beisitzer des Gewerbegerichts zu Neumünster und einige davon haben den gewerblichen Arbeitern, welche eine Klage beim Gewerbegericht anbringen wollten, Rat gegeben, mitunter auch die Klage aufgesetzt und sie von den Arbeitern abschreiben lassen. Wenn sie als Beisitzer des Gewerbegerichts fungieren sollten und wenn die Klage vor dem Gewerbegericht vorkam, wußten sie im voraus, doch will keiner der Sieben als Beisitzer an der Entscheidung eines Rechtsstreites teilgenommen haben, in welchem er Rat oder Auskunft gegeben. Sie wollen in vielen Fällen auch von einer Klage abgeraten und so das Gewerbegericht entlastet haben. Darüber habe auch schon der frühere Bürgermeister seine Freude ausgesprochen. Die Staatsanwaltschaft erwiderte in dem Verfahren der Sieben eine große Pflichtverletzung und beantragte deshalb bei dem Landgericht, die Amtsenthebung auszusprechen. Der Verteidiger beantragte Freisprechung, denn eine grobe Pflichtverletzung § 21 Abs. 3 Gewerbegerichts-Gesetzes läge nicht vor, nur eine einfache, deren sie sich nicht einmal bewusst geworden. Das Plakat sei garnicht von ihnen ausgegangen, sie hätten es nur geduldet, daß ihre Namen darauf gesetzt wären. Rat gegeben hätten sie niemals in einer Sache, in der sie nachher Richter gewesen. Wenn dies Rotgeben auch unvorsichtig gewesen, so wäre das doch keine „grobe“ Pflichtverletzung. Das Gericht hielt es für unzulässig, daß durch Plakate die Arbeiter aufgeführt würden, sich an die Beisitzer des Gewerbegerichts zu wenden, ehe sie gegen die Arbeitgeber klagten. Das entspreche überhaupt nicht der Unparteilichkeit, die man von einem Richter verlangen müsse. Da der Sieben die Unzulässigkeit aber nicht zum Bewußtsein gekommen sei, liege keine absichtliche Verletzung vor und deshalb habe das Gericht keinen Grund, die Amtsenthebung auszusprechen.

Von der Versicherungspflicht der Musiker. Ueber die Frage, ob für die Mitglieder der Stadtkapelle zu R. Beitragsmarken für die Invalidenversicherung zu zahlen seien, bestanden zwischen der beteiligten Landes-Versicherungskasse und dem Dirigenten Meinungsverschiedenheiten. Da die Frage von grundsätzlicher Bedeutung ist, so wurde sie zur endgültigen Entscheidung gemäß § 155, Absatz 1,

Schlussatz des Invaliden-Versicherungsgesetzes dem Reichs-Versicherungsamt überwiefen. Das Reichs-Versicherungsamt verneinte die Versicherungspflicht und führte begründend aus: Für die versicherungspflichtige Beurteilung der Mitglieder von Musik- oder Schauspielergesellschaften komme es auf das künstlerische Gesamtgepräge des Unternehmens an, bei dem diese Personen thätig seien, nicht aber darauf, ob die einzelnen Mitglieder eine künstlerische Vorbildung genossen hätten und nach ihren Leistungen als Künstler anzusehen seien. Nun veranstaltete die Kapelle des Musikdirektors F., welcher von der Stadtgemeinde R. eine jährliche Beihilfe von 1000 M. beziehe, in jeder Spielzeit verschiedene Sinfoniekonzerte, wirkte bei Oratorien- und Kirchenkonzerten mit und liefere die Musik für die Aufführungen der in R. alljährlich gastierenden Operettengesellschaft. Nach Auskünften genossen die Darbietungen nicht nur in R., sondern auch in weitem Umkreise künstlerischen Ruf. F. habe mit seiner Kapelle in zwei Großstädten Konzerte aufgeführt und namentlich in der einen auf Veranlassung eines königlichen Musikdirektors an Stelle einer wegen ihrer künstlerischen Leistungen berühmt gewordenen Militärkapelle fünf Jahre lang hintereinander Konzerte gegeben. Die Programme der in R. und andern Orten aufgeführten Konzerte enthielten überwiegend eine gute Auswahl älterer und neuerer klassischer Stücke. F. besitze seit Jahren einen Kunstsinne. Nach alledem könne den musikalischen Leistungen der Kapelle ein höheres Kunstinteresse nicht abgesprochen werden. Ihre Mitglieder unterlägen daher nicht der Versicherungspflicht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Glasbleiber-Streit wird mitgeteilt, daß gestern die Arbeit in drei großen Werksstätten niedergelegt worden ist, die sich der Bewegung bisher nicht angeschlossen hatten. — Zu denjenigen, die den Arbeitgebern zum Schaden der Streikenden großes Entgegenkommen zeigen, gehört die Warenhausfirma Jandorf. Sie läßt auf ihrem Neubau an der Ecke der Veteranen- und Brunnenstraße ungeschliffene Steine einlegen, die später wieder herausgenommen und geschliffen werden sollen. Der Firma Jandorf, die doch hauptsächlich auf Arbeiterunzufriedenheit angewiesen ist, wäre gewiß noch mehr Rücksicht auf die Streikenden zu empfehlen. Die nächste Streikversammlung der Glasbleiber findet am Donnerstagabend statt.

Streik der Arbeiterinnen des Mühlampfenwerkes von Siemens u. Halske. Der Stand des Streiks ist unverändert. Bis jetzt hat die Direktion des Werkes es noch nicht für nötig erachtet, den einzig gangbaren Weg zur Beendigung des Streiks zu beschreiten. Wenn bis heute nicht die Nachricht eintrifft, daß die Direktion auf annehmbare Grundlage verhandeln will, so wird sich am Freitag eine große Versammlung in der Kronenbrauerei mit der Angelegenheit befassen, wobei wohl auch der Mißbrauch besprochen werden wird, den man mit den Arbeiterauschüssen zu treiben versuchte. — Die Belästigungen und Schmierereien der auf Streikposten stehenden Arbeiterinnen werden von der Polizei noch immer fortgesetzt. Gestern Vormittag sind nicht weniger als 8 Streikposten listig worden, vorgestern waren es 3. Wie in der Besprechung der Streikenden berichtet wurde, gefallen sich einige Beamte in einem barschen Unteroffizierston, andre dagegen, die barmüthig wissen, wie ungeschicklich die Instruktion ist, der sie in Ausübung ihres Amtes Folge leisten müssen, sind weniger unfreundlich. Die Arbeiterinnen sind klug genug, um sich die Nummer derjenigen Beamten zu merken, von denen sie so barock und in ungeschicklicher Weise angefahren werden, und ihre Organisationsleitung wird nicht versäumen, alles aufzubieten, um sie wenigstens vor unpassender Behandlung bei den Störungen zu schützen, damit ihnen die erste Pflicht, die sie als Streikposten zu erfüllen haben, nicht allzu schwer gemacht wird.

Deutsches Reich.

Die Tischler der Möbelbranche in Luedenwalde sind seit dem 18. August in eine Lohnbewegung wegen nur einer Forderung von 5 Proz. Lohnhöhung, welche die Meister nicht geben wollten. Sie bitten jeden Kollegen, dem Ort fernzubleiben. — Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Tischler! In Paris a. d. Oise sind die Tischler in den Streik getreten. Ein von dort entsandter Agent bemächtigt sich, in Berlin Tischler für Paris anzuwerben, was den Holzarbeitern Verleumdung zur Beachtung empfohlen wird.

Die Mahregelungen auf Zechen „Gekules“ werden, wie uns aus Essen gemeldet wird, fortgesetzt. Der neugewählte Knappschaftsälteste ist auch gemahregelt worden. Die Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes sind angewiesen worden, bis zum 15. d. M. zu kündigen. Am nächsten Sonntag soll eine Protest-Versammlung der Bergschaft einberufen werden. Ueber die Verhandlungen ist noch nichts bekannt. Vorausichtlich wird es im ganzen Ruhrrevier zu einem Streik kommen, der nicht so leicht ablaufen wird wie der in Oberhausen.

Die Wächter der Waag- und Säckelgewerkschaft in München traten Sonntagmorgens 10 Uhr in den Streik, nachdem die Direktion jede Unterhandlung mit den Vertretern der Organisation, des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter, ablehnte. Die Ursachen der Differenzen sind darin zu suchen, daß die Direktion die den Wächtern, die bisher einen Anfangs-Lohn von 14,74 M. (!) hatten, alle 14 Tage gewährte Freimacht entziehen wollte. Unter dem gesamten Personal sind zwei Streikbrecher zu verzeichnen.

Versammlungen.

Das Berliner Gewerkschaftskartell hat in seiner Versammlung am Freitag beschlossen, den Kampf gegen die Kandidatenliste der Gewerkschaftskommission aufzunehmen. Nachdem sich die Delegierten der einzelnen Gewerkschaften zu der Frage geäußert und sich teils für Protestversammlungen, zum größten Teil aber für Wahlbeteiligung mit eignen Kandidaten ausgesprochen hatten, wurde der Beschluß, eigne Kandidatenlisten gegen die der Gewerkschaftskommission aufzustellen, mit 15 Stimmen gegen die 7 Stimmen der Hausdiener, Musikinstrumenten-Arbeiter, Möbelpolierer, Tischler, Parkhallen-Arbeiter, Maler und Jungkieser gefaßt. (Vom Frauenverein und den Ristenmachern waren keine Vertreter anwesend.) Es sollen so viele Kandidaten aufgestellt werden, wie Beisitzer der Kartellgewerkschaften in diesem Jahr ausscheiden und vor zwei Jahren ausgeschieden sind, und zwar aus folgenden Berufen: Jungkieser, Metallarbeiter, Zimmerer, Maurer, Musikinstrumentenmacher, Bauarbeiter, Fliesenleger, Kürschner und event. auch Möbelpolierer, deren offizieller Vertreter nicht anwesend war. Die Versammlung nahm folgende, vom Ausschuss vorgeschlagene Resolution an:

In Erwägung, daß die Bemühungen der Vertrauensleute Berlins eine Verständigung zwischen der Gewerkschaftskommission und Gewerkschaftskartell, betreffend gemeinsame Aufstellung einer Kandidatenliste zu den bevorstehenden Wahlen herbeizuführen, an dem krassem Egoismus der Gewerkschaftskommission scheiterte.

In fernerer Erwägung, daß den im Kartell vereinigten Gewerkschaften schon vor zwei Jahren aus demselben Grunde fünf Mandate abtrümmig gemacht wurden und nur auf Rücksicht des Beschlusses der Vertrauensleute Berlins, der ein derartiges Vorkommnis in Zukunft vermeiden sollte, die kartellierten Gewerkschaften abhielt, dem Antirentensprincp der Kartellkommission gehörend entgegen zu treten, sehen sich die Vertreter der im Kartell vereinigten Gewerkschaften nunmehr moralisch gezwungen, gegen das absolutistische Verhalten am Engel-Alter energisch Front zu machen.

Die in Betracht kommenden Organisations-Vertreter beschließen daher:

1. Der Ausschuss des Gewerkschaftskartells hat alle Vorbereitungen, die zu den Wahlen erforderlich sind, anzuordnen und zu leiten.

2. Das Gewerkschaftskartell beansprucht als Vertretung die Wiederbesetzung der ausscheidenden Beisitzer in diesem sowohl wie in allen späteren Fällen.

3. Wiedererlangung der durch die Wahlen vom Jahre 1902 von der Gewerkschaftskommission amnestierten fünf Mandate.

4. Dieses soll erreicht werden dadurch, daß die dem Gewerkschaftskartell angeschlossenen Gewerkschaften eigne Kandidaten aufstellen und mit aller Kraft nur für diese bei der Wahl ihre Stimme abgeben.

Der Ausschuss des Gewerkschaftskartells wurde ermächtigt, sich für die Arbeiten zur Wahlbewegung entschädigen zu lassen.

Sodann gab Schröder (Metallarbeiter-Gewerkschaft) einen kurzen Bericht über den Formerstreik. Der Kassierer Viesler teilte mit, daß für die Metallarbeiter 820 M. eingegangen sind und daß außerdem die Bauarbeiter nun noch 100 M. für denselben Zweck bewilligt haben. — Als Mitglied der Gewerkschaftskommission der Gewerkschaften wurde Fischer gewählt.

Wilmersdorf. Am Mittwoch tagte in Salomons Volksgarten, Berlinstr. 40, eine gut besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins. In der Herr Mag Schütte einen mit Vorschlag aufgenommenen Vortrag über: „Der Krieg in Ost-Asien“ hielt. Sodann gaben die Delegierten einen Bericht von der Generalversammlung des Kreises. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Einnahme von 303,30 M., davon sind an den Kreis abgeführt 202,24 M. Die Ausgabe betrug 134,40 M., bleibt ein Defizit von 33,29 M. Die Kommunalwahlen im März brachte eine Einnahme von 258,87 M., eine Ausgabe von 482,92 M., bleibt ein Defizit von 124,02 M.

Steglitz. In der am 7. September abgehaltenen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins gab der Vorsitzende Krause zunächst einen Rückblick auf das abgelaufene Geschäftsjahr. Hier sei daraus nur erwähnt, daß 12 Mitglieder- und 5 öffentliche Versammlungen stattfanden. In 15 zum Teil erweiterten Vorstandssitzungen wurden die Geschäfte des Vereins erledigt, und 9 Flugblattverbreitungen gaben den Parteigenossen Gelegenheit zur Mitarbeit. In erfreulichem Steigen befindet sich die Zahl der Mitglieder; während das Vorjahr mit 180 abschloß, zählt der Verein zur Zeit 250; das ist eine Zunahme um rund 40 Prozent. Auch Verufen geordnet verteilten sich die Mitglieder wie folgt: Maurer 70, Arbeiter 53, Tischler 20, Zimmerer 13, Schlosser 9, Töpfer 8, Gastwirte, Maler und Buchdrucker je 6, Stultateure 5, Steinmetz, Buchbinder, Klempner, Metallarbeiter, Wäcker je 4, Cigarrenhändler, Tapezierer, Steinmetzen, Dachdecker und Gärtner je 2; durch je einen Angehörigen sind folgende Berufe vertreten: Barbier, Bildhauer, Drechsler, Gasarbeiter, Gelbgießer, Gewerkschaftsbeamter, Glaser, Glaschleifer, Hausdiener, Kapellmeister, Kellner, Kolonialwarenhändler, Kürschner, Lagerhalter, Malermeister, Rohrleger, Sattler, Schirmmacher, Schneider, Schneidermeister, Schleiher, Schriftsteller, Schuhmacher, Uhrmacher, Zeitungsbedienter; zwei Mitglieder haben keinen Beruf angegeben. — Der Kassenbericht ergab eine Jahreseinnahme von 1037,62 M. Hier von wurden am Orte verausgabt 608,74, an den Central-Wahlverein abgeführt 420,90 M. Der Bibliothekar bedauerte die schwache Benutzung der Bibliothek und teilte mit, daß der Bücherbestand durch Anschaffungen und Schenkungen wesentlich vergrößert worden sei. — Die Neuwahl des Vorstandes usw. hatte folgendes Ergebnis: Wiedergewählt Willi Krause, erster Vorsitzender; neugewählt Linath, zweiter Vorsitzender, Grund, Schriftführer, Höhn, Kassierer, Käther, Beisitzer, Dräger, Haberland, Lessing, Revisoren, Köthig, Bibliothekar. In die Lokalkommission wurden gewählt: Dräger, Seeger und Jander, ferner wurden noch 10 Bezirksführer und deren Stellvertreter nominiert. Nach einem kurzen Bericht über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins erfolgte Schluß der Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Koburger Hofskandal.

Wien, 13. September. (W. S.) Die Prinzessin von Koburg stellte dem Prinzen Philipp von Koburg folgende Bedingungen: Sofortige Aufhebung der Entmündigung, ferneres Beisammensein mit Matiasch, sowie verschiedene materielle Ansprüche. Hier bezeichnet man diese Forderungen als unbillig und will nur materielle Zugeständnisse machen. Ein friedliches Arrangement scheint somit ausgeschlossen.

Juristentag.

Jansbrunn, 13. September. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung wurden sämtliche zur Beratung stehenden Fragen erledigt und die Anträge des Sektionschefs Dr. Klein über die Kartellfrage vom Plenum fast einstimmig angenommen. Hierauf wurde der Juristentag geschlossen.

Zum ostasiatischen Krieg.

Petersburg, 13. September. (W. S.) Die baltische Flotte hat strikten Befehl erhalten, falls bei ihrer Ankunft in Ostasien Port Arthur gefallen sein sollte, das Hauptaugenmerk auf die Blockierung japanischer Häfen zu richten.

Ein „lohnender“ Diebstahl.

Wien, 13. September. (W. S.) Der bei der Centralbank der deutschen Spartassen angestellte Diener Anton Jenner ist heute vormittag mit 385 000 Kronen, wovon er 155 000 Kronen beim Giro- und Kassenterein und 80 000 Kronen beim Bankverein erlegen sollte, flüchtig geworden. Jenner war mit ersterem Betrag in das Institut zurückgekehrt und hatte daselbst angegeben, daß er den ihm übergebenen Ueber bei der Oesterreich-ungarischen Bank noch nicht habe einlösen können, weshalb er später kommen müsse.

Wien, 13. September. (W. S.) Die österreichisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen sollen Anfang Oktober in Dresden wieder aufgenommen werden.

Paris, 13. September. (W. S.) In hiesigen politischen Kreisen drückt man sich sehr pessimistisch über das Ergebnis der Rundreise des Prinzen Georg von Griechenland aus. Der italienische Minister des Auswärtigen hat den Prinzen zwar empfangen, aber dabei erklärt, daß Italien keinerlei Initiative in der kretischen Angelegenheit ergreifen könne. In Paris wurde dem Prinzen in Abwesenheit des Ministers des Auswärtigen Delcassé mitgeteilt, daß Frankreich der Ansicht sei, daß jede Initiative Rußland zufomme, da es dieser Staat gewesen sei, welcher als erster die Ernennung des Prinzen Georg zum Gouverneur von Areta in Vorschlag gebracht habe. Selbst in Athen steht man dem Prinzen Georg und besonders den Delegierten der kretischen Oppositionsparteien sehr unsympathisch gegenüber. Den Mitgliedern der Oppositionsparteien erklärten die verschiedenen Parteiführer, daß vor allem die Einigung unter den Kretenern bestehen müsse. Der Kabinettschef weigerte sich, die Delegierten der kretischen Opposition zu empfangen.

New York, 13. September. (W. S.) Wie aus Washington berichtet wird, hat der Präsident des Creditkomitees der demokratischen Partei erklärt, die Campaign seiner Partei zur Präsidentenwahl werde nicht mit genügender Energie geführt, besonders gegen einen Gegner wie Roosevelt. Mehrere hervorragende Demokraten erklärten, daß die Haltung Parkers eine sehr passive sei. Des weiteren wird gemeldet, daß Roosevelt das diesjährige Budget dract ausgedehnt habe, daß es bei den meisten Mitgliedern des Repräsentantenhauses Anstöß erzeuge.

Parteigenossen! Heute Mittwoch Abend in allen Bezirken Berlins und Charlottenburgs!

Nach Amsterdam.

An den Taktikbeschlüssen sowie an den Parteiverordnungen des Amsterdamer Kongresses haben sich eine Reihe Erörterungen geknüpft, teils über die Art des Zustandekommens, teils über den Wert dieser Beschlüsse, die wichtig genug sind, zusammengefasst zu werden. Wie aus unseren Uebersichten über die Meinungsäußerungen der Parteipresse zum Taktikbeschlüsse bekannt ist, wurde bereits in einzelnen deutschen Parteiblättern der Gedanke ausgesprochen, daß der Taktikbeschluss verfehlt sei; die französischen Jaurèsiten würden und könnten sich durch ihn nicht binden lassen und auch die sozialdemokratischen Parteien in anderen demokratischen Ländern würden ihre aus den Verhältnissen ihres Landes geborene Taktik nicht in jedem Punkte dem Beschlüsse des Kongresses anpassen. In den Blättern derjenigen Parteien, gegen deren Taktik sich der Beschluss richtet oder richten kann, ist diese Ansicht über den Taktikbeschluss ziemlich allgemein vertreten worden. In diese Betrachtungen schlossen sich solche über die Verhandlungsform, die Abstimmungsverfahren und den Wert internationaler Beschlüsse überhaupt. Die Urteile knüpfen zum Teil an Mitteilungen über tatsächliche Vorgänge an, die aus den Berichten über die Verhandlungen nicht zu ersehen sind; für die Richtigkeit dieser Mitteilungen müssen wir den Uebern die Verantwortung überlassen. Gegenüber der Wertung, die Genosse Victor Adler in der „Wiener Arbeiterzeitung“ dem Taktikbeschlüsse zu teil werden ließ und einigen bereits in anderen Blättern mitgeteilten Einzelheiten erklärte in einer Parteiversammlung in Stuttgart: Genossin Zetkin nach dem Bericht der „Schwäbischen Tagwacht“:

„Daß die deutsche Delegation, um eine möglichst einheitliche und geschlossene Abstimmung zu erzielen, sich auch auf eine andere Resolution vereinigt hätte, wenn sie dem Wesen nach der Dresdener entsprachen hätte. Vebel habe in der Taktikkommission erklärt, daß die deutsche Delegation vom Amendement Adler-Vanderbelde über-rumpelt worden sei. Ueber die Dresdener Resolution sei in der deutschen Delegation gar nicht abgestimmt worden, sondern nur darüber, ob dem Amendement Adler-Vanderbelde zuzustimmen sei oder nicht. Der Antrag habe nur 11 Stimmen erhalten. Dann habe es sich um die Frage gehandelt, ob ein Versuch gemacht werden solle zur Formulierung einer neuen Resolution. Dieser Antrag habe nur 13 Stimmen erhalten. Dies müsse konstatiert werden, um die falschen Meinungen über die Abstimmungen der deutschen Delegation zu zerstreuen.“

Danach beschäftigte sich Genosse Quara, gleichfalls Teilnehmer des Kongresses, in der Parteiversammlung in Frankfurt a. M. unter ausdrücklichem Hinweis auf die Darstellung der Genossin Zetkin mit diesem Punkte und führte dazu aus:

„Wie war nun die Haltung der deutschen Delegation in der Taktikfrage und wie kam endlich die Abstimmung zu stande? Der Mangel an demokratischem Gefühl, der leider auch bei anderen Fragen zu Tage trat, ist Schuld daran, daß den deutschen Delegierten, die doch mit den Großen der Arbeiter nach Amsterdam gesandt wurden, die Möglichkeit gar nicht geboten war, den Standpunkt ihrer Wähler zu vertreten. Man begnügte sich damit, Vebel und Kautsky in die Taktikkommission zu entsenden, damit war die Sache erledigt. Erst kurz vor der Gesamtstimmung war es uns möglich, eine kurze Aussprache der deutschen Delegation herbeizuführen, möglich nur dadurch, weil ich in letzter Stunde, genau so wie man es bei den „Demokraten“ im Frankfurter Stadtparlament machen mag, Unterschriften bei deutschen Mitdelegierten sammeln mußte, um Vebel und Kautsky zu veranlassen, wenigstens kurz vor der Abstimmung uns Gelegenheit zur Rücksprache zu geben. Und in dieser letzten Besprechung, die häufig in der Dämmerung des Abstimmungsbereichs gehalten werden mußte, stellte Vebel dann sofort die Vertrauensfrage; er erklärte, sich für die unabgeänderte Dresdener Resolution so weit engagiert zu haben, daß er nicht mehr zurück löse. Niemand wollte unserm verehrten Führer ein Mißtrauensvotum ausstellen. Er hätte aber wohl als alter Demokrat auch umgekehrt sagen können: „Ich bin nur Euer Vertreter, bestimmt und befristet, ich habe mich danach zu richten.“ Das geschah nicht, und so scheuten die meisten unserer deutschen Delegierten den Schein, als sollte Vebel desavouiert werden, was gesagt werden muß, nachdem Genossin Zetkin in Stuttgart bei der Verichterstattung von der verschwindenden Minderheit gegen Vebel gesprochen hat.“

Zu diesen Auseinandersetzungen über die Vorgänge in der deutschen Delegation kamen dann die Urteile über den Wert der Abstimmung des Plenums, die an den Abstimmungsmodus anknüpfen. Es wurden Beschwerden darüber laut, daß bei der Abstimmung nach Nationen unbedeutende nationale Gruppen in der Abstimmung so viel Rechte haben wie große politische Parteien, und nach Untersuchungen über die Herkunft der Stimmen für und gegen die Taktikresolution wurde die Abstimmung für ganz wertlos erklärt. Mit diesen Fragen beschäftigt sich Kautsky in einem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“.

Er giebt — wie alle Genossen, die sich mit der Sache beschäftigen — von vornherein zu, daß der Abstimmungsmodus der internationalen Kongresse nicht einwandfrei sei, daß er den kleinen Nationen eine unvernünftige Bedeutung gewähre. Doch seien es gewichtige Gründe gewesen, die zur Annahme des Modus führten. Fünf Kongresse hätten sich seiner bedient, ohne daß dagegen protestiert worden sei, und auch in Amsterdam hätten die Gegner der Dresdener Resolution vor der Abstimmung keine Einwendung erhoben. Im Gegenteil hätten sogar noch ein Antrag Victor Adlers für Rußland noch zwei Organisationen anerkannt werden sollen, so daß Rußland vier Stimmen gehabt hätte. Wenn das verhindert worden sei, so sei es nur den Genossen zuzuschreiben, die später für die Dresdener Resolution gestimmt haben. Die zwei, Rußland verloren gegangenen Stimmen wären gegen Adler-Vanderbelde abgegeben worden. Das internationale Bureau, in dem diese Fragen geregelt worden seien, habe sogar gegen früher die Vertretung der kleinen Nationen noch mehr eingeschränkt durch Nichtanerkennung von Doppelmmandaten, das heißt der Vertretung einer Nation durch den Delegierten einer anderen Nation. Auf diese Weise seien die serbischen Genossen ihrer Vertretung beraubt worden, die dem bulgarischen Delegierten, einem Gegner des Amendements Adler-Vanderbelde, ihr Mandat übertragen hatten. In Paris dagegen habe Jaurès noch für Portugal zwei Stimmen abgegeben. Wäre der Antrag Adler über die Abstimmung angenommen worden und das in Paris noch geübte Verfahren anerkannt worden, dann wäre das Amendement Adler-Vanderbelde nicht mit Stimmengleichheit, sondern mit 25 gegen 21 Stimmen abgelehnt worden.

Kautsky geht dann dazu über, unter Absehen von den erwähnten Formalien die Stimmen, wie es gewünscht worden, zu wägen, indem er schreibt:

„Vergleichen wir die beiden Gruppen der Abstimmenden über das Amendement Adler-Vanderbelde, so finden wir freilich, daß sie an Stimmengleichheit einander gleich sind, aber gänzlich ungleich in ihrem inneren Befüge. Die 21 Stimmen gegen das Amendement bildeten eine einheitliche, gleichbedeutende Masse. Die 21 Stimmen für das Amendement zerfielen dagegen in drei Gruppen mit den verschiedensten Auffassungen. So haben wir zunächst die Antragsteller mit ihren Anhängern, die sich fastlich auf den Boden der deutschen Resolution stellten und die Modifikation ebenso ablehnten wie wir. Nur aus persönlichen und formellen Gründen brachten sie ihr Amendement ein,

weil sie glaubten, die deutsche Fassung würde persönlich verkehrend, könne als eine Ausschließung einzelner Personen betrachtet werden, wo es sich doch nur um eine Warnung vor einem bestimmten Weg handeln könne.

Trotz dieser Erklärung stimmten Jaurès und seine Freunde für dieses Amendement, das sie nicht als eine Warnung, sondern als eine Billigung ihrer Politik auffaßten.

Zwischen diesen beiden war aber eine dritte Gruppe, die sich zur Billigung der Modifikation nicht entschließen konnte, sich aber nicht für kompetent erachtete, in die Taktik der Genossen einer andern Nation irgendwie einzugreifen.

Eigentlich hätten diese beiden letzten Gruppen dem Amendement Adler-Vanderbelde ebenso entgegengetreten müssen, wie der Dresdener Resolution selbst, aber sie sahen kein andres Mittel, diese zu Falle zu bringen, als für Adler-Vanderbelde zu stimmen. Dadurch erhielt das Amendement aber keinen zweideutigen Charakter, den es von Anfang an weder nach den Intentionen der Antragsteller noch nach seinem Wortlaut besaß. Wäre es angenommen worden — und das hing nur an einer Stimme —, dann wäre sein Erfolg der gewesen, eine ganz eindeutige Verhandlung, welche die völlige Ablehnung und Isolierung der Modifikation bedeutete, durch eine ganz zweideutig geordnete Resolution zum Abschluß zu bringen, die Adler möchte noch so sehr protestieren, als Freibrief für die Modifikation ausgebeutet worden wäre — wie die Stimmengleichheit schon dahin ausgedeutet wird. Der Kongress wäre der Rührigkeit verfallen, eine klare und präzise Diskussion über zwei gegensätzliche Richtungen, die in dem glänzenden Duell Jaurès-Vebel ihren Standpunkt fand, durch die einstimmige Annahme einer Resolution zu krönen, die jede der beiden Richtungen als Rechtfertigung ihrer Anschauungen gedeutet hätte.

Um Glück warf Japan sein Votum gegen das Adler-Vanderbelde'sche Amendement in die Waagschale und rettete uns so von dieser Gefahr.

Aber man darf nicht sagen, daß Katakamas Stimme die Entscheidung des Kongresses bestimmt habe. Sie betrafte bloß, daß nun über die Dresdener Resolution selbst abgestimmt werden mußte, daß die gegenwärtige Majorität zerfiel, die aus den verschiedensten Gründen für das Amendement Adler-Vanderbelde gestimmt und dadurch seine ursprüngliche Veranlassung, wenn auch nicht in Unsinne, so doch in Doppelsinn verwandelt hatte, und daß nun die Notwendigkeit gegeben war, die Gruppen sich so sondern zu lassen, wie sie nach ihren sachlichen Auffassungen sich so sondern hatten. Die Stimme Katakamas hat nicht eine Entscheidung herbeigeführt, die das wirkliche Kräfteverhältnis auf dem Kongress verleierte, sondern sie hat den Schleier weggerissen, den das Amendement Adler-Vanderbelde darüber gebreitet hatte.

In der Abstimmung, die das wirkliche Kräfteverhältnis der verschiedenen Richtungen feststellte, wirkte aber die Stimme Katakamas nicht mehr entscheidend. Hier kam es auf eine Stimme überhaupt nicht an. Mit 25 gegen 5 Stimmen neben 12 Enthaltungen wurde die Dresdener Resolution angenommen. Jetzt zerfiel sofort die innerlich gegensätzliche Gruppe der für Adler-Vanderbelde Stimmenden in ihre drei Bestandteile: die einen stimmten für die Resolution, die andern gegen sie, die dritten enthielten sich der Abstimmung, wollten wieder billigen, noch ablehnen.

Ueber die Abstimmung in der Kommission war in Amsterdam vom Genossen Ansele ein Wort gefallen, das die am Kongress beteiligten Nationen in große und kleine teilte und jene für die Gegner der Dresdener Resolution in Anspruch nahm. Wollen wir einmal diesen Gesichtspunkt acceptieren und die Einteilung nach Großnationen und Kleinstaat vornehmen, was finden wir dann bei Untersuchung der Abstimmungsliste?

Frankreich und England waren gespalten, sie gaben eine Stimme für ab und eine gegen. Gefolgt stimmten aber die Vertreter aller andern Großstaaten für die Dresdener Resolution: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Rußland, Amerika. Sollen wir auch Japan schon zu den Großnationen rechnen? Wir wollen das unentschieden lassen. Genug, die Sozialdemokratie aller Staaten, die maßgebend in die Weltpolitik eingreifen, hat sich so weit sie sich nicht darüber spaltete, entschieden gegen die Modifikation ausgesprochen. Die kleinen Staaten, die auch der Weltpolitik gegenüber neutral bleiben, die Schweiz, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, daneben noch Argentinien, haben sich der Abstimmung enthalten. Rußwegen hat geteilt gestimmt, was praktisch auf daselbe hinauskommt.

Ungeteilt zwei Stimmen wurden nur von einer Delegation gegen die Dresdener Resolution abgegeben, der Vertretung der britischen Kolonien. Aber wenn ich recht berichtet bin — es gelang mir nicht, des Kuratellers habhaft zu werden — hat auch diese Abstimmung ihren Haß. Die Delegation bestand aus drei Delegierten für Australien, Kanada und Südafrika. Von diesen soll der erste für die Dresdener Resolution gestimmt haben, gegen sie also bloß Kanada und Südafrika. Die sozialistische Bewegung dieser beiden Länder wäre danach die einzige, die, soweit ihre Delegierten in Betracht kommen, sich einmütig gegen die Dresdener Resolution tendierte. Man weiß aber nicht einmal, aus welchen Gründen die britischen Kolonien gegen die deutsche Resolution stimmten, ob sie wirklich damit die Modifikation favorisieren wollten. Sie hatten in die Kommission für Taktik niemand entsendet, dort keine Erklärung abgegeben, sich überhaupt um die ganzen Verhandlungen der Kommission nicht gekümmert. Wir wissen also gar nichts über die Motive ihrer Abstimmung.“

Eines zeigen diese subtilen Untersuchungen mit voller Klarheit, nämlich daß die Beschlüsse internationaler Kongresse über das taktische Verhalten der Partei in verschiedenen Staaten einen sehr bedingten Wert haben. So wertvoll die Aussprache darüber ist, so sollte man doch erwägen, ob es nicht dem Ansehen der internationalen Kongresse dienlicher ist, von Beschlüssen über taktische Fragen abzusehen. Man muß ihnen mit solcher Beschlußfassung eine unmögliche Leistung zu. Ein Beschluss soll doch auch befolgt werden. In Wirklichkeit aber wird es bleiben wie es war: die Taktik der Partei wird sich richten nach den politischen Zuständen der einzelnen Länder. Dabei spielt das Kräfteverhältnis der Parteien eines Landes eine große Rolle. Wenn es gilt zu handeln, wird schwerlich eine sozialdemokratische Partei, die im politischen Leben ihres Landes einige Bedeutung hat, nach einem Beschlüsse fragen können, dessen Zustandekommen von so vielen Zufälligkeiten abhängt, wie der Amsterdamer und über den die Meinungen so geteilt sind, wie über die Amsterdamer Taktikresolution. Dem Ansehen der internationalen Kongresse kann es nicht förderlich sein, wenn ihre Beschlüsse nicht beachtet werden.

Solche Erwägungen werden auch angestellt im Hinblick auf das Verhalten der Partei in den meisten Ländern zur Waisfeier. Und man muß zugeben, daß sie gerade darin eine erhebliche Stütze finden. Denn viele Schwierigkeiten, die sich sonst einer einheitlichen Taktik entgegenstellen, fallen für die einheitliche Waisfeier fort. Sie wäre am allerbesten einheitlich zu regeln. Ueber die Erörterungen, die sich an den Amsterdamer Waisfeier-Beschluss knüpfen, werden wir noch Mitteilung machen.

Dann wurde beschlossen, den Parteivorstand um Anstellung eines besoldeten Parteibeamten für Westpreußen zu ersuchen. Vom Agitationskalender für Westpreußen soll eine polnische Uebersetzung herausgegeben werden, die zugleich in Posen verbreitet werden soll.

Ginsichtlich der Partei-Organisation erklärte sich der Parteitag für eine einheitliche Organisationsform bei möglichst strenger Centralisation. Beim Parteitag soll auf Antrag Julian Borchardts beantragt werden, daß nur solche Genossen zum Parteitag delegiert und als Reichstags-Kandidaten aufgestellt werden sollen, die seit mindestens drei Jahren einer Partei-Organisation angehören. In Westpreußen wollen die Genossen auf alle Fälle so verfahren, auch wenn der Parteitag diesen Antrag ablehnen sollte.

Schließlich sprach sich der Parteitag noch für Schaffung einer Jugendzeitschrift aus.

Totenliste der Partei. In Wani starb der Parteigenosse Karl Duden im Alter von 89 Jahren. Duden, von Beruf Schmied, war eine Zeitlang Redakteur des Verbandorgans „Der Westarbeiter“, dann Redakteur der „Nordwacht“ in Wani. Als solcher hatte er eine Gefängnisstrafe von vier Monaten zu verbüßen. Ein Augenleiden zwang ihn, den Journalistenberuf aufzugeben. Er trat in die Expedition der „Norddeutschen Volkswacht“ ein. Aus dieser Stellung hat ihn nach einer schweren Krankheit von mehreren Monaten der Tod herausgerissen. Er hinterläßt eine Witwe mit sieben Kindern. Die Genossen Wani verlieren in ihm einen rührigen Agitator und tapferen Kämpfer.

Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich veröffentlicht ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904. In der Einleitung dazu heißt es:

Schon der künftige Parteitag, August 1902, mußte seine Beratungen unter den schon damals bestehenden trostlosen politischen Zuständen in Oesterreich fast ausschließlich dem Ausbau der Organisationsfragen widmen. Seit damals haben sich die politischen und parlamentarischen Verhältnisse nicht nur nicht gebessert, sondern verschlechtert. Dem zufolge sah sich auch die Parteivertretung genötigt, ihr Verhalten dementsprechend einzurichten und angeht die vorherrschenden Verhältnisse das Hauptaugenmerk mehr auf den Ausbau der Organisation als auf größere parteipolitische Aktionen zu lenken. Was immer von Seite unserer Partei auch unternommen worden wäre, sei es ein Vorstoß auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung oder der Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiter, es fehlte das Parlament, an das diese Forderungen hätten gestellt werden können.

Das österreichische Proletariat hat unter solchen Verhältnissen jede Hoffnung, daß dieses Parlament auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, der Arbeits- und Lohnverhältnisse oder gar der Verfassung irgend eine, wenn auch noch so geringfügige Verbesserung herbeiführen könnte, vollständig aufgegeben. Die Arbeiterschaft hat, der parlamentarischen Komödien müde, mit ihrer Organisation zur Selbsthilfe gegriffen und, wie das abgelaufene Jahr beweist, anerkennenswerte Erfolge erreicht.

Die Partei hat im Laufe des Jahres mehrere große Demonstrationen mit Erfolg durchgeführt.

Die Organisation der Partei hat nicht die gewünschten Fortschritte gemacht.

Ueber die Beziehungen der Rationalitäten untereinander sagt der Bericht: „Unsere Beziehungen zu den Partei-Organisationen der andern sprachlichen Gruppen, die von der unsren vollständig getrennt sind, sind die denkbar besten. In einer Reihe mächtiger Städte, in denen noch bis vor einem Jahre ein gemeinsames Zusammenarbeiten zwischen deutschen und tschechischen Genossen in gemeinsamen Lokalorganisationen stattgefunden, ist ebenfalls ohne unser Zutun die Trennung in eine tschechische und eine deutsche Lokalorganisation erfolgt.“

Bei den Reichrats- und Landtags-Erhaltwahlen machte die Partei leider keine Fortschritte, dagegen ist sie bei den Gemeindevahlen erfolgreich gewesen.

Die Parteipresse wird durch 27 politische Blätter repräsentiert, deren Auflage im Berichtsjahre von 117 750 auf 130 900 gestiegen ist. Außerdem erscheinen 33 Gewerkschaftsblätter.

Die Verfolgungen von Parteigenossen wegen Uebertretung der Gesetze, die die freie Meinungsäußerung einschränken, waren zwar im letzten Jahre nicht so zahlreich wie etwa in der Herrschaftszeit des Koalitionsministeriums; aber die nachfolgende Liste zeigt deutlich, daß auch in der vielgerühmten Kera Koerber noch durchaus nicht den Verationen ein Ende gemacht wurde. Es wurden im ganzen 480 Fälle von Verfolgungen konstatiert und Strafen in Gesamtsumme von 4 Jahren und 5 Monaten Kerker und 5 Jahren, 9 Monaten und 20 Tagen Arrest, also Freiheitsstrafen von 10 Jahren, 2 Monaten und 20 Tagen und 690 Kronen Geldstrafe verhängt. Die Liste ist übrigens nicht ganz vollständig.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— In Düsseldorf sind die Parteigenossen Peter und Ebert unter Annahme milderer Umstände zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Man hat in dem Umfange, daß sie einer Firma, welche Reklamebeilagen an das Düsseldorf'sche Parteiblatt gab, mehr Beilagen abverlangten, als die Auflage des Blattes rechtfertigte, Betrug gesehen, und darin, daß überflüssige Beilagen als Publikatur verkauft worden sein sollen, Unterschlagung. Die Verurteilung namentlich im letzten Punkte stützte sich auf die Aussagen eines früheren Laufburschen des Blattes. Ginsichtlich dieses Zeugen behauptet das Düsseldorf'sche Parteiblatt, daß er eine vollständig falsche Aussage gemacht habe, wofür Zeugen benannt werden. Das Blatt fordert auf, gegen den Zeugen ein Strafverfahren einzuleiten.

Der fünfte internationale Dermatologen-Kongress

behandelte in seiner Sitzung am Dienstagvormittag die Frage der Lepra, des Aussages, der in vielen Ländern noch außerordentlich verbreitet ist. Der General-Referent über den „Stand der Verbreitung und der Bekämpfung der Lepra seit der ersten Lepra-Konferenz 1897“, Prof. Reisser-Wroslan, betonte, daß es sich heute nicht um das Fassen irgend welcher Beschlüsse in einer strittigen Frage handle, sondern im wesentlichen darum, demonstrativ zu betonen, daß fast einstimmig der 1897 eingenommene Standpunkt auch heute noch festgehalten werde. Danach ist die Lepra eine kontagiöse (ansteckende) Krankheit, zu deren Hervorrufung unbedingt die Uebertragung eines spezifischen Bacillus notwendig ist, der lebendig im menschlichen Organismus eine für die Verbreitung der Krankheit in Betracht kommende Vermehrung erfährt. In dem bereits zur Ausgabe gelangten ersten Band der Verhandlungen des Kongresses sind die in den verschiedenen Ländern gesammelten Erfahrungen niedergelegt, und alle Berichterstatter teilen die genannte Ansicht. Allerdings erhebt sich die Frage: Wie kommt es denn, daß die Lepra in den verschiedenen Ländern so verschieden verbreitet ist? Bei der Beantwortung dieser Frage spielt die Verschiedenheit der Rassen zc. nur eine ganz untergeordnete Rolle, im wesentlichen kommt nur in Betracht die Verschiedenheit der Gelegenheit, sich zu infizieren (anzustechen). Damit kommen wir auf die Frage der Bekämpfung der Lepra zurück. Eine sichere Methode, den Kranken zu heilen und dadurch ganz ungefährlich zu machen, ist noch nicht bekannt, es bleibt also lediglich übrig, die Kranken von den Gesunden abzusondern, und zwar am besten in besonderen Leprosheimen. Glücklichweise kommt

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen der Provinz Westpreußen hielten ihren Parteitag am Sonntag in Thorn ab. Es wurden Resolutionen beschlossen gegen das Kontrabrigadengesetz, gegen die Polenpolitik und das Anjedelungsgesetz und eine Sympathie-Erklärung für die russischen Genossen.

Bei der Lepra, wenigstens im allgemeinen, eine Ansteckung nur bei andauerndem und sehr innigem Zusammenleben in Betracht, so daß statt der strengen Internierung auch eine in den Familien geübte Prophylaxis gestattet werden kann, vorausgesetzt, daß eine sorgsame sanitätspolizeiliche Ueberwachung stattfindet, die sich auf die mit den Kranken längere Zeit zusammenlebenden Personen erstrecken muß.

Auch die Statistiken über die Lepraerkrankten können freilich nur sehr vorsichtig benutzt werden; denn kaum dürfte bei irgend einer anderen Krankheit eine brauchbare Statistik so schwer zu erhalten sein. Wenn z. B. überwiegend männliche Lepraerkrankte gezählt werden, so liegt das sicherlich daran, daß in manchen Ländern die Sitte verbietet, die Frauen ärztlich zu untersuchen, überhaupt wird die Statistik um so schwieriger, je niedriger das Kulturniveau eines Volkes ist. In Spanien, China, Siam und der Türkei wird die öffentliche, staatliche Aufmerksamkeit der Lepra überhaupt nicht zugewendet, in Deutschland, Frankreich und einigen andern Ländern bestehen nur einige kleine Leprosanatorien, dagegen ziemlich große in Norwegen, Rußland, Madagaskar.

Kulturgemäß erregen die Verhältnisse in Deutschland unser besonderes Interesse. Hier existiert nur ein einziger und glücklicherweise nur kleiner Leprosanator im Kreise Memel in der Provinz Ostpreußen. Von 1848 an, wo die Lepra hier beobachtet wurde, nahm sie beständig zu, bis zum Jahre 1891; von dieser Zeit an, von welcher Absperrungsmassregeln der Krankheit ergriffen wurden, ist eine ständige Abnahme der Krankheitsfälle beobachtet. Im Jahre 1893 waren im ganzen noch 25 Leprosanatorien vorhanden, gegenwärtig ist ihre Ziffer bis auf 10 gesunken und, was das Wichtigste ist, in den letzten Jahren ist überhaupt kein neuer Krankheitsfall hinzugekommen. Dazu kommen noch 25 Leprosanale, die zwar in Deutschland leben, die Ansteckung mit der Krankheit aber nachweislich in andern Ländern erworben haben.

Die statistischen Mitteilungen aus Rußland, Indien, Australien erstrecken sich über zu große Gebiete, als daß wir aus ihnen sichere Schlüsse über die Bekämpfung der Lepra ziehen könnten. Dagegen liegen aus Norwegen sorgfältige Mitteilungen vor, welche deutlich erkennen lassen, was für Erfolge die Isolierung selbst in der milderen in Norwegen geliebten Praxis erreicht. 1856 zählte man in Norwegen 2398 lepraerkrankte Personen; 1857 wurde die erste große Pflege-Anstalt für Lepra in Bergen eröffnet, die allein 250 Kranke aufnehmen konnte, 1861 wurden zwei Anstalten, in Molde und Trondheim, für zusammen etwa 500 Kranke eröffnet, und in beiden Jahren sank die Krankenziffer um fast 300. Seitdem hat die Abnahme ständig angehalten, 1900 gab es nur noch 275, Ende 1902 nur noch 243 Leprosanale in Norwegen. Ganz besonders macht sich auch eine Abnahme der neuen Fälle seit 1880 bemerkbar, also seit der Zeit, in welcher die Isolierung zu wirken begann.

Auf die Gesetzgebung übergehend, die auf dem Gebiet der Lepra-Absperrung noch ganz in den Anfängen steht, betonte der Vortragende, daß sie in den verschiedenen Ländern sicherlich verschieden sein müsse, doch muß überall eine gesetzliche Anzeigepflicht eingeführt und für eine — womöglich überall nach gleichen Grundgesetzen durchzuführende — Statistik gefordert werden.

In der Diskussion hob Prof. Gluck-Serajewo hervor, daß man über der Kontagiosität (Ansteckung) nicht die Heredität (Erblichkeit) der Lepra vergessen dürfe, die zweifellos auch vorhanden sei. Prof. Pichmann-Bibau knüpfte an die von Reisser erwähnte Mangelhaftigkeit der Statistik an. Die amtliche Statistik zählt in Surland nur 9 Lepra-Fälle auf, während er selbst allein 35 Fälle beobachtet und die Ueberzeugung gewonnen hat, daß im Grobsteinischen Kreise, speziell in einzelnen Bauerngemeinden zwischen Bibau und Memel die Lepra ganz erschreckend von Jahr zu Jahr zunehme.

Dr. Blaschko-Berlin bestätigte, daß nach seinen Erfahrungen — er hat die Lepra im Memeler Kreise studiert — in Rußland durchaus nicht in allen Provinzen gleichmäßig Vorkommen gegen die Lepra ergriffen werden, speziell sind Surland und der Grobsteinische Kreis mit Leprosanalen nicht versehen; im deutschen Memeler Kreise ist die Krankheit auch nicht autochthon (in der Heimat entstanden), sondern wird andauernd von Rußland aus, bei dem lebhaften Grenz- und Schmuggelverkehr, eingeführt.

Weiter erinnerte Dr. Blaschko an den vor neun Jahren in Berlin aufgetretenen Leprosanalen, der Anfangs eine außerordentliche Verschärfung im Publikum hervorrief. Es handelte sich um einen hier lebenden Brasilianer, der selbst krank war und von dem die Lepra auf seine Frau übertragen wurde. Der Mann lebte nach Brasilien zurück, die Frau aber blieb hier und lebte zwar vorzeitig, aber nicht vollkommen isoliert; die Krankheit wurde auf seine Person ihrer Umgebung übertragen. Sie selbst ist im vorigen Jahre gestorben, und zwar ergab die Sektion, daß die Lepra vollständig geheilt war.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenproduktions-Einschränkungen. Die ungünstige Lage des Kohlenmarktes veranlaßt die Leitung des Reichlich-westfälischen Kohlenyndikats, eine Erweiterung der Fördereinschränkung vorzunehmen. Der am 16. d. Mts. stattfindenden Zechenbesitzer-Versammlung soll vorgelegt werden, die Fördereinschränkung für den Monat Oktober wie folgt festzusetzen: Kohlen 28 Proz., Coaks 33 Proz. und Briquets 35 Proz., d. i. gegen die für September angeordnete Einschränkung eine Erhöhung um 3 Proz. für Kohlen, 6 Proz. für Coaks und 5 Proz. für Briquets. Ob man aber selbst mit dieser erhöhten Ziffer wird auskommen, bleibt abzuwarten. Für Kohlen betrug bereits im Juli die tatsächliche Fördereinschränkung 27 Proz. gegenüber der damals angeordneten von 22 Proz.; und ebenso hat im August die wirkliche Fördereinschränkung die Anfahrziffer übertroffen.

Zur Hibernia-Affaire. Die Dresdner Bank fordert eine nochmalige Einberufung der Aktionäre der Hibernia zur Beratung der staatlichen Ankaufsofferte. Der Geh. Ober-Finanzrat Waldemar Müller in Berlin und Rechtsanwalt und Notar Dr. Felix Bondi in Dresden haben als Vertreter der Deutschen Bank nach Hinterlegung von mehr als 3 000 000 M. Hibernia-Aktien bei Vorstand und Aufsichtsrat der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia in Hernö auf Grund von § 254 des Handelsgesetzbuches den Antrag gestellt, sofort eine neue außerordentliche Generalversammlung einzuberufen und auf deren Tagesordnung die nochmalige Beratung und Beschlußfassung über den Verstaatlichungsvorschlag der Regierung zu setzen.

Entwicklung des deutschen Bergbaues. Der Verein für die bergbaulichen Interessen des Oberbergamts-Bezirks hat den zweiten Teil seines statistischen Jahresberichts für das Jahr 1903 erscheinen lassen. Der verschiedentlich interessante Uebersichten über die Entwicklung des deutschen Bergbaues, besonders der Kohlenproduktion bietet. Wie sehr sich die Steinkohlenproduktion des Deutschen Reiches seit 1880 entwickelt hat, zeigt folgende Zusammenstellung.

Es betrug die Gesamtproduktion:

Jahr	in 1000 Tonnen	Gesamtwert in 1000 M.
1880	46 974	245 665
1885	58 320	302 942
1890	70 228	538 044
1895	79 169	538 895
1900	109 290	966 065
1901	108 539	1 015 254
1902	107 474	950 517
1903	116 638	1 005 153

Es ist also seit 1885 die Produktion um 100 Proz. gestiegen. Noch weit mehr wuchs aber der Wert der Ausbeute. Es stieg von 245 auf 1 005 Millionen Mark, d. h. um ca. 292 Proz. Daraus läßt sich auch — viel besser als aus den Dividendenverteilungen — erkennen, wie beträchtlich die Rentabilität des Steinkohlenbergbaues zugenommen hat, denn weder die Löhne, noch die sonstigen Produktionskosten sind in einem auch nur annähernd gleichen Verhältnis gestiegen. Zudem aber ist die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters pro Schicht im Durchschnitt noch zugenommen.

Wie weit die Steinkohlen, Braunkohlen und die wichtigsten Erze an der Gesamt-Mineralienausbeute beteiligt waren, wird in folgender Zusammenstellung veranschaulicht:

Wert der Förderung in 1000 M.

Jahr	1880	1890	1900	1903
Steinkohlen	245 665	538 044	966 065	1 005 153
Braunkohlen	36 710	49 709	68 467	107 128
Eisenerze	34 453	47 829	77 628	74 237
Zinnober	11 930	23 416	25 753	33 058
Wolfram	10 122	18 098	18 072	14 084
Kupfererze	11 996	20 167	23 816	20 449

Die Weltproduktion an Stein- und Braunkohlen schätzt der Verein für das Jahr 1903 auf ca. 875 Millionen Tonnen. An der Weltproduktion partizipierten hauptsächlich folgende sechs Länder:

in 1000 Tonnen

Jahr	1885	1890	1895	1900	1903
Vereinigte Staaten	100 654	143 121	175 185	244 649	326 067
Großbritannien und Irland	161 901	184 520	192 696	228 784	294 020
Deutschland	73 676	89 291	103 968	149 788	162 312
Oesterreich-Ungarn	20 435	27 504	32 655	39 108	39 951
Frankreich	19 511	26 083	28 020	33 404	35 003
Belgien	17 438	20 366	20 458	23 463	23 871

Es lieferten also diese sechs Länder über 90 Prozent der gesamten Steinkohlen, die in der Welt gefördert wurden.

Die amerikanische Weizenrente bleibt hinter den Vorschlägen zurück, die jüngst von Brüden gemeldet wurden. Das amerikanische Ackerbau-Bureau schätzt das Ergebnis an Frühjahrsernte nur mit 66,2 Proz. ein. Demnach wird der Gesamttertrag an Weizen, Winter- wie Sommerfrucht nur auf 538 bis 539 Millionen Bushels geschätzt.

Die amerikanische Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten hat infolge der ungünstigen Ernteverhältnisse in den letzten Monaten sehr abgenommen, während andererseits der Export von Industriewaren beträchtlich gestiegen ist. Dadurch ist zum ersten Mal in der Handelsgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika der Fall eingetreten, daß der Export industrieller Erzeugnisse die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse übertrifft. In den drei Monaten Mai, Juni und Juli er. sind insgesamt für 120 789 769 Dollar Industrieprodukte zur Ausfuhr gelangt, gegen 106 503 133 Dollar Agrarprodukte, während in den ersten sieben Monaten dieses Jahres die landwirtschaftliche Ausfuhr die industrielle im Werte noch um nahezu 100 000 000 Dollar überstiegen hat.

Aber ganz abgesehen von den besonderen Umständen dieses Jahres, beweist die amerikanische Statistik, daß der Anteil der Fabrikatenausfuhr am Gesamtexport stetig zunimmt, der landwirtschaftlichen Ausfuhr dagegen stetig abnimmt. Im Jahre 1880 bildete der letztere Export noch 83 Proz. des Gesamtexports; in 1890 waren es 74 Proz. und im letzten Fiskaljahre nur noch 59,4 Proz. Dagegen ist der Fabrikatexport von 12,4 Proz. der Totalausfuhr in 1880 auf 17,8 Proz. in 1890 und 31,52 Proz. im letzten Fiskaljahre gestiegen. Diese Veränderung in dem Charakter der Ausfuhr erklärt sich weit mehr aus dem industriellen Aufschwung und daher erheblicher Zunahme der Fabrikatenausfuhr, als aus Mindererzeugung von landwirtschaftlichen Produkten, wie die neuesten Zensusergebnisse bezeugen. Denn diese zeigen eine rapide Bewegung der Bevölkerung von den agrarischen nach den industriellen Distrikten. Die Folge davon ist, daß gegenwärtig ein verhältnismäßig kleiner Teil der Gesamtbevölkerung mit der Erzeugung von Nahrungsprodukten beschäftigt ist, als das früher der Fall war. In den letzten Jahren war die Zunahme des heimischen Konsums von Brotstoffen, besonders von Weizen, denn auch stärker als die Zunahme im heimischen Angebot.

Die Deutsche Bank und ihre Angestellten. Der in Nr. 203 des „Vorwärts“ veröffentlichte Brief eines Beamten der Deutschen Bank hat zur Folge gehabt, daß uns aus den Kreisen der Angestellten des Instituts verschiedene weitere Zuschriften zugegangen sind, darunter einzelne mit recht heftigen Ausfällen gegen die Direktion: ein Beweis dafür, welcher Groll sich in der Beamtenenschaft allmählich angehäuft haben muß. Wir verzichten darauf, alle diese Einwendungen zum Abdruck zu bringen, da sich mehrfach die gleichen Klagen wiederholen. Die nachstehende Zuschrift, die zu den „sachlichen“ gehört und deren Angaben durch andre uns zugegangene Briefe bestätigt werden, mag als Beispiel dienen:

In Nr. 203 Ihres geschätzten Blattes finde ich eine Notiz, welche einen kurzen Blick in den inneren Betrieb der Deutschen Bank gestattet, die aber in einigen Punkten der Richtigkeit bedarf. Der Einsender der betreffenden Notiz scheint nicht besonders gut unterrichtet gewesen zu sein, sonst hätte ihm bekannt sein müssen, daß die Reformierung des Pensionwesens in der Deutschen Bank schon wiederholt Gegenstand eingehender Erhebungen gewesen ist — allerdings sind bloß Anfragen an die Höfen und Höchsten (Direktoren, Hilfsdirektoren, Prokuristen, Bureauvorsteher usw.) ergangen, die jedesmal mit großer Mehrheit beschloffen, die Sache beim alten zu lassen, d. h. für die Bank keinen Pensionzwang einzuführen; vielmehr weil die großen Herren gewiß sind, daß sie bei längerem Erholungsurlauben von der Bank die „notigen“ Unterlagen auch fernerhin erhalten werden. Wozu also eine Einrichtung schaffen, wonach der „Anspruch auf Pension“ gewissermaßen zum Gemeingut aller gemacht werden soll. Die schönen Zusätze für die Erholungsreisen könnten dadurch in Frage gestellt werden.

Aber nicht nur mit den Pensionsverhältnissen sieht es bei der Deutschen Bank recht mäßig aus, auch die Gehälter sind außerordentlich niedrig. Vielfach erhalten 22- bis 25jährige Leute nur 90 bis 100 Mark pro Monat — unter den teureren Berliner Verhältnissen. Davon werden noch 4,50 M. abgezogen, und zwar eine Mark für Klub- und 3,50 M. für Krankentassen-Beitrag. Kein Handwerker würde unter derartigen traurigen Umständen aushalten, und dabei wird von den Beamten noch erwartet, daß sie wenigstens einigermaßen „standesgemäß“ auftreten. Daß die Deutsche Bank mit „besonderer Vorliebe“ ihre Angestellten aus der Provinz bezieht, hat seinen Grund einzig und allein darin, daß sie tüchtige Berliner Kräfte einfach bei ihrem bekannten Hungerlohn nicht bekommt.

Ferner soll Herr Direktor Koch der Vater dieser menschenfreundlichen Maßnahmen sein? — Auch das stimmt nur bedingt. Herr Koch ist nicht der schlechte Mann, wie er geschildert wird, im Gegenteil, er ist unfehlbar von dem guten Willen durchdrungen, Reformen einzuführen, welche den Beamten zu gute kommen; leider tritt nur seine allzu große Bequemlichkeit diesem Herrn hindernd in den Weg, denn anstatt sich von Zeit zu Zeit persönlich an Ort und Stelle umzusehen, verläßt er sich ausschließlich auf die Vorträge seiner Berater — und als den vornehmsten und für uns übelsten nenne ich den großen „Arbeiterfreund“ und Hilfsdirektor Reichniger. Zu dessen Vorschlägen sagt Herr Koch einfach „ja“ und „amen“.

Für manchen dürfte es interessant sein, auch über die sonstigen Zustände an der stolzen Deutschen Bank in puncto Personalia noch etwas Ausführlicheres zu erfahren. Den Außenstehenden ist unser Institut ja meist nur als in jeder Beziehung „prima“ bekannt. Die glänzenden Abschlässe, die den Augen der staunenden Menge präsentiert werden, die 25 Millionen-Gewinne, welche bei einem Umsatz von 60 Milliarden erzielt werden, die stolze Ziffer der 75 Millionen-Reserve neben einem Kapital von 180 Millionen, sowie die Verteilung von 11 Proz. Dividende genügen dem Laien, um in ihm die Ueberzeugung zu säen, daß an der Bank gewiß alles gut ist. Als das schreiendste Uebel tritt zunächst die allen Begriffen höhnisch-protektionistische Unparteilichkeit hervor. Es ist keine Entschuldigung zu sagen: „In anderen Geschäften machen es die Herren an der Spitze genau ebenso!“ Bevorzugung einzelner, von Geburt aus besser unterer Angestellter, d. h. solcher, welche in der Auswahl ihrer Eltern eine glücklichere Hand gehabt haben, so geht's durch die ganze Bank! Von den Allerhöchsten lernen es die Höchsten, von

diesen die Höheren und Höheren, bis für die „Fremden“ schließlich nur Kosten bleiben, von denen aus ein Emporarbeiten in den meisten Fällen so gut wie unmöglich ist.

Auch mit dem Gratifikationswesen steht es recht eigenartig. Daß die Deutsche Bank die Gratifikationen als zum Gehalt gehörig ansieht, wenigstens beim Engagement, geht aus dem Umstand hervor, daß wenn z. B. eine Forderung von 1200 M. oder 1500 M. Jahresgehalt an sie gestellt wird, nur 1000 M. bzw. 1200 M. bewilligt werden, dafür aber in Aussicht gestellt wird, daß je nach Fälligkeit z. B. eine Gratifikation hinzukommt, so daß der Betreffende auf diese Weise doch auf seine Forderung kommen könnte. Tritt nun aber ein Beamter während des Jahres, aus, so verliert er natürlich den auf oben geschilderte Weise zurückbehaltenen Betrag. Jedem aber wird in „weniger guten“ Jahren, zunächst soviel als möglich an den Gratifikationen der nordöstlichen Kreise gekürzt, damit die armen Aktionäre ihre Dividende, der Aufsichtsrat und die Direktoren ihre hohen Löhne erhalten.

Weitere Wünsche der Beamten gehen dahin, das Urlaubswesen ganz bestimmt festzulegen, da bis jetzt die unheimliche Protektionismuswirtschaft auch hier sich bemerkbar macht.

Ich bin ja nicht so optimistisch, zu glauben, daß diese und die frühere Flucht in die Öffentlichkeit in absehbarer Zeit irgend eine Besserung zu unseren Gunsten herbeizuführen im Stande sein werden, aber wenn die wertvollen Kollegen mein Beispiel befolgen und jede Ungerechtigkeit, die sich auf andre Weise nicht beseitigen läßt, öffentlich besprechen würden, so müßte es doch merkwürdig zugehen, würde unser Los mit der Zeit nicht etwas erleichtert. Jedenfalls hat Herr Direktor Koch, der dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie als eifriges Mitglied angehört, hier in seinem eignen Heim reichlich Gelegenheit, sich als Sozialpolitiker praktisch zu betätigen. Daß bei der Fortdauer dieser Verhältnisse viele hunderte Unzufriedener von Grund aus guter Beamter der Sozialdemokratie in die Arme getrieben werden, muß doch selbst dem Uebelsten einleuchten!

Als ich vor Jahren hierher kam, glaubte ich, wie wohl viele mit mir, mein Ideal im Liberalismus finden zu können, ich merkte aber bald, daß es mit dem Berliner Liberalismus nichts ist, und daß es tatsächlich für uns Privatangehörte keine andre Möglichkeit gibt, als mit unsern Anklagen bei der Sozialdemokratie Hilfe zu suchen. Leider ist diese Ueberzeugung noch nicht tief genug in unsere „Kasse“ eingedrungen. Es kann und wird aber keine gründliche Besserung unserer Lage eintreten, bis nicht unser ganzer Stand, um im Jargon der „Staatsverwalter“ zu reden, „socialistisch verfeuert“ ist!

Aus der Frauenbewegung.

Pankow. Verein für Frauen und Mädchen. Da unsere letzte Versammlung polizeilicherseits bereitet wurde, findet dieselbe nunmehr am Donnerstag, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Rierke, Berlinerstraße, statt. Fräulein Wischniewska wird den bereits angekündigten Vortrag über „Die geschlechtliche Ueblung der Jugend“ halten, und eruchen wir um zahlreiches Erscheinen. Gäste willkommen.

Die „Wiener Arbeiterinnen-Zeitung“ hat jetzt eine Auflage von 6800 und hat damit eine aktive Bilanz erreicht.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 50. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine Illusion. — Der Bremer Parteitag. Von A. Bebel. — Zur Naturgeschichte Hegels. Von Karl Kautsky. (Schluß). — Zum Bremer Parteitag. Eine Kritik von Johannes Tamm. München. — Ein sozialdemokratischer Lehrerverein. Von E. Baum. — Die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule. Von Leo Krons. — Zur Jugend-Christenfrage. Von Paul Bröder. — Literarische Rundschau: Die Fortschritte der amtlichen Arbeitsstatistik in den wichtigsten Staaten. Von ad. Dr. Emil Böhl. Kultur und Presse. Von F. M. Siegmund Kraus, Kinderarbeit und geistlicher Kinderhülfe in Oesterreich. Von O. R. — Kottgen: Erklärung von Genosse Schöppel. Zur Arbeitsvereinigung durch Ozon. Von Dr. D. Brol. Der Untergang des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft und das ungarische Parteiprogramm. Die deutsche Maschinenindustrie und die Dampfmaschine. Von J. G.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Dr. Karl Brüll. Ein Uebeldings-Prozess oder wichtige Streitfragen aus dem Grenzgebiet der Heilkunde und der Rechtswissenschaft. Preis 1 M. Magdeburg 1904. Rommelfensberg von Albert Rathke.

Dr. med. A. Smith. Herzkranken und Neuralgische. — Neue Gesichtspunkte und Methoden zur Erkenntnis, Beurteilung und Behandlung von Herzleiden und von ihnen abhängigen Nervenstörungen. — Preis 50 Pf. — Verlag von Hans Baake Nachf. (R. Abel), Berlin S. 14.

Witterungsüberblick vom 13. September 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. hand nom.	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. in C. 7 u. 10 u. 11 u.	Stationen	Baromet. hand nom.	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. in C. 7 u. 10 u. 11 u.
Spinnebe.	763 B	1 heiter	11	Opasanda	762 B	4 bedekt	7				
Hamburg	763 DED	2 bedekt	9	Petersburg	763 E	Rebel	10				
Berlin	765 ED	1 halb bd.	10	Gort	—	—	—				
Kranf. a. M.	763 E	2 bedekt	15	Aberdeen	757 DED	5 Regen	12				
Rünchen	766 E	— bedekt	14	Paris	760 B	1 Regen	16				
Wien	766 E	— bedekt	12								

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 14. September 1904. Zunächst wärmer, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich lebhaften westlichen Winden; später aufklarend, aber kühl.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Brechkunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gewähr: 7 Uhr.

Zwei Streitende. Sie sind im Arcium, es handelt sich um einen Kottbuser Koch. — **2. G. 100.** 1. Rein: das Waisenhaus ist für Kinder aller Konfessionen. 2. Rein: 3. Antrag an das Polizeipräsidium. 4. An- 5. Arbeiterrecht. — **2. G. 100.** Der Wert wegen seiner Forderung für die künftige Rente vor. — **2. G. 100.** Ja. — **2. G. 77.** Rein: Sie haben darzutun, daß Sie in A. sich niedergelassen haben und den Antrag um Aufnahme in den preussischen Staatsverband an den Regierungspräsidenten zu richten. Die Entscheidung kann etwa vier bis sechs Monate dauern. — **2. G. 100.** Durch Einreichen in einen in Vermögens befindlichen Zug haben Sie sich strafbar (Waldstraß) gemacht. — **2. G. 32.** 1. Wenn kein Vertrag geschlossen ist, liegt Ausschlag der Gütergemeinschaft bei den nach 1899 hier geschlossenen Ehen vor. 1a und b. Rein. 2. u. 3. Ja. Wollen Sie über die Rechtsverhältnisse Ihrer oder einer anderen Ehe informiert sein, so fragen Sie unter Angabe mann und wo die Ehe geschlossen und der erste Ehepartner genommen ist, über das an, was Sie wissen wollen. — **2. G. 11.** 1. Rein. 2. Ja. — **2. G. 100.** **Klub Nowawes:** Rein. — **2. G. 96.** Adressen privater Unfallversicherungs-Gesellschaften finden Sie im zweiten Teil des Kreis- kalenders. — **2. G. 61.** 1. und 2. Ja. — **2. G. 8.** In der Regel dem Mann. — **2. G. 2.** 1. Rein. 2. Ja. 3. Der Sohn ist erst dann zum Erbe verpflichtet, wenn er nach Erledigung seiner Konsums-Verpflichtungen dazu in der Lage ist: Frau und Kinder gehen vor. 4. Die Mutter und das Kind können gegen den Vater oder Vormund des Vaters klagen. 5. Es mußte gesagt werden. — **2. G. 100.** Soweit ersichtlich: nein. — **2. G. 100.** Das hängt von der Höhe der Unfallrente ab: wiederholen Sie die Frage unter Ergänzung nach dieser Richtung und unter Angabe, für welche Lohnfrage geklagt ist.

Mittel 6. 1. Kartenzug kann als Betrag bestrahlt werden, wenn es gegen Entgelt geschieht. 2. Welche Klasse Sie lieben, ist gleich: es müssen jede zwei Jahre mindestens 40 Mark an Geld gegeben werden. — **2. G. 1.** Ja. 2. Rein. 3. Sechs Wochen hindurch die Herrschaft. — **Soebel.** Sie hätten die Anmeldung vornehmen sollen. Eine strafbare Handlung scheint nicht vorzuliegen. Wenden Sie sich an einen Arzt zwecks Verabreichung ähnlicher Vorformuliere. — **2. G. 17.** Sie mußten Ihre Verpächter in anderer Weise informieren und sollten versuchen, eine Einigung oder eine klare Trennung herbeizuführen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 14. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Schauspieldirektor.
Coppelia.
Neues königl. Opern-Theater.
Geschlossen.
Deutsches. Lady Windermeres
Fächer.
Berliner. Papststreich.
Leffing. Die Frau vom Meere.
Weihen. Der Wüßhühn.
Central. Lammhauer-Parodie.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater).
Medea.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater). Johannis-
feier.
Neues. Salome.
Kleines. Des Pastors Rieke.
Reifend. Eine Hochzeitnacht.
Trianon. Ihr zweiter Mann.
Velle-Alliance. Die Dame aus
Trouwille.
Luisen. Der Goldbauer.
Deutsche Volksbühne. Kennen
den Baran.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n
großen Teich.
Apollo. Venus auf Erden mit
Hans, das denkende Pferd.
Specialitäten.
Herrnheld-Theater. Nur eine Nacht.
Am andern Morgen.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Voss-Theater. Dida. Specialität.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Tausendstrafe 48/49.
Um 8 Uhr im Theater: Die Welt-
ausstellung in St. Louis. Der
Gardasee.
Invalidenstr. 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Salome.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachtsyl.

Central-Theater
Heute Anfang 8 Uhr:
Tannhäuser
oder: Der Sängerkrieg.
Burlesque-Operette in 4 Akten
von Joh. Neffroy und Karl Binder.
Morgen und folgende Tage: Tann-
häuser (Operette).

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Goldbauer.
Donnerstag: Erstes Gastspiel Emil
Thomas, zum erstenmal: Holemanns
Lächler.
Freitag: Gastspiel Emil Thomas:
Holemanns Lächler.
Sonnenabend: Der Goldbauer.
Sonntagmorgen: Von Stufe zu
Stufe. — Abends: Gastspiel Emil
Thomas: Holemanns Lächler.
Montag: Von Stufe zu Stufe.

Casino-Theater
Lohsestr. 37. Anf. 8 1/2 Uhr. Sonnt. 7 1/2.
Gr. Erfolg d. glänzenden Programms.
„Die Kunst dem Volke.“
9 1/2 Uhr: „Mutter Gräber!“

National-Theater.
Weinbergsweg 12a-13b.
Eröffnungs-Vorstellung:
Figaros Hochzeit.
Eröffnungstag wird noch bekannt
gegeben. Abonnements werden bis
15. September täglich im Theater-
bureau entgegengenommen. 25/13*

Trianon-Theater.
Georgenstraße zwischen Friedrich- und
Unterfildstraße.
Ihr zweiter Mann.
Lustspiel in 3 Akten von André Spéane
und Maurice Kroyer.
Anfang 8 Uhr.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder
Saal:
Korsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf. Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Urania.

Taubenstr. 40/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf: **Der Gardasee.**
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.

**P. CASTAN'S
PANOPTICUM**
Friedrichstr. 165.

Rosa
das gelehrte Pferd!

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Gastspiel der Kapellmeisterin aus
Cuxhaven, fassl. Musikdr. Stoffe.
Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: Der See-Elefant.
Eintritt vom Garten 20 Pf., von
der Straße 30 Pf., Kinder die
Hälfte. Besichtigung bis 8 Uhr
abends bei elektrischer Beleuchtung.

Cirkus Busch.
Mittwoch, den 14. September 1904,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
15 Polarbären, dreif. und vorgef. von
Mr. Hendiks. 10 dreifärbte Elefanten.
Budapester Tierkämpfe.
Großes Springpotpourri.
Der Burkhardt-Football und die vor-
züglichsten Programm-Nummern.

**Nur noch
wenige Tage
Cirkus
Sarrasani.**
Größter u. elegantester
Zelt-Cirkus Europas.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
8 Uhr:
Eine Hochzeitnacht.
(Une Nuit de Noces.)
Schwan in 3 Akten von F. Béroult
und A. Barre.
Sonntagmorgen 8 Uhr: **Nora.**

Apollo-Theater.
8 Uhr:
Venus auf Erden
von Paul Lincke mit der
Parodie
Hans, das denkende Pferd,
vorgeführt von Robert Steidl und
Martin Kettner.
Ab 9 1/2 Uhr: Die grandiosen
September-Specialitäten.

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Bender. Josephi.
Grünfeld. Frid-Frid.
Der größte Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr
Gr. dramatisch-satirische Revue
in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Ranchen überall gestattet.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Wochent. 5, Anf. Sonnt. 3 Uhr.
die Ersehung
eines Weibes
aus dem Nichts.
Dida
die indische
Pocahuntas, Nachtigall.
Jann Paul, Komiker.
Littke Carlson, Karikaturen.
Luise Verdler, Vortragskünstl.
14 erstklassige Nummern.

**Gustav
Behrens
Specialitäten-
Theater.**
Frankfurter-
Allee 85.
Neue September-Engagements
Neu!
Der kleinste Cake Walk-Tänzer d. Welt.
Marga Manzoni u. ihren flugen Hans.
Die Wiedemanns Original-Lustspiel u.
außerdem die übrigen Specialitäten.
Anf. 7 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwoch abends 8 Uhr:
Medea.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von
Jean G. Büchner.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Medea.
Freitag abends 8 Uhr:
Pension Schöller.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Direction: Kron & Schönfeld. Velle-Alliancestr. 7/8.
Heute und folgende Tage
abends 8 Uhr:
Die Eröffnungsvorstellung
des neubauten Hauses
findet am 15. September statt mit
der Eröffnungsnovität:
Der Weiberkönig.
Guide Thielscher in der Titelrolle.
Debüt: Lina Abarbanell.
Vorverkauf d. 10-2 an der Theaterkasse und an den bekannten Verkaufsstellen.

Flotten-Schauspiele
Größte Wasser-Schauspiele der Welt
auf 6000 Quadratmeter grossem See.
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8 Uhr.
Sonntags 3, 5 1/2, u. 8 Uhr.
Heute Mittwoch: **Billiger Tag.**
Preise der Plätze: Mk. 2,10, 1,60, 1,10, 0,80, 0,60, 0,30.
Morgen Donnerstag: **Elitetag mit Feuerwerk.**

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Special-Ausschank der Berliner Rock-Brauerei.

**Deutsch-Amerikanisches
Theater.**
Köpenickerstr. 67.
Heute abends 8 Uhr!
Gastspiel Adolf Philipp.
Ueber'n
**332. GROSSEN
TEICH**
Male:

Deutsche Volksbühne.
Im Carl-Weiß-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Kennen von Charan.
Schauspiel in 3 Akten von B. Meris.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Kennen von Charan.
Freitag: Die Räuber.
Sonnenabend 2. erstmalig: Genoveva.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.
Gr. Abschieds-Vorstellung
des gesamten
erfolgreichen Künstler-Ensembles.
15 Attraktionen ersten Ranges.
Extra-Tanz. X Kaffeeküche.
Anfang 5 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Tabakstraße 58.
Geschlossen.
Donnerstag, den 15. September 1904:
Eröffnung der Winter-Saison.
Gr. Eröffnungs-Vorstellungen:
Stadt-Theater Moabit.
Hajazzo und seine Familie.
Volksstückspiel in 4 Akten v. d'Emery.
Stablisement Neue Welt.
Der große Prophet.
Große Poffe mit Gesang und Tanz
in 4 Akten.
Entree 30 Pf. Nummerierter Pl. 50 Pf.

W. Noack's Theater.
Direction: Rob. Dill. Baumstr. 16.
Geschlossen!
Sonnenabend, den 17. September cr.:
Eröffnung der Winter-Saison
mit
Der Galeerensklave
Anfang 8 Uhr.

**Etablissement Bogenhagen
Moritzplatz.**
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Natur-
garten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Führmann-Walde-Sänger.
Sonnenabends
Tanz.

Gesundheit ist Reichtum!
Regelmässiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im:
Bad Frankfurt Gr. Frankfurterstrasse 136.
Bade Berlin-Süd im:
Ritter-Bad Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen
für Damen und Herren.
2 Wannens-Bäder mit je 2
Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badeszeit).
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Palast-Theater.

Bürgerliche Schauspiele.
Burgstraße 22.
Jubiläum-Saison. 10 Jahre.
Um 5 1/2 Uhr: Novität:
Vom Himmel zur Hölle.
Gr. Ausstattungspoffe mit Gesang
u. Tanz in 3 Bildern v. Köppler
und Gerike. Musik von Reisch.
Volletts von Giesbus.
Insipiter: Dir. R. Winkler.
Vorher: Nichtenchaunnummern
ersten Ranges.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Gröffnung
7 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

**Berliner Prater
Theater**
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Der rechte Weg.
Herrmann Wehling, Quinor.
Olly Marietta, Soubrette.
Boeren-Schönen
van Nickerk u. Du Plessis.
Ein Liebes-Idyll.
Pantomime.

WINTERGARTEN
Pas de Deux oriental.
Tilly Bébé mit ihren 12 Löwen.
Paula Worm, Operettensängerin.
Rudolf Segommer, Ventriloquist.
Severin und Mlle. Dorville in der
Pantomime „Der Trunkenbold“.
Harmony Four, Gesangsquartett.
Nirvana, lobende Bilder.
Die Klein-Familie, Radfahrer.
Jane Pernya, Pariser Sängerin.
Die 8 Cocktails, Tanz-Ensemble.
Die Saggessens, komische Jongleure.
Die 3 Meteors, Hochturner.
Biograph, darstellend d. Ringkampf
zwischen Hackenschmidt u. Jenkins.

Scala-Theater.
Einieustr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Löwy's Duell.
Poffe mit Gesang in einem Akt,
1000
30 internation. Specialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Sanssouci.
Königlicher Thor — Stat. der Hochbahn
Heute Mittwoch:
Die Maurer von Berlin.
Volksstück in 8 Bild.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
**Hoffmanns Nord-
deutsche Säger.**
u. Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag und
Mittwoch:
Theater-Abend.
Alle ausstehenden Vorzugskarten
gellen.

Germania-Prachtsäle
Chausseestr. 103. Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch:
Hamburger Säger.
(Steidl, Volk.)
In einer kleinen Garnison.
Werner flugen Hans.
mit seinem flugen Hans.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Donnerstag, den 22. September:
I. Bergter-Konzert.

Nur 12 Minuten
vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues Terrain am Falken-
berge erschlossen.
Nur bis zum 1. Oktober 1904
werden die ersten 100 Parzellen zu Ausnahmepreisen von
1 Mark an pro qm. netto Baugrund
unter günstigsten Zahlungsbedingungen verkauft. Hochbau und Land-
hausbau gestattet.
Näheres nachmittags von 3-7 Uhr im Restaurant Meier, Straße
am Falkenberg 19 bei Grünau.

Todes-Anzeige.
Am 11. d. M. verstarb mein
innigstgeliebter Mann, unser guter
Vater, der Gastwirt 11495
August Wendt
Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Wilhe Wendt nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 15. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Sankt Pauls-
Kirchhofs in Widensee aus statt.

Socialdemokrat. Wahlverein.
Bezirk Pankow.
Am Sonntag, den 11. d. Mts.,
verstarb unser Mitglied
August Wendt.
Wir werden demselben alle Zeit
ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet Donner-
stag, den 15. d. Mts., nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
neuen Sankt-Pauls-Kirchhofs in
Widensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
223/1 **Der Vorstand.**

**Verein socialdemokratischer
Gast- und Schankwirte**
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
dass der Kollege
August Wendt
am Sonntag, den 11. d. M., im
Krautengarten verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 15. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Sankt Pauls-
Kirchhofs in Widensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 69/12
J. A. Emil Kerzin.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass meine
liebe Frau, unsere gute Mutter
Alwine Jerezky
geb. Köhler
nach langen schweren Leiden Sonn-
abend, den 10. d. M., abends
11 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Der trauernde Gatte nebst Söhne.
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 14. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Halle des St. Thomas-
Friedhofs aus statt. 11505

Hiermit die traurige Nachricht,
dass mein lieber Mann und guter
Vater, der Gastwirt
Karl Fourmond,
nach langen Leiden am Montag-
abend um 10 1/2 Uhr sanft ent-
schlafen ist.
Um füßes Beileid bittet
Frau Fourmond nebst Kindern.
Erdanstr. 18. 111638
Die Beerdigung findet am
Donnerstag nachmittags um 4 Uhr
von der Leichenhalle des Neu-
Widenseeer Kirchhofs aus statt.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme am Begräbnis unseres unver-
gesslichen teuren Entschlafenen, des
Vateres **Max Jacob,** dem Uel-
den Geschäftsführern und Kollegen
des Firma Helmsch, Kollegen des
Deutschen Holzarbeiter-Berbandes und
denen, welche ihm die letzte Ehre er-
wießen und ihn zur Gruft trugen,
sagen innigsten Dank! 11466
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Weimanns
Volksgarten-Theater.**
Badstraße 56, Gesundbrunnen.
Entscheidungs-Ringkämpfe:
Hein gegen Degen.
Dittmann gegen Pettjean.
Schnelder gegen Rudolf.
Kouzeri. Theater und Speciali-
täten-Vorstellung.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Säger.
Anfang:
Bödenstr. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Rob. Zabal
Max Jacoby, Streifenstr. 52.
Mit bekannter billiger Preife.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18.

Veteranenstr. 1-2.

Vor Eröffnung unserer vergrösserten Geschäftsräume veranstalten wir einen

Schluss-Räumungs-Verkauf

mit Vortheilen wie sie noch nie geboten worden sind! — Auf sämtliche bekannt billigen Preise unserer Waaren, inbegriffen der Saison-Neuheiten, geben wir bis zur Neueröffnung einen

Extra - Rabatt von 10 pCt.

Ausserdem soll unser beliebtes Sparsystem eine besondere Vergünstigung bieten, weshalb wir für diese Zeit

doppelte Rabattmarken geben.

Um ferner unser künstlerisch geleitetes photographisches Atelier weiteren Kreisen bekannt zu geben, verabfolgen wir bei Einkäufen von 5 Mark an

Bons für Gratis - Bilder!

Nur noch drei Wochen

dauert unser Mietscontract in diesem Laden

Tait's Diamanten **1 Mark** p. Stck. incl. Fassung
zum Preise von **1 Mark** die zum grössten Theil

früher **6 Mark** gekostet haben.

Ringe, Broschen, Ohrringe, Cravattennadeln, Manschettenknöpfe, Hutnadeln etc.
in den neuesten und elegantesten Mustern.

Am 30. September wird dieses **Geschäft geschlossen.**

Machen Sie Ihre Bestellung daher
schleunigst — ehe es zu spät ist.

Zwei Gegenstände werden gegen Voreinsendung von 2,30 Mark
franco oder gegen Nachnahme von 2,50 Mark verschickt. Weniger
wie zwei Gegenstände werden nicht versandt. Nichtconvenirendes
wird, soweit der Vorrat reicht, bereitwilligst umgetauscht. . . .

Tait's American Diamond Palace · Berlin
FRIEDRICH-STRASSE 183 (zwischen Mohren- und Tauben-Strasse).

Die „Korruption“ in der Charlottenburger Orts-Krankenkasse.

Der Hauptkassan der „Germania“ vertreibt sich auch in diesem Sommer die Zeit damit, daß er fast täglich spaltenlange Artikel über die angeblich in der Charlottenburger Orts-Krankenkasse herrschende Korruption bringt. Der gute Mann leidet an der fogen Idee, daß zwischen der Verwaltung der Orts-Krankenkasse und der Leitung der sozialdemokratischen Partei ein enger Zusammenhang besteht, und er betrachtet es als seine Lebensaufgabe nachzuweisen, daß infolge dieses nur in seiner Phantasie bestehenden Zusammenhanges die schlimmste Korruption in der Kasse herrscht. Irgend eine Nachricht, die ihm von Leuten, die früher einmal der Kasse nahestanden, hinterbracht wird, wird — ohne auf ihre Richtigkeit geprüft zu werden — sensationell aufgedauert und zu einem Artikel unter der ständigen Ueberschrift „Aus einer roten Garnison“ verarbeitet. Wie dumm die Angriffe des Hauptkassans sind, beweist am besten die Thatsache, daß abgesehen von dem Charlottenburger Klatschblatt der Firma Münch-Fränkels, die das Socialistenblättern geschäftsmäßig betreibt, selbst diejenigen bürgerlichen Blätter, die sonst jede Gelegenheit, der Socialdemokratie eins auszuwichen, wahrnehmen, das Gewäsch der „Germania“ unbeachtet lassen.

Die neuesten „sensationellen“ Enthüllungen der „Germania“ gipfeln in zwei Behauptungen: einmal sollen Vorstandsmitglieder, die als Delegierte zum diesjährigen Orts-Krankentag nach München entsandt waren, unberechtigterweise Diäten bezogen haben, und zweitens sollen von drei Beamten, die sich pflichtwidrige Handlungen zu Schulden kommen ließen, zwei, weil sie Socialdemokraten sind, nicht entlassen, der dritte aber, weil er nicht Socialdemokrat ist, sofort entlassen worden sein. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse, der bisher auf die Angriffe der „Germania“ geschwiegen hat, verachtet nunmehr an die Delegierten eine Schilderung des Sachverhalts, der wir folgendes entnehmen: Zum Orts-Krankentag nach München hat die Kasse drei Vertreter entsandt, die pro Tag jeder 12 M. Diäten bezogen. Die Teilnahme an dem Kongress auf Kosten der Kasse ist nach Ansicht der berufsmäßigen Kommentatoren des Krankenversicherungs-Gesetzes durchaus erlaubt, und fast alle Kassen Deutschlands schiden denn auch auf Kosten der Delegierten, ohne daß irgend jemand daran Anstoß nimmt. Ein angeblicher Ministerial-Erlaß von 1895, der nach der Darstellung der „Germania“ die Delegierten auf Kosten der Kasse entsandt, richtet sich thatsächlich nicht gegen die Besichtigung der Krankentage-Kongresse auf Kosten der Kasse, sondern gegen die Teilnahme der Orts-Krankentage an dem Centralverbande von Orts-Krankentagen in Deutschland und gegen die Verwendung von Krankentagegeldern für diesen Verband. Das ist nicht nur die Ansicht des Kassenvorstandes, sondern auch die der Aufsichtsbehörde. Die „Germania“ ist also von ihrem Gewährsmann, dem es bei seinen Verbindungen ein leichtes gewesen wäre, sich genauer zu informieren, böß hineingeliegt worden. Interessant ist es übrigens, zu sehen, wie die der „Germania“ seelenverwandte „Neue Zeit“ der Firma Münch-Fränkels jetzt, wo sie durch die Erklärung des Kassenvorstandes in die Enge getrieben ist, sich in einem Leitartikel darüber aufhält, daß die Kosten des „Druckwerks“ (gemeint ist die noch nicht fünf Seiten starke Entgegnung des Vorstandes) „in der Hauptsache wieder aus den sauer erworbenen Arbeitergroßen der Kassennmitglieder bestritten werden müssen“ und daß der Diätentag von 12 M. pro Tag viel zu hoch sei. Die Kasse, die in der Gewährung von Krankentagegeldern durchaus nicht freigebig sei, spende Diäten für Mitglieder der Kassenverwaltung mit vollen Händen. Ganz abgesehen davon, daß von „mit vollen Händen gespendeten Diäten“ gar nicht die Rede sein kann, ist der geistige Leiter der „Neuen Zeit“, Herr Dr. Fränkel, der allerletzte, der ein moralisches Recht hätte, sich über die Höhe von Diäten zu entäußern. Wir begnügen uns mit dieser Andeutung. Wer ein Interesse daran hat, näheres zu erfahren, der möge sich bei den Parteifreunden des Herrn Fränkel, den Herren Müller-Sagan und Fischel, erkundigen.

Was die Entlassung von Beamten betrifft, so handelt es sich nach der Darstellung des Kassenvorstandes um folgendes: Bei der Extra-Kontrolle vom 2. bis 6. Juli fiel es auf, daß eine erhebliche Anzahl von Krankenscheinen solcher Patienten, welche von den Bureau-Beamten Säm., St. und F. als angeblich besucht bezeichnet waren, den Kontrollbeamten nicht trugen. Mehrere Vorstandsmitglieder reherchierten deshalb bei diesen Krankentagepatienten, wobei sich herausstellte, daß die letzteren von den betreffenden Beamten nicht besucht worden waren. Der Kassenvorstand F., welcher sich sonst im Krankendienst bewährbar erwiesen hat und nicht Socialdemokrat ist, gestand seinen Fehler ohne weiteres ein; er erhielt nach der Dienstordnung eine Zurückweisung, ebenso der Kassenvorstand St., der allerdings der Bruder eines Vorstandsmitgliedes ist, dessen bisherige dienstliche Führung aber noch nicht zu einem Einschreiten Veranlassung gegeben hatte. Anders bei Säm. — der Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins war. Aus den der Aufsichtsbehörde eingereichten Personalakten des Säm. geht hervor, daß derselbe ein unbrauchbarer und unfähiger Beamter war, der zu verschiedenen Malen Zurückweisungen erhalten hatte. Säm. verlegte sich bei seiner Bezeichnung obendrein auf hartnäckiges Zeugnen und demütherte seinen Vorgesetzten, so daß bei der letzten Vernehmung des Säm. in Verbindung mit seinen früheren großen Pflichtverletzungen seine Entlassung nur am Plage war. Der Kassenvorstand hat also auch in diesem Punkte sich keinerlei Verschönerung zu Schulden kommen lassen.

Neuerdings nun, wo die „Germania“ sieht, daß ihre Anlagen absolut haltlos sind, versucht sie es mit einem neuen Trick, sie verbreitet das Gerücht, daß die bürgerlichen Arbeitgeber, die dem Kassenvorstand angehören, sich nur aus dem Grunde mit den sozialdemokratischen Kassennmitgliedern solidarisch erklären, weil sie Lieferanten der Kasse sind. Eine der dreistesten Lügen, die uns jemals vorgekommen sind. Gewiß würden wir es entsetzt verurteilen, wenn etwa ein Vorstandsmitglied Verträge über Lieferungen mit der Kasse abschließen oder sein Amt dazu benutzen würde, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Aber soweit kann man doch unmöglich gehen, daß etwa ein Kaufmann, der zufällig der Kasse als Vorstandsmitglied angehört, einem Kunden, der bei der Kasse versichert ist, sein Stück Ware verkaufen darf. Dami hätte ja z. B. auch der frühere Vorsitzende der Kasse, der ein offenes Ladengeschäft besitzt, jeden Käufer, der für ein paar Pfennige Wand bei ihm kaufen wollte, erst fragen müssen, ob er Kassennmitglied ist und gegebenenfalls ihm keine Waren ausshändigen dürfen. Uebrigens wird sich, wenn wir recht unterrichtet sind, die „Germania“ wegen dieser Vorwürfe vor Gericht zu verantworten haben, wie denn auch von andern Personen, die sie in ihren Artikeln verdächtigt hat, Prozesse gegen sie angestrengt sind.

Schließlich ist noch verbreitet worden, daß der Regierungspräsident gegen die Kasse wegen Wahlfälschungen eingeschritten sei. Um sich gegen diesen Vorwurf zu rechtfertigen, giebt die Kassenverwaltung das entsprechende Schreiben des Regierungspräsidenten in Abschrift wieder, es lautet:

Der Königl. Potsdam, den 28. Juli 1904. Regierungs-Präsident Tagebuch Nr. A. 1050/6.

Auf den Bericht vom 11. Juni d. J. S. 295. Nr. VI D. 616 sende ich dem Magistrat die Wahlakten in drei Paketen zurück. Aus den Akten haben sich keine Thatsachen, welche für die angeblich bei den Wahlen vorgekommenen Unregelmäßigkeiten sprechen, ergeben.

Ich ersuche den Magistrat, darüber zu wachen, daß auch in Zukunft solche Unregelmäßigkeiten nicht vorkommen, und den Vor-

stand anzudeuten, daß er dafür Sorge trägt, daß auch eine Verleumdung der Wähler vor dem Wahllokal durch die Zettelverteiler und andre Personen verhindert wird.

In Vertretung: geg. von Tschoppe.

Der Kassenvorstand schließt seinen durchaus würdig gehaltenen Bericht an die Delegierten mit der Bemerkung, daß sich die Zeitungsangriffe gegen ihn von selbst richten. Auch wir sind der Meinung, daß der Kassenvorstand, der sich die redlichste Mühe gegeben hat, die Leistungen der Kasse zu steigern und der sowohl den Forderungen der Mitglieder als auch denen der Kasse gerecht zu werden sich bemüht, über solche Angriffe erhaben ist.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Dienstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung des Wahlvereins bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 85. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Runert über: „Die Berufserklärung der Landarbeiter und des Gesindes im preussischen Landtage“. Diskussion. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt.

Reinickendorf. Heute, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, findet in sämtlichen Bezirken der Jahlabend statt.

Königs-Wusterhausen. Heute, Mittwochabend 8 Uhr, findet im „Eiegskranz“ die Generalversammlung des Wahlvereins mit wichtiger Tagesordnung statt.

Lokales.

Verteuerung der Straßenbahn - Abonnements!

Die „Große Berliner Straßenbahn“ ist wirklich „groß“ — in der Wahrnehmung ihres Profits. Bald nützt sie die Arbeitskraft ihrer Angestellten in einer Weise aus, die alles zulässige Maß überschreitet und unter Umständen zu einer Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit führen kann. Bald wieder sucht sie ihre schlan ertworbenen Vorrechte auf die Taschen der Berliner Bevölkerung sich durch Mittel zu erhalten, die den Gemeininteressen zuwiderlaufen und die Weiterentwicklung des Verkehrs hemmen. Jetzt haben die Direktionen der „Großen Berliner Straßenbahn“ und ihrer Anhängel „Berlin-Charlottenburger Straßenbahn“, „Westliche Vorortbahn“ und „Südliche Vorortbahn“ wieder etwas Neues ausgeheckt. Sie haben beschlossen, vom 1. Oktober d. J. ab für diese vier Gesellschaften einheitliche Abonnementpreise einzuführen. Bei dieser Gelegenheit haben sie die Preise in solcher Höhe festgesetzt, daß zwar auf den Vorortbahnen für manche Abnehmer eine kleine Ermäßigung herauskommt, aber dafür auf den Linien der „Großen“ sämtlichen Abonnenten eine bedeutende Verteuerung auferlegt wird. Die Zeitkarten für eine Linie sollen künftig nicht mehr 6 M., sondern 7 1/2 M. pro Monat kosten. Die Zeitkarten für mehrere Linien werden gleichfalls entsprechend verteuert, für zwei Linien von 8 M. auf 10 M., für drei Linien von 10 M. auf 13 M., für vier Linien von 12 M. auf 16 M. usw.

Diese bedeutende Verteuerung wird von den Direktionen dreift damit begründet, daß die Einnahmen aus jeder Zeitkartenfahrt „vielfach nur noch 2/3 Pf.“ betrage und nicht einmal die Selbstkosten der Gesellschaften bede. Wie man das herausgekratzt hat, veraten die verehrlichen Direktionen nicht; das ist vermutlich Geschäftsgeheimnis. Das Publikum pflegt anders zu rechnen und andre Resultate herauszubekommen. Wer z. B. für 6 M. abonniert, wird in der Regel viermal am Tage seine Strecke befahren, so daß die Fahrt sich für ihn auf rund 5 Pf. stellen müßte. Die Behauptungen der Direktionen werden auch durch die Angaben des Geschäftsberichts der „Großen“ für 1903 widerlegt. Darin wird mitgeteilt, daß für Zeitkarten 3 428 527 M. eingenommen wurden (in dem vorhergehenden Jahre: 3 018 512 M.). In einer andern Stelle des Berichts wird angegeben, daß auf Zeitkarten 58 026 040 Personen befördert worden seien (in dem vorhergehenden Jahre: 52 961 276 Personen). Das kann natürlich nur eine Schätzung sein, aber die Direktion wird ja wohl gewußt haben, warum sie in dieser Höhe schätzte. Hiernach läme aber auf jede Zeitkartenfahrt eine Einnahme von 9/10 Pf. (im Vorjahr: 6/10 Pf.). Ob die Direktion der „Großen“ das Ergebnis „2/3 Pf.“ durch gelegentliche Zählung der Zeitkartenfahrten ermittelt? Dann hat sie sich vermutlich gestattet, außer Betracht zu lassen, daß viele Abonnenten, um rascher fortzukommen, bei einer einzelnen Fahrt auf ihrer Strecke zwei, drei, vier Wagen der verschiedenen auf der Strecke verkehrenden Wagen benutzen. Es sähe der „Großen“ in der That ähnlich, den Abonnenten das als zwei, drei, vier verschiedene Fahrten zu buchen, sich „2/3 Pf.“ pro „Fahrt“ herauszurechnen und dann die Verteuerungsfraude anzuziehen.

Die Verteuerung wird von zahlreichen Personen, die nur in den billigeren Außenbezirken der Stadt wohnen können und auch die Straßenbahn nur bei billigem Abonnement regelmäßig benutzen können, sehr schwer empfunden werden. Die oben mitgeteilten Zahlen lassen erkennen, wie groß der Kreis der davon betroffenen Personen ist. Schon im Jahre 1903 wurden bei der „Großen“ pro Werktag im Durchschnitt gegen 200 000 Zeitkartenfahrten gemacht, und die Durchschnittszahl der Abonnenten dürfte gegen 50 000 betragen haben. Im Jahre 1904 werden die Zahl der Abonnenten und die Einnahme aus Abonnements noch bedeutend gestiegen sein. Mindestens 50 000 Personen werden jetzt von der Verteuerung betroffen. Wäre es wahr, daß die Abonnements heute zu billig sind, so wäre von der Erhöhung der Abonnementpreise keine Verminderung der Abonnenten zu erwarten; denn nicht bloß die Direktion der „Großen“ versteht zu „rechnen“, sondern auch die Abonnenten sehen, wo sich ein Vorteil für sie bietet. Nun beträgt aber die Preiserhöhung 25—33 1/2 Proz. Setzt man nur 25 Proz. an, so hätte die „Große“ schon für 1903 aus den Taschen der Abonnenten 850 000 M. mehr herausgeholt können. Für 1904 wäre die Mehreinnahme auf eine hübsche runde Million Mark zu schäpen. 1 000 000 Mark, für die auch nicht ein Pfennig Mehrausgabe zu leisten ist! Der größte Teil dieser Mehreinnahme flöste als Zantime und Dividende in die Taschen der Aufsichtsratsmitglieder, der Direktoren und der Aktionäre. So darf eine Handvoll Kapitalisten die Bevölkerung einer Zweimillionenstadt schröpfen.

Es ist indes leicht möglich, daß die Mehreinnahme, die aus der Abonnementverteuerung erwartet wird, doch recht beträchtlich hinter einer Million zurückbleibt. Wahrscheinlich werden viele Abonnenten auf das Abonnement verzichten, weil es nun für sie zu teuer ist. Sie werden sich auf wenige Einzelfahrten beschränken und ihren Weg zur Arbeitsstätte lieber zwei-, dreimal am Tage zu Fuß zurücklegen. Das kann natürlich nur auf Kosten der Gesundheit und unter Kürzung der Erholungszeit geschehen. Von einer Erwerbsgesellschaft erwarten wir nicht, daß sie auf das Gemeinwohl Rücksicht nimmt; heilig darf ihr nur der Profit sein. Aber vielleicht sind die Verzichtsleistungen auf das teurere Abonnement

so zahlreich, daß die „Große“ sich in ihr eigen Fleisch schneidet und schließlich schlechter als bisher weglommt. Die Omnibus-Gesellschaften werden zweifellos sich die Situation zu nütze machen. Auch die Stadtgemeinde sollte den neuesten Gewaltstreich der „Großen“ zum Anlaß nehmen, den Bau städtischer Straßenbahnen zu beschleunigen. Am Ende kommt dann die „Große“ doch noch zu der Einsicht, daß nicht Verteuerung, sondern Verbilligung der Verkehrsmittel den Verkehr hebt und ein Unternehmen rentabel erhält, also beiden Parteien nützt.

Der Ausschuß für Beschränkung des Straßenhandels trat am Dienstag nach längerer Pause wieder zusammen und setzte die unterbrochene Generaldiskussion fort. Von mehreren Seiten wurde ausgeführt, daß der Straßenhandel, wie er jetzt betrieben wird, große Verkehrsbehindernisse im Gefolge habe, unsere Markthallen immer mehr entvölkert, die Straßen verunreinigt würden und zum Teil schlechte Ware verabfolgt werde; auch werde der Straßenhandel nicht von kleinen Leuten, sondern größtenteils von Engros-Händlern, die 5 und 10 Wagen fahren lassen, ausgeführt; ferner hätten die städtischen Behörden die Pflicht, den schhasten Handel zu schützen. Die angeführten sechs Millionen Mark, die heut durch den Straßenhandel umgesetzt werden, könnten auch durch Einschränkung des Straßenhandels anderweitigen Umsatz finden. Die Stadtverordnetenversammlung solle den guten Willen des Herrn Polizeipräsidenten anerkennen und demselben entgegenkommen, habe derselbe doch gezeigt, daß er vor zwei Jahren den Wünschen der städtischen Behörden Rechnung getragen hat. Wird diesen Wünschen nicht entsprochen, dann werde die Polizeiverordnung über die Rüsfe der städtischen Behörden in Kraft treten. Aus allen diesen Reden Klang heraus, daß es nicht die Verkehrsbehindernisse sind, weswegen man den Straßenhandel einschränken will, sondern der leidige Konkurrenzneid, der die Hausbesitzer und schhasten Händler dazu veranlaßt. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß sich die städtischen Behörden wohl hüten sollten, einer so einschneidenden Polizeiverordnung in unser wirtschaftliches Leben zuzustimmen, sondern man solle dem Polizeipräsidenten dafür die Verantwortung allein überlassen. Es sei ja auch sehr bemerkenswert, festzustellen, daß die Petitionen nur von Hausbesitzern und schhasten Händlern stammen, das große Publikum in dem Straßenhandel ein Hindernis aber nicht erblickt. Die Polizei habe heute schon Mittel genug an der Hand, dem Straßenhandel zu Leibe zu gehen; man solle diese Machtbefugnisse nicht noch erweitern.

Hierauf wurde auf allseitigen Wunsch die Generaldiskussion geschlossen. Unter Ablehnung eines Antrages Singer und Genossen wurde mit Mehrheit beschlossen, in die Specialdebatte einzutreten. Der vorgeschickten Zeit wegen wurde die Sitzung auf Dienstag, den 27. d. M., vertagt.

Neue Polizeiverordnungen. Eine neue Polizeiverordnung über das Meldewesen für den Landespolizeibezirk Berlin ist von dem Polizeipräsidenten zum 1. Oktober erlassen worden. Sie ist die Folge der Verfügung des Ministers des Innern, die wir vor einiger Zeit mitgeteilt haben. Die wichtigste der zahlreichen Neuerungen im Meldewesen, die die neue Verordnung bringt, ist die Einführung besonderer ausführlicher Formulare für An- und Abmeldung beim Wechsel des Gemeindebezirks. Für die polizeiliche Anmeldung beim Zugang von einem auswärtigen Gemeindebezirk, also auch etwa von Charlottenburg, Schöneberg u. s. w. ist ein ausführliches Formular mit elf Rubriken zu verwenden. Es wird aus weisem Papier hergestellt. Außer den bisherigen Angaben ist jetzt auch die Staatsangehörigkeit, der Ort der letzten dauernden Niederlassung, die Angabe, ob man schon früher hier war und wo man gewohnt hat, notwendig. Neu aufgenommen ist ferner die Erklärung darüber, ob man länger als drei Monate sich aufhalten beabsichtigt. Die Bemerkungen auf der Rückseite sind erweitert. Einzugefügt ist die Bestimmung, daß neben der Meldung durch den Hauseigentümer oder Verwalter sich der Neuzuziehende innerhalb acht Tagen beim Polizeibezirk persönlich oder schriftlich zu melden hat. Er soll dabei über die persönlichen und die Militärverhältnisse von sich und seinen Angehörigen Auskunft geben. Auf Verlangen ist ein schriftliches Ausweis vorzulegen, als: Paß, Wahlkarte, Heimatschein, Staatsangehörigkeitsausweis, Rationalitätsbeweis, Bürgerbrief, Wanderbuch, Dienstbuch, Arbeitsbuch u. s. w. Männliche Deutsche im Alter von 20 bis 45 Jahren haben einen Ausweis über ihr Militärverhältnis beizubringen. Kommt der Zugehende aus Preußen, so hat er eine Abmeldung von der Behörde des letzten Wohnortes vorzulegen. Für die Abmeldung sind entsprechende große Formulare vorgegeben. Auf der Rückseite wird bestimmt, daß die wegziehenden Personen sich einen Abmeldechein zu beschaffen haben. Es dient dazu ein drittes abgestempeltes Exemplar der Abmeldung. Die Formulare für den Zugang innerhalb des Gemeindebezirks erhalten jetzt für die Anmeldung gelbes, für die Abmeldung graues Papier. Sonst entsprechen sie im allgemeinen der bisherigen Fassung, abgesehen davon, daß die Steuernummer sowie die Bestimmungen darüber weggelassen sind. Neu ist dort die Bestimmung, daß die Meldung des Umzuges sowohl an das bisherige als an das neue Meldewesen zu erstatten ist. Auch für die Meldung von Reisenden sind neue Formulare vorgegeben. Es ist darin unter anderem Staatsangehörigkeit, Wohnort und Herkunft anzugeben. Logierbesuch im Verwandtschafts- oder Schwägerchaftsverhältnis braucht nicht angemeldet zu werden, wenn der Aufenthalt nicht über drei Monate währt.

Es fehlt noch eine Bestimmung, nämlich die, daß von polizeiwegen Unterrichts-kurse für solche Einwohner eingerichtet werden, die nach Erlaß der neuen Polizeiverordnung noch zum Umziehen die Courage haben. Bei einiger Zuteilung kann man unter Leitung geschickter Lehrkräfte vielleicht innerhalb zwei Monaten zur Ablegung eines Melde-Exzemens im stande sein.

Die Charité für die Berliner. Dienstagmittag wurde die bei dem Redakteur H. in der Markgrafstraße bedienstete Emilie H. von Krämpfen befallen. Der Zustand des jungen Mädchens war so besorgniserregend, daß Frau H. nach der Unfallstation Kronenstr. 58 sandte. Man behandelte das bewußtlose Mädchen dort, und als der Stationsarzt, Herr Dr. Kellermann, auf telephonische Anfrage die Zusage erhalten hatte, daß die Kranke in der Charité aufgenommen werden solle, wurde sie in einem Krankentwagen dorthin gefahren. In dem Meldeschein der Unfallstation war die Zusage der Charité vermerkt und gleichzeitig darauf hingewiesen worden, daß Herr H. beim Abnommentveretn für Dienstboten unter Police 20 176 versichert sei, wodurch dokumentiert wurde, daß die Kosten der Krankenverspeisung sichergestellt waren. Das kranke Dienstmädchen wurde aber trotzdem in der Charité abgenommen. Warum? Wie würden an einen schlechten Scherz glauben, wenn wir es nicht Schwarz auf weiß gelesen hätten:

Abgewiesen, weil nicht aus Berlin und Lebensgefahr nicht vorhanden. Königl. Charité, 13. 9. 04.

Tollkühn, Aufnahme-Arzt. Die Kranke fand schließlich in Wuhlgarten Aufnahme. Die für die Abweisung in der Charité entscheidende Thatsache, daß sie zwar in Berlin in Stellung und auch dort gegen Krankheit versichert, jedoch nicht in der Hauptstadt der preussischen Intelligenz geboren ist, trifft unzweifelhaft zu. Ihre Eltern wohnen in Nixdorf, Derrmannstr. 57.

Die Krankenhausfrage läßt sich spielend lösen, wenn das von der Charité gegebene Beispiel allgemein befolgt wird. Die öffentlichen Heilanstalten Berlins für die geborenen Berliner! Wer schließlich vom Staatsgebirge und nördlich von den Hebergen das Licht der Welt erblickt hat, mag im Krankheitsfalle sehen, wo er bleibt, und habe er fünfzig Jahre hindurch in Berlin Steuern gezahlt!

Eine Protestversammlung der Berliner Milchhändler gegen die jüngsten Angriffe der Milchzentrale fand vorgestern im Fürstengarten in der Potsdamerstraße statt. Der Vorsitzende Wiesener beklagte die Anfechtungen der Milchzentrale in der sogenannten „Kannnenfrage“ und erklärte, daß die Centrale nur den Berliner Milchhändlerstand vertritt und in der öffentlichen Achtung herabsetzen wolle. Auf das Ersuchen des Vereinsvorstandes an die Leitung der Milchzentrale, ihm doch die des Kannnenbiefstahls überführten oder angeklagten Milchhändler namhaft zu machen, sei ein ablehnendes Schreiben eingegangen. Darin werde behauptet, daß seit Beginn des Milchkrieges 800 Kannnen und ein Faß als Eigentum der Centrale bei Berliner Milchhändlern beschlagnahmt wurden; gegen Milchhändler, die die Kannnen nicht gutwillig herausgaben, seien 63 Anzeigen erstattet worden, 21 Strafanträge schwebten noch. Verschwiegen werde darin abschließend, daß die polizeilichen Hausdurchsuchungen ein negatives Ergebnis hatten und die Anzeigen wegen Kannnenbiefstahls meist mit dem Freispruch der Beschuldigten endeten. Verbandsyndikus Dr. Platonow verlas eine Reihe von Urteilen zum Beweise, daß die Milchzentrale nicht nur in vielen Fällen ungerechtfertigte Anzeigen erstattet, sondern sogar die Verurteilung eines Milchhändlers auf Grund eines abschließend vordatierten Dokuments herbeigeführt habe. Auch die Flugblätter der Milchzentrale gegen die Leiter der Milchhändlerbewegung wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Schließlich wurde außer einem Vertrauensvotum für die in den Flugblättern des Milchringes einer pflichtwidrigen und unredlichen Handlungsweise beschuldigten Vertrauensmänner des Berliner Milchhändlerstandes folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung spricht ihre Enttäuschung darüber aus, daß die Milchzentrale neuerdings durch Veröffentlichungen und fortgesetzte Demagogien bei der Staatsanwaltschaft sowie durch Anträge auf Hausdurchsuchungen bei angeklagten Gewerbetreibenden sich nicht scheut, anläßlich von Verlusten an Kannnenmaterial gegen den gesamten Milchhändlerstand den Vorwurf der Unredlichkeit zu erheben, wo es sich in Wahrheit, nach den Akten, um höchst zweifelhafte Ansprüche und solche Vorgänge handelt, wie sie durch die große Ausdehnung des Berliner Milchhandels seit Jahrzehnten bedingt und allgemein bekannt sind.

Keine Rosenquerscher mehr? Aus dem Rathaus wird berichtet: Der Magistrat ist dem Antrage der Armenverwaltung wegen Lieferung besserer Särge für die auf städtische Kosten zu beerdigenden Leichen beigetreten. Das Kopfen soll erhöht und am Fußende der Särge verlängert werden. Die Kosten wurden vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung bewilligt.

Ein Feuerwehrtreuer wird den Theaterern gegenüber angeklagt. Eine mit der Feuerwehre in Verbindung stehende Korrespondenz schreibt: Die Berliner Theaterdirektoren sollen die Absicht haben, im Verwaltungstreitverfahren das Ortsstatut über die Erhebung von Gebühren für die feuerpolizeiliche Überwachung der Vorstellungen anzufechten. Sollten die Theaterdirektoren mit ihrer Klage Glück haben, was übrigens ausgeschlossen erscheint, dann würde die Feuerwehre zunächst all den Theatern z. B. die Zahlung der Gebühren verweigern, auch keine Feuerwehrtreuer wachen mehr stellen und sich nur noch auf eine Revision der Theater beschränken. Ob dann die Polizei und auch die Feuerwehre in vielen Fällen die Erlaubnis zum Spielen geben würde, muß natürlich erst abgewartet werden. Nach den Erfahrungen, die man mit den Schauspielern und dem Theaterpersonal gemacht hat, würde aber ein solches sein, die Feuerwehrtreuer der Berliner Theater würde dann um kein Jota besser sein als in Amerika. Selbst dann nicht, wenn die Theaterdirektoren eigene Sicherheitswachen einrichteten, die, weil abhängig, die Feuerwehre nicht erlegen würden.

Wir wollen uns in den Streit zwischen Theaterdirektoren und Polizei nicht hineinmischen, meinen aber, daß die dem Berichtserichter zugesandte Drohung den Wert eines Aprilscherzes hat.

Die Wissenschaft für den klugen Hans. Die Kommission zur Prüfung der Fähigkeiten des „klugen Hans“ v. Osten hat ihre Arbeiten vorläufig abgeschlossen. Das Ergebnis ihrer Vermählungen ist in dem nachstehenden Gutachten enthalten. Die Unterzeichneten sind zur Entscheidung der Frage zusammengetreten, ob bei den Vorstellungen des Herrn v. Osten Trübs, d. h. beabsichtigte Hilfen oder Beeinflussungen stattfinden. Sie sprechen nach reiflicher Prüfung ihre Überzeugung einstimmig dahin aus, daß eine solche Annahme, abgesehen von dem den meisten unter ihnen bekannten Charakter der vorkührenden Personen, durch die bei der Unternehmung getroffenen Vorkehrungen ganz und gar ausgeschlossen ist. Trotz aufmerksamer Beobachtung hat sich nichts von Bewegungen irgend eines Gliedes oder sonstige Anzeichen, die dem Pferd als Zeichen dienen könnten, entdecken lassen. Eine Versuchsreihe wurde, um unwillkürliche Bewegungen der Anwesenden auszuschließen, nur in Gegenwart des Herrn Kommissionsrats Busch ausgeführt. Hierunter besanden sich Versuche, bei denen nach seinem sachmännlichen Urteil Trübs nach der sonst üblichen Dressuren ausgeschlossen waren. Eine andre Versuchsreihe wurde in der Art angestellt, daß die Antworten auf die von Herrn v. Osten dem Pferde vorgelegten Fragen dem Fragenden selbst nicht bekannt sein konnten. Die Mehrzahl der Unterzeichneten kennt außerdem durch frühere Beobachtungen zahlreiche Einzelfälle, in denen bei angeblichlicher Abwesenheit des Herrn v. Osten und des Herrn Schilling's andre Personen richtige Antworten erhielten. Auch unter diesen Fällen waren solche, bei denen sich der Fragende selbst in Unkenntnis oder im Irrtum hinsichtlich der Lösung befand. Endlich haben einige der Unterzeichneten die Methode des Herrn v. Osten kennen gelernt, die von Dressur wesentlich verschieden und dem Volksschulunterricht nachgebildet ist. Durch die Gesamtheit dieser Beobachtungen wird nach der Meinung der Unterzeichneten sogar auch das Vorhandensein unabsichtlicher Zeichen von der gegenwärtig bekannten Art ausgeschlossen. Soviel steht nach ihrem einstimmigen Urteil fest, daß es sich hier um einen Fall handelt, der von allen bisherigen, dem äußeren Anschein nach ähnlichen Fällen prinzipiell verschieden ist und mit Dressur in hergebrachtem Sinne nichts zu thun hat, der deshalb eine ernsthafte und eingehende wissenschaftliche Untersuchung verdient. Berlin, den 12. September 1904. Vorsitzender Herr Busch, königl. preussischer Kommissionsrat, Otto Graf v. Castell-Rudolow, Hauptmann a. D., Dr. A. Grabow, Schutrat a. D., Robert Hahn, städtischer Lehrer, Dr. Ludwig Heß, Direktor des Zoologischen Gartens, Dr. Oscar Heinroth, Assistent am Berliner Zoologischen Garten, Dr. Richard Handt, Rittm. v. Keller, Major a. D., Th. Köning, Generalmajor a. D., Tierarzt Dr. Niehner, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der Igl. tierärztlichen Hochschule, Prof. Dr. Nagel, Vorsteher der Abteilung für Sinnesphysiologie am physiologischen Institut der Berliner Universität, Geh. Regierungsrat Dr. E. Stumpf, Universitäts-Professor, Direktor des psychologischen Instituts, Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften, Henry Suermann.

Herr Direktor Busch ist, wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, der Ansicht, daß zwischen Herrn v. Osten und dem Pferde ein Komplex besteht, der nicht nachgewiesen werden kann und auf langandauerndem Verlehte beruht. Der kluge Hans würde in anderer Umgebung, z. B. in einem Circus, versagen.

Die Arbeiterangelegenheiten Paradies hat am Sonntag auf ihrem 144 Morgen großen Grundstück von Vohndorf den Grundstein gelegt. Die Beteiligung an dieser Feier war sehr zahlreich; außer den Genossenschaftlern nahmen Vorsitzende verschiedener Arbeitervereine an dem Fest teil. Gegen 4 Uhr vollzog der Vorsitzende G. Kofka nach einer längeren Ansprache den feierlichen Akt der Grundsteinlegung. Er sagte seine Ausführungen in die Worte zusammen, mit denen er die drei Hammer schläge begleitete: „Die Sehnsucht nach dem Vaterlande hat zielbewußt durch vereinte Kraft die Grundlagen des Genossen zum eignen gegewerteten Heim! Den Nachkommen als leuchtendes Beispiel zur Nachahmung!“ Der Gesangsverein „Norddeutsche Schiffe“ sang der Feierlichkeit angemessene Lieder und mit feierlichen Worten vollzogen darauf viele der Beteiligten die Ceremonie des Hammer schlägs. Die Genossenschaft, welche zur Zeit 1200 Mit-

glieder zählt, hat den Plan, in den nächsten Jahren 1500 gesunde und billige Wohnungen von zwei und drei Stuben zu errichten, zu denen sowohl eine Vadeeinrichtung sowie ein Garten von acht Quadratmetern Größe gehören soll. Die Gesamtkosten des Baues sind auf sieben Millionen Mark veranschlagt. Das Bureau der Genossenschaft befindet sich Kottbuser Ufer 44, Hof I. R. Die wollen dem Unternehmen wünschen, daß es sich solide entwickle und der Arbeiterschaft zum Nutzen gereiche.

Öffentliche Belohnung eines Schlangenjügers. Amlich wird gemeldet: Dem Schlangenjäger Hermann Watter, Chorinerstr. 72 wohnhaft, sind aus Staatsmitteln 50 M. für die Verfolgung von Kreuzottern in den Waldungen der Umgebung Berlins als Prämie überwiesen worden.

Der Menschheit Jammer auf einer Postkarte. Aus einem nördlichen Vorort geht uns eine Postkarte folgenden Inhalts zu: „In Ihrem Blatte vom 7. d. M. las ich, daß mein Mann sich an seiner eignen Tochter vergangen haben soll. Meine Tochter, welche 12 Jahre alt ist, stellt dies in Abrede und erklärt, weil Vater uns sehr oft häut, habe ich so gesagt. Ich muß noch bemerken, daß mein Mann nichts gesehen konnte und sich auf freiem Fuße befindet. Meine Tochter ist sehr widerständig. Ich bitte dies öffentlich bekannt zu geben; Ehre dem Ehre gebührt. Frau Karoline S. — Ich habe meinem Vater Unrecht getan, ich bereue dies sehr. Frida S., Schülerin.“ — Was ist entsetzlicher, die Verworfenheit, auf die die erste, unrichtige Meldung schließen ließ, oder der sittliche Jammer, der sich in dieser Richtigstellung offenbart?

Der Wasserstand der Spree und Havel ist noch immer im Fallen. Der Müggelsee, der von der Spree gespeist wird, der Seddensee, der sein Wasser von der Dahme erhält, der Wannsee, der Plauersee, der größte von allen Havelseen, und eine Menge anderer sind ganz bedeutend gefallen. Nicht nur das Anlegen, sondern auch der Verkehr bietet, einmal wegen des geringen Wasserstandes, dann wegen der vielen Sandbänke, die jetzt zum Vorschein kommen, und wegen des Tieflanges vieler Säfte viele Schwierigkeiten. So fuhr am Sonntag ein vollbesetzter Dampfer („Gertha“) auf der Rückfahrt nach Brandenburg abends fest und konnte erst nach längerem Bemühen durch den Dampfer „Europa“ wieder flottgemacht werden.

Der wegen Gattenmordes vom Schwurgericht am Landgericht II zum Tode verurteilte frühere Heilgehilfe Walter ist über die Gestalt seines Schicksals noch immer im Ungeheißenen. Der seiner Zeit von den Verteidigern gestellte Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ist von der Strafkammer abgelehnt worden. Die gegen den ablehrenden Beschluß erhobene Beschwerde harzt jetzt der Entscheidung des Kammergerichts. Inzwischen ist vom Rechtsanwalt Morris ein neuer Wiederaufnahme-Antrag gestellt, zu dessen Begründung einige neue Thatsachen herangezogen worden sind. Walter bleibt nach wie vor dabei, daß er unschuldig sei.

„Graf Salvator“, der wegen seines Scheidungsprozesses mit Frau Rosa A. früher vielfach genannt wurde, ist, wie die „Berliner Morgenpost“ meldet, flüchtig geworden. Das Blatt erzählt dabei über den Genannten zugleich ganz ungeheuerliche Geschichten. Es behauptet, daß Georg Steffen, der sich fälschlich „Graf Salvator“ nannte, unter dem Namen einer Aufsichterin vor wenigen Monaten in der Friedrichstraße ein „Bank- und Kommissionsgeschäft“ Francke u. Comp. errichtet und viele Leute schwer geschädigt habe. Er habe auf großen Fuß gelebt, aber Eitelungen und Wucher betrieben. Durch Verhöhnung einer Rentnerin S. habe Steffen Beziehungen erlangt, die er gewissenlos ausbeutete. Eine Frau G. habe er um 200 000 M. gebracht, verschiedene Leute betrogen usw. Der Schluß des langen Artikels lautet: „Wodurch aber der nunmehr flüchtige Hochstapler an schwersten belastet erscheint, ist eine Angelegenheit, in der militärische Interessen des Reiches in Mitleidenschaft gezogen werden, die sich also zur öffentlichen Behandlung nicht eignen. Sollte Steffen zur Stelle gebracht werden, so wird in der zu erwartenden Gerichtsverhandlung gerade diese Angelegenheit eine bedeutende Rolle spielen — allerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit.“ Wie viel davon Thatsächliches ist, bleibt abzuwarten.

Bei einem Zusammenstoß mit einem Straßenbahnwagen der Linie Ziegel-Brick ist gestern abend 6 1/2 Uhr in der Chausseestraße ein Radfahrer schwer verletzt worden. Der unbekannt junge Mann geriet mit seinem Rade unter die Plattform; er konnte nur mit großer Mühe unter dem Wagen hervorgezogen werden. In der Unfallstation Eichendorffstraße wurde ihm die erste Hilfe zu teil. Das Rad ging selbstverständlich in Trümmer.

Dem Vatergerüst an der Hochbahn ist gestern nachmittag der 60 Jahre alte Maler Paul Berndt in der Götterstraße abgestürzt. Der Verunglückte erlitt einen doppelten Bruch des linken Armes und schwere innere Verletzungen. Nachdem ihm in der Unfallstation der Alexandrinenstraße ein Notverband angelegt worden war, brachte man ihn in einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban.

Schwer verbrüht hat sich das 21 Jahre alte Dienstmädchen Bertha Bod. das in der Speisekammer der Frau Pollack in der Niederwallstraße 23 beschäftigt war. Als es einen Kessel mit kochendem Wasser vom Feuer nahm, glitt es beim Eingehen in die Gefährlichkeitswanne aus und fiel so unglücklich hin, daß sich ihm das Wasser über den Körper ergoß. Am Rücken, an der rechten Seite und an den Armen schwer verbrüht, wurde die Verunglückte mit einer Droschke in ein Krankenhaus gebracht. Wenn auch keine unmittelbare Lebensgefahr vorliegt, so ist ihr Zustand doch nicht unbedenklich.

Eine schwere Verletzung hat sich gestern kurz vor Feierabend der Tischler Adler in der Mabitzenstraße von Koad. Köpcke Nr. 150, zugezogen. Ihm glitt bei der Arbeit das Stechen aus; das Instrument drang in den Unterleib und verletzte ihn lebensgefährlich. Der 20 Jahre alte Tischler wurde zunächst in der Unfallstation verbunden und dann nach dem Krankenhaus Noabit gebracht.

Ein verschwundener Schüler. Der Realhörer Heinrich Vordorf, 26. Juli 1886 in Königs-Wusterhausen geboren, ist seit 17. v. M. aus der elterlichen Wohnung Alte Schönhauserstr. 88 verschwunden. Derselbe ist 1.80 groß, hat dunkle Haare und Augenbrauen, dunkelblaue Augen, gute Zähne, runde Gesichtsbildung, gesunde Gesichtsfarbe und Narbe an der Stirn, sowie an linker Hand verkrüppelten Daumennagel. Er war bekleidet mit graugestreiftem Jacketanzug, Schnürstiefeln, grauen Socken, weißem Hemd, Strohhut mit schwarzem Bande, blauem Selbstbinder mit weißen Ringeln. Nachrichten sind schriftlich zu den Adressen 875 IV. 7. 04 an die Kriminalpolizei oder mündlich im königl. Polizeipräsidium Zimmer 246 oder in jedem Polizeirevier abzugeben. Die Mutter hat sich erboten, für die Ermittlung ihres Sohnes 20 M. Belohnung zu zahlen.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am Sonntag, 29. August, abends 8 Uhr, in der Hermannstraße zu Rixdorf der Störung aus Anlaß eines Erntefestes beigewohnt haben, werden gebeten, sich bei Rauschenberg, Rixdorf, Prinz Handjerystr. 69, v. I. zu melden.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag wurde die Wehr nach der Adolfsstr. 9 gerufen, weil hier in einer Wohnung durch Umfallen einer Petroleumlampe Feuer ausgebrochen war, das Decken und Möbel ergriffen hatte. Die Gefahr konnte aber leicht beseitigt werden. Weitere Wohnungsbrände mußten im Laufe des gestrigen Tages noch in der Wasserhorststr. 22, Caprivistra. 18 und in der Rammstr. 35 abgeblüht werden. — Ein Posten Stroh ging gegen Abend in der Eschauerstr. 30 in Flammen auf. — Zur selben Zeit hatte der fünfte Vorzug in der Köpckestr. 48/49 zu thun, wo eine Automobildroschke in Brand geraten war. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden einliefen, waren aus „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Die Kinderpoliklinik von Dr. Michael Cohn, Biegelstraße 2, ist wieder eröffnet. Arme kranke Kinder erhalten dafelbst unentgeltliche ärztliche Behandlung wochentäglich 1/3—1/4 Uhr.

Cirkus Sarrafani bleibt nur noch wenige Tage in Berlin, wo er circa drei Monate hindurch ausverkaufte Häuser verzeichnete

konnte. Direktor Stöck hat für die letzten Tage seines Hierseins noch die berühmten Equilibristen The Hilgerts engagiert, eine artistische Piece von Welt.

Auf der Radrennbahn Treptow wird am nächsten Sonntag ein 75 Kilometer-Rennen mit Motorführung stattfinden, das der jetzt Jahren in Süddeutschland dominierende Dauerfahrer Georg Drecher-Maiz gegen seine ersten Friedenauer und Treptower Amateure bestreiten wird.

Theater. Im Schiller-Theater O. geht heute, Mittwoch, und morgen, Donnerstag, Grillparzer's „Medea“ in Scene. — Das Schiller-Theater N. bringt heute Sudermann's „Johannisfeuer“, morgen, Donnerstag, zum erstenmal Jhens' „John Gabriel Borkman“ mit den Damen Wanger, Feder, Brod, Ulrich, den Herren Hollhaus, Paefche und Biegel in den Hauptrollen. — Im Lessing-Theater haben die Proben zu der ersten Vorstellung „Tramulus“ von Arno Holz und Oskar Jeschke begonnen. Die Titelfolle spielt Albert Bassermann. — Deutsche Volksbühne. Die Direktion bereitet für Sonnabend, 17. d. M., bereits wieder eine Premiere vor. Hebbels Schauspiel „Genoveva“ wird mit den ersten Kräften dieser Bühne am Freitag erstmalig in Scene gehen. — Das neu erbaute Thalia-Theater, welches, wie schon erwähnt, Donnerstag, den 15. September, eröffnet wird, bringt als Eröffnungskomitee die Ausstattungsspiele „Der Weiberkönig“, deren Titelfolle Guido Thieler spielt. Frey Helmerding, August Reiff, Hermann Bartels und Kurt Olfers spielen die andern männlichen Hauptrollen. Der Eröffnungabend des neuen Hauses bietet insofern noch ein besonders interessantes Debut, als Vina Abarbanell, eine geborene Berlinerin, nach längerer Zeit an die Bühne zurückkehrt, von der ihre Künstlerkarriere ausging.

Aus den Nachbarorten.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung erledigte in der Montagssitzung eine Reihe kleinerer Vorlagen, deren hauptsächlichste nur die Beschlußfassung über eine Besichtigungsreise der Düsseldorf Kanalkanalwasser-Reinigungsanlage ist. Die Besichtigung der genannten Anlage sollte nach dem Wunsche des Magistrats durch die gesamte Kanalisations-Deputation (16 Mitglieder) erfolgen und war mit einem Kostenbetrage von 3300 Mark veranschlagt. Diese Besichtigung für vorläufig noch nicht praktisch erkennbare Neuerungen ging selbst den sonst bewilligungslustigen Stadtvätern (mit Ausnahme des Stadtverordneten v. Frankenberg) zu weit und nach Ablehnung der Magistratsvorlage und eines Antrages Heppner, die Besichtigungskommission wenigstens aus acht Herren bestehen zu lassen, wurde der sozialdemokratische Antrag, der für die Besichtigungsreise nach Düsseldorf einen Magistratsvertreter und den Stadibrat Berger, sowie zwei Stadtverordnete und einen Bürgerdeputierten empfahl, mit großer Mehrheit angenommen. — Außer der Zustimmung zur Errichtung einer Lehrinnenstelle an der höheren Mädchenschule gelangten eine Anzahl Wahlen teils zur Ergänzung der verschiedenen Deputationen, teils für andre Ehrenämter zur Erledigung. — Zur Beantwortung der von den sozialdemokratischen Stadtverordneten in der vorigen Sitzung gestellten Anfrage über die Ursache der geplanten Verzögerung in der Eröffnung des neuen Krankenhauses scheint der Magistrat noch nicht das gehörige Material zu besitzen; die Bürgererschaft wird sich also noch gedulden müssen.

Aldershof. Nachdem in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung die Kanalisationsarbeiten vergeben waren, wird nunmehr auch in Aldershof die „Bubdelei“ im großen Umfange vor sich gehen. Auf erfolgte Ausschreibung der Arbeiten waren von der Baukommission 13 Offerten zur Auswahl gestellt, deren niedrigste Forderung 98 414 M. betrug, während die höchste sich auf 140 435 M. stellte. Es wurden dem Aldershofer Bau-Unternehmer Förstner die Arbeiten zum Preise von 101 807 M. übertragen. Der Bauplan für das früher v. Oppensche Terrain ist nunmehr genehmigt; es ist ein neuer Baum im Bau, so daß in Kürze der Engpaß in der Bismarckstraße und am Aldershof beseitigt wird.

Treptow-Baumschuldenweg. Der in der vorigen Sitzung der Gemeindevertretung von einer Anzahl Einwohner aus Treptow eingekommene Antrag, neue Schulräume in der Eisenstraße zum 1. Oktober zu beschaffen, wurde mit allen gegen die Stimme unseres Vertreters abgelehnt, weil der Gemeindevorstand erklärte, daß die alten Schulräume genügen. Jetzt, nach kaum vier Wochen, ist der also abgelehnte Antrag vom Gemeindevorstand wieder eingebracht worden, woraufhin einstimmig beschlossen wurde, Schulräume zu mieten und die Kosten für Ausrüstung und zwei Lehrkräfte zu bewilligen. — Als Beihilfe zum Bau eines Hafens an der Nordseite des Zweigkanals, welcher 300 Meter lang und 10 Meter breit werden soll, sind 18 000 M. von der Kanalbauverwaltung gefordert worden. Die Summe wurde bewilligt. Der Ladeplatz erhält eine Tiefe von 15 Meter. Der Hafen bleibt Eigentum des Reiches, der auch die Bösch- und Ladegelder einzieht. — Die Mischlande auf dem Friedhof sollen geregelt werden; es wurde eine Kommission, der auch Genosse Gramenz angehört, zur Prüfung der ganzen Sache gewählt. Die von der Regierung gewünschte und von der Vertretung beschlossene Unterstützung des Handwerks-Fortbildungsschulunterrichts fand in seiner praktischen Bedeutung keinen Beifall. Das entsprechende Gesuch eines Einwohners wurde abgelehnt. Wenn es aber heißt, hunderte von Mark für die Privatschule bewilligen, weil es den reicheren Eltern nicht paßt, ihre Kinder in die Gemeindefschule zu schicken, dann sind die Herren gern zu beträchtlichen Ausgaben bereit.

Steglin. Mit der Errichtung einer Freibank für unsern Ort beschäftigte sich unter andern die Gemeindevertretung am letzten Freitag. Ein Ortsstatut und eine Polizei-Verordnung kamen in erster und zweiter Lesung zur Annahme. Die übrigen Beratungsgegenstände hatten für die Allgemeinheit weniger Interesse; nur ein nach Erledigung der Tagesordnung vom Vorsitzenden verlesenes Schreiben verdient noch erwähnt zu werden. In diesem erheben die Arbeitnehmer-Beistitzer des Gewerbegerichts Protest gegen den ihnen im Jahresberichte des Vorsitzenden, Bürgermeister Wuhrow, gemachten Vorwurf: „daß die Arbeiter-Beistitzer in einzelnen Fällen genügt gewesen seien, zu Gunsten der klagenden Arbeiter zu entscheiden“; sie wiesen diesen nach ihrer Meinung unberechtigten Vorwurf der Parteilichkeit, welcher geeignet sei, sie in der Öffentlichkeit herabzusetzen, entschieden zurück. Herr Wuhrow bemerkte zu dem Schreiben, daß der citierte Satz nicht vollständig wiedergegeben sei, ob abschließend oder unabschließend, lasse er dahingestellt. Er habe ausdrücklich hervorgehoben, daß die Beschäfte fast immer einstimmig gefaßt seien. Er habe es auch jetzt noch aufrecht, daß gelegentlich die Arbeiter-Beistitzer genügt gewesen seien, die Entscheidung zu Gunsten klagender Arbeiter zu treffen; das sei aber nicht aus Parteilichkeit geschehen, sondern aus der verschiedenen Lebensauffassung zu erklären. Es habe ihm fern gelegen, den Arbeiter-Beistitzern Parteilichkeit vorzuwerfen. —

Schmargendorf nicht Markgrafendorf. In einer schwach besetzten und kaum beschlußfähigen Sitzung hat die Schmargendorfer Gemeindevertretung dem Antrage der Gemeindevorwaltung, eine Änderung des Ortsnamens zu beschließen, die Zustimmung ganz gegen Erwarten nicht erteilt. Zur Begründung des Antrages war vornehmlich angeführt worden, daß viele wohlhabende Leute nicht nach Schmargendorf zögen wegen der Häufigkeit des Namens! Dem wurde entgegengehalten, daß dann andre Vorortgemeinden, wie Rixdorf und — Dalldorf, erst recht Grund zur Namensänderung hätten. Ausschlaggebend für die Ablehnung waren schließlich die durch eine Umtaufe entstehenden erheblichen Geldkosten. Hoffentlich ist die Sache damit endgültig abgethan. Mehr Entgegenkommen fand ein zweiter, auf der Tagesordnung stehender Antrag, betreffend die grundsätzliche Regelung der Erhebung von Fremden-Schulgeld. Es sollen pro Kind und Monat 2.50 M. erhoben werden, jedoch wird der Gemeindevorsteher ermächtigt, in besonderen Fällen, z. B. wenn ärmere Leute ein Kind unentgeltlich in Pflege nehmen, die Zahlung zu erlassen. — In der vorliegenden Sitzung hatte der Gemeindevorsteher auf direkte Anfrage

zwei Gemeindevorsteher irrtümlich erklärt, daß die im Schulhause „etwas schadhast“ gewordenen Decken sogenannter Kleinesche Decken seien. Zwar waren tatsächlich solche im Bauplan vorgesehen, aber angeblich wegen Arbeitermangel des betreffenden Unternehmers ist die Ausführung durch einen Schmargendorfer Baumeister erfolgt, und zwar so mangelhaft, daß sie schon im Neubau 1902 wegen eingetretener Risse vollständig erneuert werden mußten. Die Spannweiten sind zu groß und die eisernen Quertäger fehlen. Der Schulbau ist überhaupt ein Submissionsbau ständesfester Art, für welchen das schlechteste Material und die billigsten Arbeitskräfte verwendet worden sind. Erst kürzlich sind 480 M. für eine anderweitige Reparatur notwendig gewesen. Jetzt mußten zwei Klassenzimmer geräumt werden. Die Bauabnahme durch den Schmargendorfer Bauwerksverständigen, einen Regierungsbaumeister, hat sich als unzulänglich erwiesen. Die Einwohnerschaft hat ein Interesse daran, daß über die Angelegenheit öffentlich eine amtliche Mitteilung erfolgt.

Aus den Spandauer Staatsbetrieben. Die Angelegenheit des „neuen Lohnsystems“ kommt nicht zur Ruhe. Wir berichteten vor einigen Wochen über die höchst merkwürdige Art, in welcher die Heeresverwaltung endlich die neue Lohnordnung in den Spandauer Staatsbetrieben zur Einführung zu bringen gedachte; man hatte die Arbeiterauschüsse zwar zur gutachtlichen Äußerung über den neuen Entwurf binnen einer sehr kurz bemessenen Frist aufgefordert, verteilte ihnen aber auffälligerweise eine Abschrift dieses Entwurfs. Da überdies bekannt geworden war, daß der neue Entwurf einige sehr bemerkenswerte Verschlechterungen gegen früher enthielt, lehnten Mannschaften die Mehrzahl der Arbeiterauschüsse jede Äußerung auf den Entwurf rundweg ab. Vor kurzem überraschte nun der Generalinspektor die Arbeiter-Auschüsse der Geschützgießerei und der Pulverfabrik mit seinem Besuch. Natürlich erwarteten die Ausschüsse eine sehr angeregte Aussprache über die brennende Frage der längst fälligen Lohnregulierung; der Herr Inspektor ließ sich aber nur von den Fabrik-Gesangvereinen beider Institute ein paar Lieder vortragen, sprach den Sängern seine Anerkennung aus und zog alsdann einzelne Arbeiter ins Gespräch. Hierbei gab er zu, daß der neue Tarifentwurf kaum eine wesentliche Besserung bringe, das liege aber nicht an ihm, er sei nur eine Person. Schließlich kündigte er an, daß die Heeresverwaltung sich entschlossen habe, nun noch eine Aussprache mit je einem Vertreter sämtlicher Spandauer Institute herbeizuführen, ehe die neue Lohnordnung zur Einführung kommen solle.

Es bleibt nun zunächst abzuwarten, welche Personen sich die Heeresverwaltung als Vertreter der Arbeiterinteressen erklären wird! Sind die Vorsitzenden der Arbeiterauschüsse, die Herren Ober-Ingénieur???

Spandau. Zum viertenmale hat der Spandauer Magistrat dem Stadtverordneten-Vorstande betreffend den Sommerurlaub der städtischen Arbeiter seine Zustimmung verweigert, und zum viertenmale wird sich die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer morgigen Sitzung mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben. Nachgerade wächst sich diese Sache zu einer Kurie des ersten Ranges aus, die natürlich nicht sonderlich geeignet ist, das Ansehen der beiden „Kampfhähne“ zu heben.

Gerichts-Zeitung.

Eine Drohschiffahrt nach dem Grünwald gelangte gestern zu eingehender Erörterung in einer Verhandlung, die vor der zweiten Ferienkammer des Landgerichts I stattfand. Es war ein wenig anmutiges Bild aus dem Großstadtleben, welches vor Augen geführt wurde. Unter der Anklage des Diebstahls hatten sich der Tischler Wilh. Dulig und der Schauspieler Franz Lorenz zu verantworten. Der erstere ist ein vielfach, zuletzt mit 6 Jahren Zuchthaus, vorbestrafter Mann, während Lorenz unbescholten ist. Am 1. Juli hatte der Gärtner J. ein kleines Erbsenfeld in Höhe von einigen tausend Mark anbezahlt erhalten. Dies veranlaßte ihn, sich sofort in den Strudel von allerlei Vergnügungen zu stürzen. Im Laufe des Nachmittags hatte J. die unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehende Ida Grünwald kennen gelernt und dieser gezeigt, daß er im Besitze einer größeren Summe war. Am späteren Nachmittage begaben sie sich nach der Landwehrstraße, wo die Grünwald bei einer Frau Adam eine Bestellung zu machen hatte. Hier traf sie die beiden Angeklagten und die Prostituierte Emma Mand. Die Grünwald erzählte von dem reichen „Freier“, der unten auf der Straße auf sie wartete. Dulig holte ihn in die Wohnung und bewirtete ihn mit Cognac, der anscheinend ein Betäubungsmittel enthielt, denn die Angetrunkene des Gastes steigerte sich dadurch auffallend. Dann wurde eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Grünwald verabredet. Zunächst lehnten sie dort im Restaurant Humdele ein. Hier wurde J. vollständig betrunken gemacht. Nun redete Dulig der Grünwald zu, sie solle den kaum Widerstandsfähigen bestehen, der wahrscheinlich das Geld auch nur gestohlen habe. Beide Mädchen weigerten sich indessen. Auf der Heimfahrt nahmen Dulig, die Grünwald und J. in einer Drohschiffahrt teil. Der letztere schloß bald ein. Dulig nahm unterwegs dem J. die Brieftasche fort und entnahm ihr den ganzen Inhalt — 2000 Mark in Hundertmarkscheinen und legte die Tische in das Verließ der Drohschiffahrt hinter der Rückenlehne. Dabei sagte er zur Grünwald: „Ja, Du hast nichts gesehen, Du weißt von nichts!“ Aber nicht mit dieser Beute begnügte sich Dulig, er nahm dem Trunkenen auch dessen Portemonnaie mit 15 M. Inhalt und ein Paar Handschuhe mit. In der Leipzigerstraße fiel J. in seiner Trunkenheit aus der Drohschiffahrt. Die geistige Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, da Dinge zur Sprache kamen, welche die gute Sitte gefährden konnten. Der Staatsanwalt hielt beide Angeklagte für überführt, er beantragte gegen Dulig drei Jahre Gefängnis, gegen Lorenz, der zweifellos nach den am folgenden Tage von ihm gemachten Aussagen einen Deutenteil erhalten haben mußte, wegen Hehlerei 6 Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwandt, hielt den Angeklagten Lorenz nicht für hinreichend überführt und plaidierte für dessen Freisprechung. Der Gerichtshof verurteilte Dulig zu 2 Jahren, Lorenz zu 5 Monaten Gefängnis. Bei dem ersteren wurde 1, bei dem letzteren 2 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht.

Aus der Schrecken von Hermsdorf ist ein Unhold bezeichnet worden, der gewohnheitsmäßig junge Mädchen durch schamloses Verhalten in ihrem Sittlichkeitsgefühl schwer gekränkt haben soll. In letzter Zeit mehren sich die Anzeigen gegen einen barlosigen, den Eindruck eines Schauspielers machenden Mann, der in einem an die Villenkolonie Hillmannstraße in Hermsdorf grenzenden Wäldchen sich gegen Schulmädchen, die auf dem Wege zur Schule nach Hermsdorf das Wäldchen passieren müssen, höchst unanständig benommen haben soll. Gestern stand nun der Gastwirt Paul Domaschka vor dem Schöffengericht des Landgerichts II unter der Anschuldigung, in solcher schamlosen Weise die Tochter einer Zeitungsausgeberin und ein andres kleines Mädchen belästigt zu haben. Domaschka, der Wächter der Restauration „Zur Baltschänke“, bestritt im geistigen Termin, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, entschieden, mit dem Unhold identisch zu sein. Die beiden belästigten kleinen Mädchen hatten von Anfang an gesagt, der Täter habe „wie ein Schauspieler“ ausgesehen und da diese Personalbeschreibung auf den Angeklagten paßte und auch in andern ähnlichen Fällen gewisse Verdachtsmomente auf diesen hinwiesen, so wurde gegen ihn die Anklage erhoben. Dem Vernehmen nach sind die beiden Mädchen auch gestern dabei geblieben, daß sie den Angeklagten als den Täter wiedererkennen. Justizrat Stadthagen, als Verteidiger des nachdrücklich bestreitenden Angeklagten, konnte feststellen, daß sich in den Aussagen der beiden Zeuginnen verschiedene unvereinbare Widersprüche vorfinden. Der Staatsanwalt beantragte 8 Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte nicht, daß Verdachtsmomente gegen den Angeklagten vorliegen, hielt es jedoch nicht für ausgeschlossen, daß sich die Zeuginnen vielleicht doch in der Person irren und erkannte daher auf Freisprechung des Angeklagten.

Ueber eine unglückliche Inzucht in der „freien Schwärmel“ meldet die „Zürcher Post“ folgendes: Ein Bürger im Aargau hatte einer Verlobung vor das Bezirksamt keine Folge geleistet. Eines Abends erschien in Begleitung einiger Männer ein Gendarm, um den Delinquenten zu verhaften. Dieser erklärte, er habe nichts verbrochen, und verlangte die Botenweisung des Haftbefehls. Der Gendarm packte aber den Mann, drückte ihn zu Boden und kniete auf ihn, um ihn zu binden. Bei der Kauferei erhielt der Polizist mehrere Verletzungen. Schließlich gelang es mit Hilfe der mitgebrachten Männer, den Widerspenstigen zu bewältigen und in das Gemeindegefängnis zu bringen. Diesen kurz dargestellten Thatbestand machte der Staatsanwalt des Kantons Aargau zum Gegenstand einer Anklage wegen Widerstand gegen die Amtsgewalt. Umsonst suchte der Verteidiger nachzuweisen, daß das Vorgehen der Polizei ungesetzlich gewesen und deshalb das Verhalten des Angeklagten nicht strafbar sei. Im Interesse der persönlichen Freiheit der Bürger bestimme die aargauische Verfassung, daß eine Verhaftung nur unter den im Gesetz vorgeschriebenen Voraussetzungen und Formlichkeiten vorgenommen werden dürfe. Dazu gehöre auch die Botenweisung des Haftbefehls. Der Angeklagte wurde des Widerstands von den Geschworenen schuldig befunden und vom Gerichtshof, der den Polizisten als obrigkeitliche Person erklärte, zu einem Jahr und acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr und zehn Monate Zuchthaus beantragt.

Vermischtes.

Ein Skandal in der Londoner Gesellschaft. Sensationelles Aufsehen erregt, wie die „Berliner Zeitung“ meldet, in der Londoner „Society“ ein Vorfall, der die Tochter des Lordmahors betrifft.

Am Montag sollte die Trauung der Tochter des Lordmahors Sir James Ritchie, eine Bräutigam des früheren Schatzkanzlers, mit Mr. Mac Calman, einem höheren Beamten des ägyptischen Irrigations-Departements, stattfinden. Eine glänzende Hochzeitsgesellschaft war dazu eingeladen. Kostbare Hochzeitsgeschenke von der City und Freunden waren ausgestellt. Sonnabendabend gab der Lordmahor ein Bankett im Ranson House. Eine glänzende Gesellschaft war versammelt, nur der Bräutigam fehlte. Man wartete und wartete, doch Mr. Calman kam nicht; statt seiner kam eine Deputation, in der die Verlobung abbrach. Er soll an demselben Abend nach dem Kontinent abgereist sein. Das Rätsel bleibt unaufgeklärt; allen Besuchern im Ranson House wurde am Montag vom Diener beschieden, die Hochzeit werde nicht stattfinden, und der Lord könne keine Gründe für Mac Calmans Verhalten angeben. Der Privatsekretär des Lordmahors Sir William Southby erklärte den vierhundert eingeladenen Gästen, unter denen sich auch der frühere Schatzkanzler Ritchie befand, es seien Telegramme gesandt mit der Verurteilung, daß die Hochzeit nicht stattfinden werde, und alle Hochzeitsvorbereitungen würden so schnell wie möglich abgestellt. Mit Ritchie sei natürlich durch das überraschende Renouement sehr angegriffen. Die kostbaren Hochzeitsgeschenke wurden schleunigst an die Geber zurückgeschickt.

Ueber Entstehung und Befämpfung von Typhusepidemien äußert sich Professor Emmerich, der Nachfolger Pettenkofer's in München, der am Freitag und Sonnabend in Detmold weilte, um die Ursache der dortigen Typhusepidemie zu erforschen. In einem vorläufigen Gutachten führt er die Hauptursache der Typhusepidemien gerade in diesem Jahre auf die außergewöhnliche Trockenheit des verfloffenen Sommers zurück. Diese Trockenheit, so meint Professor Emmerich, hatte ein fortgesetztes Sinken des Grundwassers zur Folge, und in solchen Jahren ist die Entstehung von Typhusepidemien sehr leicht möglich, falls in der betreffenden Stadt der Boden hart verunreinigt ist und eine Ausfaat von Typhusbazillen durch vereinzelte Typhuskranken oder Refonvaleszenten stattfindet. Bei fortgesetztem sinkendem Grundwasser steigt dasselbe, da kein Regenwasser mehr von oben her in den Boden fließt, durch Kapillarität bis an die Bodenoberfläche. Dieses kapillar aufsteigende Grundwasser löst alle löslichen organischen und anorganischen Stoffe, welche sich in den tieferen Bodenschichten befinden, und führt dieselben der Oberfläche zu; diese wird dann nach monatelanger Dauer dieses Vorganges plötzlich so reich an für Typhusbazillen geeigneten Nährmaterial, daß im Verlaufe weniger Tage eine üppige Vermehrung und Ausbreitung der vereinzelt vorhandenen (von Kranken oder Refonvaleszenten mit Harn und Kot entleerten) Typhusbazillen stattfindet. Die Typhusbazillen werden dann durch die Schube der Passanten sowie durch Ungeziefer verstreut. Als wichtigste Maßregel gegen die Epidemie bezeichnet der Gelehrte demgemäß die Reinhaltung des Bodens und Verhütung der Ausfaat von Typhusbazillen auf demselben durch systematische Kanalisation. Viele Typhusfälle, wie z. B. München, sind dadurch typhusfrei geworden. Heftige Regen können die Epidemie zum Niedergang bringen; mangels derselben hat angedeigte Wasserbespülung der Gasse und Straßen eingetreten; auch Begießen mit Kalzmilch ist von Nutzen.

In Verden ist gestern der 25 Jahre alte Ziegeleiarbeiter Joseph Kobus hingerichtet worden. Er hatte am 17. Januar d. J. zu Hammerbeck den Ziegeleimeister Sander ermordet.

München, 13. September. Die Polizei teilt mit: Es ist nunmehr festgestellt, daß das kürzlich im Walde bei Sendling ermordete aufsehende Dienstmädchen von dem in München ansässigen Tagelöhnerhepate Johann und Barbara Huber ermordet worden ist. Johann Huber verzog unmittelbar nach der Mordthat nach Woldenberg (Regierungsbezirk Frankfurt a. O.), wo er in einer Brauerei Arbeit fand. Seine Frau flüchtete gestern, als sich der Verdacht auf sie lenkte, nachdem sie zuvor ihrem Mann telegraphisch hatte, er solle sie in Berlin treffen. Der Haftbefehl gegen beide ist telegraphisch erlassen worden.

Marktpreise von Berlin am 12. September. Nach Ermittlungen des zgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen*), gute Sorte 17,65—17,82 M., mittel 17,50—17,55 M., geringe 17,50—17,50 M. Roggen**), gute Sorte 13,90—14,00 M., mittel 13,90—14,00 M., geringe 13,90—14,00 M. Futtergerste*), gute Sorte 15,20—14,40 M., mittel 14,50 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,80 M. Hafer*), gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,60—14,80 M., geringe 14,70—14,00 M. Erbsen, gelbe, vom Kochen 40,00—28,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—25,00 M. Linen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, 11,00—7,00 M. Rübölroh 0,00—0,00 M. Hen 0,00—0,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,00 M. Eier per Schock 4,00—2,80 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 12. September. Elbe bei Haffig — 0,71 Meter, bei Dresden — 2,08 Meter, bei Magdeburg + 0,02 Meter. — Unstrut bei Craunfurt + 0,65 Meter. — Oder bei Rathbor — 0,69 Meter, bei Breslau Ober-Begel + 4,00 Meter, bei Breslau Unter-Begel — 1,74 Meter, bei Frankfurt + 0,21 Meter. — Havel bei Stadtmünde + 1,90 Meter. — Sarthe bei Bosen — 0,24 Meter. Rega bei Uls + 0,32 Meter.

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Mittwoch, den 14. September, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Kollegen zu einer Lohnbewegung in diesem Herbst? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Da die Versammlung für alle Musikinstrumenten-Arbeiter außerordentlich wichtig ist, so erwarten die unterzeichneten Vorstände, daß auch der letzte Kollege am Platze ist. Zu zahlreichem Besuch laden ein
Die Branchenkommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Die Agitationskommission des Fachvereins.
Der Ortsverein der Pianoforte-Arbeiter.

Achtung! Achtung!
Modelleure und Anträger!
Heute Mittwochabend 7,9 Uhr in den Industrie-Gehälen, Deutschstraße Nr. 19:

Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Bericht der Kommission über die Verhandlung mit der freien Vereinigung der Studiergehülfe und Beschäftigten.
Das Erscheinen aller Modelleure ist notwendig.
Die Kommission.

Zwei Lichtbilder-Männer-Vorträge
Donnerstag, Englischer Garten, Alexanderstr. 27c
Freitag, Armin-Hallen, Kommandantenstraße 20 abends 8 1/2 Uhr:
Neurasthenie.
Anatomisches und Pathologisches, Streifzüge durch das Gehirn u. Nervensystem, Folgen unnatürlicher Sinnlichkeit, geschlechtliche Verirrungen, vollständig erklärt dem bekannten Naturheilk. Grundmann. Eintritt 20 Pf. Kuranstalten: Köpenickerstr. 72. Sprechst. 11-12, 6-7, Ordestr.: Kopernikusstraße 29, Stadt, Warschauerstr. Sprechst. für Kranke jeder Art 8-9, 3-4.
Berliner Naturheilverein Reform.

Orts-Krankenkasse des Maurer-Gewerbes.

Freitag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, Engel-Ufer 15, Saal 7:
Außerordentliche General-Versammlung der Vertreter d. Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über den mit dem Verein freigelegten Kassenrat abzuschießenden Vertrag. 2. Beratung und Beschlußfassung über die von den Kassenangehörigen vorgeschlagenen Anstellungsverträge. 3. Verschiedenes. 9810*
Der Vorstand.
A. Dahne, Vorsitzender. A. Kelpin, Schriftführer.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Donnerstag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
124/17
Vereinsangelegenheiten. Fortsetzung der Diskussion vom 16. August.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte Berlins und Umgegend.

Freitag, den 16. Septbr., nachm. 5 1/2 Uhr, in Charlottenburg, Rosinenstraße Nr. 3:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstaltung von der Verbandssitzung. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch.
Der Vorstand. J. A.: Ferdinand Ewald.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.
Donnerstag, 15. d. M., abends 9 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:
Versammlung
aller in den Berliner Zugschmieden und verwandten Betrieben beschäftigten Kollegen.
Tages-Ordnung:
190/16
1. Welche Bedeutung hat der Berliner Schloßertarif für uns? Referent Karl Wieselthal. 2. Diskussion.
Es gilt in den Berliner Zugschmieden geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuführen. Diese Versammlung ist die wichtigste, welche seit Jahren stattgefunden hat; deshalb ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Etuisarbeiter Achtung!

Morgen Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal III):
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Neuwahl des Vertrauensmannes. 3. Stellungnahme zur Beibehaltung der englischen Arbeitszeit. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Das vollständige Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ist dringend notwendig; speziell die Kollegen von Weber sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Vertrauensmann.

Gewerkschaft der Maler Berlins u. Umg.

Donnerstag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Feuersteins Gehälen, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Hinrichsen. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Der Vorstand.

